

Zwölfte Sitzung – Douzième séance

Dienstag, 18. März 1997

Mardi 18 mars 1997

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Stamm Judith (C, LU)

Präsidentin: Ich eröffne die Sitzung, begrüsse die Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne und am Fernsehen, die Medienschaffenden sowie die Kolleginnen und Kollegen im Saal. Wir führen heute die Debatte über die Vorstösse zum Geschäft «Nachrichtenlose Vermögen».

Das Büro hat zweieinhalb Stunden Redezeit auf die Fraktionen verteilt; Sie haben die Rednerliste erhalten. Es sprechen zuerst die Urheber der Vorstösse. Sie werden gebeten, sich zur schriftlichen Antwort des Bundesrates zu äussern. Dann folgen die übrigen von den Fraktionen gemeldeten Redner. Der Vertreter des Bundesrates, Herr Flavio Cotti, den ich bei uns begrüsse, wird anschliessend an die Debatte Stellung nehmen. Am Schluss werden wir, wenn nötig, über die Vorstösse abstimmen.

Sammeltitel – Titre collectif

**Nachrichtenlose Vermögen.
Persönliche Vorstösse**

**Fortunes tombées en déshérence.
Interventions personnelles**

96.3574

Postulat Nabholz

Nachrichtenlose Vermögen

Fortunes tombées en déshérence

Wortlaut des Postulates vom 27. November 1996

Der Bundesrat wird eingeladen, gesetzgeberische Massnahmen zu prüfen, um inskünftig zu vermeiden, dass sich bei Banken während Jahrzehnten nachrichtenlos gebliebene Vermögen akkumulieren.

In Anlehnung an ausländische Modelle ist dabei in Erwägung zu ziehen, ob nicht nach Ablauf einer bestimmten Dauer der Nachrichtenlosigkeit die Banken diese Guthaben zusammen mit den massgebenden Akten dem Bund zu übertragen haben und die Banken dadurch ihrerseits von jeglicher Haftung befreit werden. Die berechtigten Eigentümer respektive ihre Rechtsnachfolger haben dann ihre Ansprüche gegenüber dem Bund geltend zu machen. Werden während einer weiteren gesetzlich festzulegenden Frist, während der mit geeigneten Massnahmen nach Berechtigten zu suchen ist, keine Ansprüche gestellt, verfällt das Eigentum an diesen Vermögenswerten dem Bund.

Texte du postulat du 27 novembre 1996

Le Conseil fédéral est invité à examiner les mesures législatives à prendre, afin d'éviter qu'à l'avenir les avoirs tombés en déshérence ne s'accumulent pendant des lustres dans les coffres des banques.

Au vu des modèles étrangers, il faut prendre en considération le fait que, peut-être, si après un laps de temps déterminé personne ne les a réclamées, ces fortunes accompagnées des documents déterminants deviendraient propriété de la Confédération, ce qui exempterait les banques de toute responsabilité.

Les propriétaires légitimes ou leurs ayants cause devront alors faire valoir leurs droits devant la Confédération. Si personne ne réclame ces fonds pendant un délai qui sera fixé par la loi et durant lequel des mesures seront prises pour retrouver les ayants droit, ils deviendront propriété de la Confédération.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Bosshard, Cavadini, Adriano, Comby, Couchepin, Egerszegi, Guisan, Kofmel, Loeb, Müller Erich, Stamm Luzi, Suter, Tschopp, Vallender (13)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Die Urheberin verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

vom 3. März 1997

*Déclaration écrite du Conseil fédéral
du 3 mars 1997*

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

96.3587

Interpellation Hess Peter

Nachrichtenlose Vermögen.

Ausdehnung der Untersuchungen

**Fortunes tombées en déshérence.
Extension des recherches**

Wortlaut der Interpellation vom 4. Dezember 1996

Ist der Bundesrat bereit, darauf hinzuwirken, dass – auf freiwilliger Basis – durch die betroffenen Institutionen und Personen der Gegenstand der Abklärungen über das Schicksal der infolge der nationalsozialistischen Herrschaft in die Schweiz gelangten Vermögenswerte ausgedehnt wird auf die Frage, «in welchem Umfang mit Personen (namentlich Juden), die vor und während dem Zweiten Weltkrieg Vermögenswerte in der Schweiz hinterlegt haben, die Vertragsbeziehungen ordnungsgemäss abgewickelt, d. h. die Werte den Berechtigten zurückerstattet worden sind oder die Werte noch in deren Auftrag aufbewahrt bzw. verwaltet werden?

Texte de l'interpellation du 4 décembre 1996

Le Conseil fédéral est-il prêt à faire en sorte que les institutions et les personnes concernées puissent étendre – librement – les recherches sur le sort des avoirs déposés en Suisse par les victimes du régime nazi à la question de savoir dans quelle proportion les contrats établis avec des personnes (notamment des Juifs) qui ont déposé des fonds en Suisse avant ou pendant la Seconde Guerre mondiale ont été exécutés régulièrement, c'est-à-dire que les avoirs ont été restitués aux ayants-droit ou sont encore conservés ou gérés en leur nom?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Keine – Aucun

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

In der Schweiz werden demnächst zwei Untersuchungskommissionen tätig werden, die eine gestützt auf ein Memorandum of Understanding zwischen der Schweizerischen Bankiervereinigung, der World Jewish Restitution Organization

und dem World Jewish Congress, die andere gestützt auf einen dringlichen Bundesbeschluss, der in Vorbereitung ist. Beide Untersuchungskommissionen verfolgen grundsätzlich die gleichen Ziele, wenn auch mit unterschiedlich gewichteten Schwerpunkten: das Verhalten der Schweiz vor und während dem Zweiten Weltkrieg zu untersuchen, rechtlich und historisch aufzuarbeiten und abzuklären, ob noch Ansprüche politisch oder rassistisch Verfolgter (namentlich von Juden) gegenüber schweizerischen Personen und Firmen (Banken, Vermögensverwaltern, Anwälten, Treuhändern, usw.) bestehen, also sogenannte nachrichtenlose Vermögen.

Es gilt herauszufinden, ob in der Schweiz u. a. von rassistisch Verfolgten (insbesondere von Juden) vor oder während dem Zweiten Weltkrieg Vermögenswerte hinterlegt und in Sicherheit gebracht worden sind, die bis heute von niemandem beansprucht wurden, und ob sich Personen in der Schweiz solche Vermögenswerte angeeignet haben.

Eine solche rechtliche und historische Aufarbeitung eines Stücks Vergangenheit im Umfeld des Zweiten Weltkrieges mit dem Ziel, die historische Wahrheit herauszufinden und Transparenz zu schaffen, ist nach allgemeiner Auffassung notwendig; zu diesem Zweck sind die Untersuchungen umfassend vorzunehmen, d. h. Zielsetzung und Methodik des Vorgehens sind entsprechend festzulegen.

Ein objektives und der historischen Wahrheit möglichst nahe kommendes Bild lässt sich nur nachzeichnen, wenn nicht nur Ausnahmetatbestände, sondern, soweit möglich, sämtliche Beziehungen in die Untersuchungen einbezogen werden.

Bei diesem Ziel ist es falsch, sich auf Nachforschungen nach sogenannten nachrichtenlosen Vermögenswerten zu beschränken, bei denen sich keine Ansprecher gemeldet haben und bei denen die Möglichkeit besteht, dass sich Personen, denen diese Werte anvertraut waren, illegal bereichert haben.

Ebenso wichtig ist – soweit dies heute noch möglich erscheint – die Abklärung, in welchem Umfang mit Personen (namentlich Juden), die vor und während dem Zweiten Weltkrieg Vermögenswerte in der Schweiz hinterlegt haben, die Vertragsbeziehungen ordnungsgemäss abgewickelt, d. h. die Werte den Berechtigten zurückerstattet worden sind oder noch in deren Auftrag aufbewahrt bzw. verwaltet werden.

Diese unerlässliche umfassende Untersuchung von Geschäftsbeziehungen, die zwischen 1932 und 1945 begründet, in der Folge aber ordnungsgemäss abgewickelt wurden, stösst indes auf ein rechtliches Hindernis. Die Personen, die bei Banken oder Anwälten in der damaligen Zeit Vermögenswerte angelegt und darüber seither verfügt haben oder diese unverändert verwalten lassen, sind darauf angewiesen, dass ihre durch Berufsgeheimnisse geschützten Beziehungen durch solche Untersuchungen nicht gefährdet oder gar aufgehoben werden. Dieser elementare Grundsatz ist um so mehr zu beachten, als an den geplanten Untersuchungen und deren Auswertung zahlreiche Personen beteiligt sein werden, die von ihrer Interessenlage und ihrer beruflichen Ausbildung her nicht über die von den Betroffenen erwartete Professionalität, wie mit solchen geschützten Daten umzugehen ist, verfügen. Daran ändert nichts, dass in einem Fall Treuhandgesellschaften die Untersuchungen durchführen.

Der Interessenkonflikt kann so gelöst werden, dass die Untersuchungskommissionen die Banken auffordern, ihre Nachforschungen auf ordnungsgemäss abgewickelte Geschäftsbeziehungen auszudehnen und ihnen das Ergebnis bekanntzugeben, ohne die Namen der betroffenen Kunden zu nennen noch Daten bekanntzugeben, aus denen auf die Betroffenen geschlossen werden könnte. Die bankengesetzlichen Revisoren sind zu verpflichten, die internen Abklärungen der Banken auf methodische Zweckmässigkeit und Vollständigkeit zu überprüfen und eine entsprechende Bestätigung abzugeben. Die Erklärungen der Banken und ihrer bankengesetzlichen Kontrollorgane liessen sich in eine öffentliche Urkunde von Affidavit-ähnlichem Charakter kleiden.

Erst eine derart umfassende Rechenschaftsablage über die nachrichtenlosen Vermögenswerte und die ordnungsgemäss

abgewickelten Geschäftsbeziehungen in der Zeit vor und während dem Zweiten Weltkrieg vermag ein möglichst objektives Bild der Verhältnisse und Verhaltensweisen zu zeichnen, wie es von allen Beteiligten angestrebt wird.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 3. März 1997

Rapport écrit du Conseil fédéral du 3 mars 1997

Das Anliegen des Interpellanten ist berechtigt. Die Feststellung, in welchem Masse die Vermögensverwalter ihre Geschäftsbeziehungen ordnungsgemäss geführt und abgewickelt haben, ist im Zusammenhang mit der umfassenden Untersuchung der Rolle des Schweizer Finanzplatzes zur Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft von Interesse. Der Bundesrat begrüsst denn auch grundsätzlich die Stossrichtung der Interpellation.

Der praktischen Umsetzung dieses Anliegens stehen allerdings erhebliche Hindernisse rechtlicher und technischer Natur entgegen. Da die Untersuchung dieser Frage in erster Linie durch die betroffenen Institutionen und Personen selbst – auf freiwilliger Basis – zu erfolgen hätte, kann nicht davon ausgegangen werden, dass alle Betroffenen gleichermassen dazu bereit sein werden, zumal der damit verbundene Arbeitsaufwand in Rechnung zu stellen ist.

Da im weiteren gemäss Artikel 962 OR die Pflicht zur Aufbewahrung der Geschäftskorrespondenz und Buchungsbelege lediglich zehn Jahre beträgt, dürfte sich die Aktenlage betreffend ordnungsgemäss abgewickelte Geschäftsbeziehungen aus der Zeit vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg in der Regel als nicht sehr ergiebig erweisen. Schwierigkeiten bereiten würde auch die Abstützung auf freiwillige Meldungen der Kunden, welche aufgrund ordnungsgemäss abgewickelter Vertragsbeziehungen Vermögenswerte zurück- erhalten haben, da diese Personen nicht notwendigerweise ein Interesse an einer Offenlegung haben.

Aus all diesen Gründen ist damit zu rechnen, dass auf diesem Weg lediglich bruchstückhafte Nachweise über die ordnungsgemäss abgewickelten Geschäftsbeziehungen – die vermutlich den Regelfall dargestellt haben – gewonnen werden können.

Die vom Bundesrat eingesetzte unabhängige Expertenkommission unter Leitung von Professor Jean-François Bergier wird umfassende Untersuchungen über Vermögenswerte, die infolge der nationalsozialistischen Herrschaft in die Schweiz gelangt sind, durchführen. Das Volcker-Komitee lässt das Vorgehen der Banken in bezug auf nachrichtenlose Vermögenswerte aus dieser Zeit durch Revisionsgesellschaften eingehend prüfen.

Am 22. Januar 1997 hat die Eidgenössische Bankenkommission die Prüfungen der vom Volcker-Komitee beauftragten Revisionsgesellschaften als ausserordentliche Revisionen im Sinne des Bankengesetzes erklärt. Aus diesen Untersuchungen sollten ebenfalls Schlüsse bezüglich des Umfangs korrekt abgewickelter Geschäftsverbindungen gezogen werden können.

Der Bundesrat ist bereit, das Anliegen des Interpellanten anlässlich der laufenden Gespräche mit Banken- und anderen Wirtschaftskreisen aufzunehmen, und lädt die Expertenkommission Bergier sowie das Volcker-Komitee ein, diesen Überlegungen ebenfalls die notwendige Beachtung zu schenken.

96.3606

Motion Rechsteiner Paul
Nachrichtenlose Vermögen.
Meldepflicht
Fortunes tombées en déshérence.
Obligation de s'annoncer

Wortlaut der Motion vom 9. Dezember 1996

Der Bundesrat wird eingeladen, dafür zu sorgen, dass Vermögenswerte auf Schweizer Finanzinstituten, über deren Berechtigte seit einer bestimmten festzulegenden Frist Nachrichten fehlen, einer zentralen Stelle zu melden sind, und den eidgenössischen Räten gegebenenfalls die erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen zu unterbreiten.

Texte de la motion du 9 décembre 1996

Le Conseil fédéral est chargé de veiller à ce que les biens déposés dans les établissements financiers de notre pays soient signalés à un service central, pour autant qu'on n'ait pas de nouvelles des ayants droit durant une période bien déterminée. Il soumettra, le cas échéant, les dispositions légales requises.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aepli, Alder, Baumann Stephanie, Bodenmann, Gross Andreas, Gross Jost, Gysin Remo, Hilber, Jeanprêtre, Jutzet, Leuenberger, Maury Pasquier, Rechsteiner Rudolf, Roth, Semadeni, Strahm, Stump, Tschäppät, Vollmer (19)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 3. März 1997

Déclaration écrite du Conseil fédéral du 3 mars 1997

Der Bundesrat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen.

96.3611

Motion
freisinnig-demokratische Fraktion
Nachrichtenlose Vermögen.
Bildung eines Fonds
Motion
groupe radical-démocratique
Fortunes tombées en déshérence.
Constitution d'un fonds

Wortlaut der Motion vom 10. Dezember 1996

Der Bundesrat wird eingeladen, 1997 den eidgenössischen Räten eine Vorlage zu einem allgemeinverbindlichen Bundesbeschluss zu unterbreiten, der es erlaubt, die in der Schweiz deponierten und durch das Volcker-Komitee oder andere Untersuchungsgremien eruierten nachrichtenlosen Vermögen aus der Zeit vor, während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg zusammen mit den dazugehörenden Akten einem öffentlichen Fonds des Bundes zur Verwaltung zuzuleiten. Die individuellen Ansprüche gegenüber dem Fonds müssen dabei vollumfänglich gewahrt bleiben. Der Fonds bemüht sich darum, die festgestellten Guthaben den Berechtigten zukommen zu lassen. Nach dem Vorliegen des

Schlussberichtes der vom Bundesrat eingesetzten Kommission wird der Fonds aufgelöst, wobei eine Rückstellung für später eintreffende Forderungen getätigt wird.

Die verbleibenden Mittel werden gemeinnützigen und humanitären Institutionen zugeführt, deren Tätigkeit mit den Folgen der Naziherrschaft im Zusammenhang steht.

Texte de la motion du 10 décembre 1996

Le Conseil fédéral est chargé de soumettre aux Chambres, en 1997, un projet d'arrêté fédéral de portée générale. Selon cet arrêté, les fonds en déshérence déposés en Suisse avant, pendant et immédiatement après la Seconde Guerre mondiale que le comité Volcker ou d'autres organismes d'enquête ont découverts seront transmis, accompagnés des documents les concernant, à un fonds public géré par la Confédération. L'arrêté devra préserver intégralement les droits des particuliers vis-à-vis de ce fonds. On s'efforcera ensuite de rendre les biens découverts aux ayants droit. Après la présentation du rapport final de la commission mandatée par le Conseil fédéral, le fonds sera dissous, à la suite de quoi une provision sera constituée, au cas où des revendications parviendraient plus tard.

Les avoirs restants seront mis à la disposition des institutions humanitaires et des institutions d'utilité publique, dont les activités sont en rapport avec les répercussions du régime national-socialiste.

Schriftliche Begründung

Die Urheber verzichten auf eine Begründung und wünschen eine schriftliche Antwort.

Développement par écrit

Les auteurs renoncent au développement et demandent une réponse écrite.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 3. März 1997

Die Problematik der nachrichtenlosen Vermögen aus der Zeit vor, während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg ist Gegenstand der umfassenden historischen und rechtlichen Untersuchung, welche die von Professor J.-F. Bergier geleitete unabhängige Expertenkommission durchführt.

Das Volcker-Komitee ist mit der Abklärung nachrichtenloser Vermögenswerte aus dieser Zeit bei Schweizer Banken beauftragt. Die Kommission will feststellen, ob die Banken die betreffenden nachrichtenlosen Vermögenswerte korrekt und vollständig erhoben haben, und sicherstellen, dass identifizierbare Berechtigte bzw. deren Erben in den Besitz dieser Vermögenswerte kommen. Gestützt auf das zwischen der Schweizerischen Bankiervereinigung und jüdischen Organisationen abgeschlossene Memorandum of Understanding vom 2. Mai 1996, die am 31. Juli 1996 vereinbarten Terms of Reference und die Instruktionen an die Revisionsgesellschaften wird das Volcker-Komitee in Zusammenarbeit mit dem Ombudsmann der Banken insbesondere darauf hinarbeiten, bei Banken allenfalls noch vorhandene Vermögenswerte von Opfern religiöser, rassistischer oder politischer Verfolgung während der Zeit des Naziregimes zu eruieren, diese den einzelnen Berechtigten (inklusive Erben) zukommen zu lassen und die Verwendung verbleibender Vermögenswerte verschollener Eigentümer im Sinne der interessierten Organisationen zu empfehlen. Dies kann auf der Grundlage bestehenden Rechts geschehen, wobei die Banken jedoch individuelle Eigentumsansprüche zu garantieren haben.

Das Volcker-Komitee wird somit für nachrichtenlose Vermögenswerte von Opfern der Naziherrschaft aus der Zeit vor, während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, welche bei Schweizer Banken liegen, im wesentlichen die Anliegen zu erfüllen suchen, welche die Motion im Sinne einer gesetzlichen Sonderregelung einem öffentlichen Fonds des Bundes übertragen will. Der Bundesrat hält es nicht für opportun, im jetzigen Zeitpunkt mittels einer derartigen gesetzlichen Regelung in die laufenden Arbeiten des Volcker-Komitees und die zugrundeliegenden Vereinbarungen einzugreifen.

Was die übrigen bei Banken liegenden nachrichtenlosen Vermögenswerte aus dieser Zeit anbelangt, so besteht sachlich und rechtssystematisch grundsätzlich kein Anlass zu einer gesetzlichen Sonderlösung. Diese Vermögenswerte können im Rahmen einer generellen Regelung der Frage nachrichtenloser Vermögen erfasst werden. In Beantwortung diesbezüglicher parlamentarischer Vorstösse erklärt sich der Bundesrat bereit, diese Frage umfassend zu prüfen und dem Parlament Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

In bezug auf nachrichtenlose Vermögenswerte ausserhalb des Bankensektors aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges, die möglicherweise im Rahmen der Nachforschungen der Expertenkommission Bergier eruiert werden, wird gegebenenfalls zu prüfen sein, ob hierfür eine gesetzliche Sonderlösung oder eher die zur Diskussion stehende generelle Regelung nachrichtenloser Vermögen vorzusehen ist. Entsprechende Sonderbestimmungen könnten, falls erforderlich, durchaus auch im Rahmen einer generellen Regelung erlassen werden.

Der Bundesrat hat am 7. Januar 1997 erklärt, dass nachrichtenlose Gelder, welche auf Bankkonten liegen, einer sinnvollen Verwendung zuzuführen sind. Er hat zudem seine Bereitschaft bekundet, mit den Banken und den interessierten Organisationen sofort Gespräche über die Schaffung eines Fonds zugunsten der Holocaust-Opfer und ihrer Nachkommen zu führen. Am 22. Januar 1997 hat der Bundesrat die Bereitschaft in Bankenkreisen, auf der Grundlage freiwilliger Einlagen rasch einen Fonds als Geste der Solidarität zu öffnen, begrüsst. Nach der am 5. Februar 1997 erfolgten Ankündigung der Schweizer Grossbanken, für die Schaffung eines «humanitären Fonds für die Opfer des Holocausts» 100 Millionen Franken auf ein Sperrkonto der Schweizerischen Nationalbank einzuzahlen, hat der Bundesrat umgehend die Führung bei der Konzeption eines solchen Fonds übernommen. Um rasch handeln zu können, hat er sich für ein zweistufiges Vorgehen entschieden und in einem ersten Schritt innert Kürze einen auf Artikel 12 des Finanzhaushaltsgesetzes basierenden Spezialfonds zugunsten bedürftiger Opfer von Holocaust/Schoah geschaffen. Die vom Bundesrat am 26. Februar 1997 verabschiedete Verordnung, die in enger Zusammenarbeit mit Vertretern der Geber- und Empfängerkreise erarbeitet wurde, ist am 1. März 1997 in Kraft getreten.

Der nun geschaffene humanitäre Spezialfonds bietet für die rasche Erbringung vorrangiger Unterstützungsmassnahmen zugunsten von Holocaust/Schoah-Opfern eine ausreichende finanzielle Grundlage, zumal von Seiten der Wirtschaft weitere Beiträge in Aussicht gestellt worden sind. Insofern ist die Äufnung eines öffentlichen Fonds aus nachrichtenlosen Vermögen nicht dringlich.

Der Bundesrat anerkennt das der Motion zugrundeliegende Anliegen, nachrichtenlose Vermögen aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges unter Wahrung individueller Ansprüche gemeinnützigen und humanitären Zwecken zukommen zu lassen. In Anbetracht der nun bereits errichteten Fondsstruktur, der laufenden Arbeiten des Volcker-Komitees und der Notwendigkeit, im Rahmen einer generellen Regelung der Frage nachrichtenloser Vermögen eine kohärente Lösung sicherzustellen, erachtet der Bundesrat indessen eine Festlegung auf die in der Motion geforderte gesetzliche Sonderlösung als verfrüht. Er schlägt daher vor, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Rapport écrit du Conseil fédéral du 3 mars 1997

La problématique des avoirs en déshérence déposés en Suisse avant, pendant ou immédiatement après la Seconde Guerre mondiale fait l'objet d'une vaste enquête historique et juridique qui a été confiée à la commission d'experts indépendante présidée par le professeur J.-F. Bergier.

Le comité Volcker a été chargé quant à lui d'identifier les valeurs en déshérence datant de cette époque dans les banques suisses. Ce comité se propose de déterminer si les banques ont recensé de manière correcte et exhaustive les valeurs en déshérence en question et il veut faire le nécessaire

pour que les ayants droit identifiables ou leurs héritiers entrent en possession de ces avoirs. Se fondant sur la convention dite «Memorandum of Understanding» passée le 2 mai 1996 entre l'Association suisse des banquiers et des organisations juives, sur les «Terms of Reference» arrêtés le 31 juillet 1996 et sur les instructions données aux sociétés fiduciaires, le comité Volcker se consacrera notamment, en collaboration avec l'ombudsman des banques, à la recherche d'avoirs de victimes de persécutions religieuses, racistes ou politiques à l'époque du régime national-socialiste, s'efforcera d'obtenir le transfert de ces biens aux ayants droit respectifs (héritiers compris), et formulera des recommandations concernant une utilisation des autres avoirs de propriétaires disparus, conformément aux idées émises par les organisations juives. Ces opérations peuvent être effectuées en application de la législation en vigueur, étant entendu que les banques doivent garantir les droits de propriété individuels.

Ainsi, en ce qui concerne les avoirs juifs en déshérence déposés dans des banques suisses avant, pendant ou immédiatement après la Seconde Guerre mondiale, c'est le comité Volcker qui remplira les tâches que la motion veut attribuer à un fonds public de la Confédération au sens d'une réglementation légale spéciale. Le Conseil fédéral ne juge donc pas opportun d'intervenir dans les travaux en cours du comité Volcker ni dans les conventions sur lesquelles ils reposent en édictant une réglementation légale de cette nature.

En ce qui concerne les autres avoirs en déshérence déposés dans les banques à cette époque, il n'y a fondamentalement pas lieu, ni quant au fond ni du point de vue de la systématique juridique, de prescrire un régime légal spécial. Ces avoirs peuvent être traités dans le cadre d'une réglementation générale de la question des avoirs en déshérence. En réponse à des interventions parlementaires à ce sujet, le Conseil fédéral se déclare prêt à examiner à fond cette question et à soumettre des propositions de solution au Parlement.

Quant aux avoirs en déshérence datant de l'époque de la Seconde Guerre mondiale et situés en dehors du secteur bancaire, et qui seront éventuellement identifiés dans le cadre des recherches de la commission Bergier, il importera aussi d'examiner, le cas échéant, s'il convient de mettre en place un régime légal spécial ou de donner plutôt la préférence à la réglementation générale des avoirs en déshérence actuellement en discussion. Il serait du reste parfaitement possible de promulguer des dispositions spéciales à ce sujet dans le cadre d'une réglementation générale.

Le Conseil fédéral a déclaré le 7 janvier 1997 que les fonds en déshérence placés sur des comptes bancaires doivent être affectés à un usage sensé et approprié. Il s'est par ailleurs déclaré prêt à entamer immédiatement des entretiens avec les banques et les organisations intéressées au sujet de la création d'un fonds en faveur des victimes de l'holocauste et de leurs descendants. Le 22 janvier 1997, le Conseil fédéral a publiquement approuvé la disposition des milieux bancaires à créer volontairement et rapidement un fonds à titre de geste de solidarité. A la suite de l'annonce par les grandes banques suisses, le 5 février 1997, de leur intention de créer un «Fonds humanitaire pour les victimes de l'holocauste», et de le doter d'un montant de 100 millions de francs, à verser sur un compte bloqué de la Banque nationale suisse, le Conseil fédéral a immédiatement assumé un rôle directeur en vue de la conception d'un tel fonds. Afin de pouvoir agir rapidement, il s'est prononcé en faveur d'un processus en deux étapes, et, dans un premier pas, a établi à brève échéance un fonds spécial, selon l'article 12 de la loi sur les finances de la Confédération, en faveur des victimes de l'holocauste/shoah dans le besoin. L'ordonnance du Conseil fédéral du 26 février 1997, élaborée en étroite collaboration avec des représentants des donateurs et des cercles de récipiendaires, est entrée en vigueur le 1er mars 1997.

Le fonds spécial humanitaire ainsi créé offre une assise financière à l'adoption rapide de mesures de soutien prioritaires en faveur des victimes de l'holocauste/shoah, ce d'autant plus que des contributions additionnelles ont été annoncées par d'autres secteurs de l'économie. Dans ce contexte, il

n'est donc pas urgent d'alimenter un fonds public par le versement de fonds en déshérence.

Le Conseil fédéral reconnaît la légitimité du souci exprimé dans la motion qui préconise l'affectation des avoirs en déshérence datant de la Seconde Guerre mondiale à des fins humanitaires et d'utilité publique, sous réserve de la protection des droits individuels. Cependant, compte tenu de la structure du fonds déjà élaborée, des travaux en cours du comité Volcker et de la nécessité de garantir une solution cohérente dans le cadre d'une réglementation générale de la question des avoirs en déshérence, le Conseil fédéral considère qu'il serait prématuré d'adopter un régime légal spécial tel que le préconise cette motion. Il propose donc de transformer la motion en postulat.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral propose de transformer la motion en postulat.

96.3655

Motion de Dardel

Holocaust.

Liste der zurückgewiesenen Personen

Holocauste.

Liste des personnes refoulées

Wortlaut der Motion vom 12. Dezember 1996

Der Bundesrat wird beauftragt:

1. Nachforschungen über die Identität der im Zweiten Weltkrieg an unserer Landesgrenze zurückgewiesenen Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung zu veranlassen;
2. das Verzeichnis dieser Opfer ohne Nachweis eines berechtigten Interesses jedermann zugänglich zu machen.

Texte de la motion du 12 décembre 1996

Le Conseil fédéral est invité à:

1. rechercher l'identité des personnes refoulées à la frontière de notre pays pendant la Deuxième Guerre mondiale, alors qu'elles étaient persécutées par le régime national-socialiste;
2. prévoir que la liste de ces victimes sera accessible à toute personne sans qu'elle ait à justifier d'un intérêt.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aguet, Alder, Bäumlin, Borel, Bühlmann, Carobbio, Cavalli, Chiffelle, Fankhauser, von Felten, Goll, Grendelmeier, Gross Andreas, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Herczog, Hollenstein, Hubacher, Jeanprêtre, Jutzet, Ledergerber, Marti Werner, Meier Samuel, Rechsteiner Paul, Rennwald, Roth, Widmer, Zbinden (29)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Le débat en cours sur le rôle de la Suisse en relation avec l'holocauste donne à juste titre toujours plus d'importance à la politique suisse de fermeture des frontières au préjudice des victimes du nazisme.

Pour le moins, la vie et le sang des victimes devraient susciter de la part de notre pays un effort plus important que l'or, l'argent et les fortunes. Mais le contraire semble actuellement se produire. Comme si le sujet était secondaire, puisqu'il ne touche pas la place financière suisse.

La présente motion demande simplement au Conseil fédéral d'établir une liste des personnes persécutées par les nazis et refoulées par les autorités suisses.

Certes, la destruction – apparemment volontaire! – des archives fédérales de police des étrangers rend ce travail difficile. Mais, grâce aux archives qui subsistent dans les cantons, ce travail est possible partiellement. Mieux vaut une réparation partielle que pas de réparation du tout.

Dans sa réponse à l'interpellation de Dardel 96.3475, le Conseil fédéral déclare: «Les cantons doivent décider eux-mêmes, dans le cadre de leur autonomie en matière d'archives, si de telles recherches sont souhaitables.» Non, il incombe à la Confédération d'obtenir le consentement des cantons et d'engager à ses frais les recherches dont la nécessité est exclusivement imputable aux autorités fédérales. Ce ne sont pas les cantons qui ont décidé de refouler les persécutés, puis de détruire les traces archivées de ces refoulements.

Les proches de victimes de l'holocauste ont le droit d'être informés sur le refoulement de leurs parents hors de Suisse. Ils doivent pouvoir connaître le sort réservé par les autorités suisses à leurs parents. De la sorte, il est possible d'assurer, dans la mesure du possible, le respect de la mémoire des victimes, en rompant avec le silence, l'ignorance et l'oubli. Inversement, ne pas relever l'identité des victimes, alors que notre pays est en mesure partiellement de le faire, serait une démonstration d'indifférence.

Plutôt que de prévoir une publication de la liste, il semble préférable d'instituer un registre public, qui puisse être consulté par toute personne sans condition préalable et sans discrimination.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 3. März 1997

*Rapport écrit du Conseil fédéral
du 3 mars 1997*

1. Comme l'explique la réponse du Conseil fédéral à l'interpellation de Dardel 96.3475, la Confédération a entrepris diverses démarches en vue de mettre à jour l'histoire de la politique suisse envers les réfugiés pendant la Deuxième Guerre mondiale. Leurs résultats ont été publiés par les Archives fédérales (cf. Etudes et Sources 22). Dans ce contexte, les Archives fédérales ont essayé à deux reprises d'amener les cantons, en particulier les cantons-frontière, à entreprendre des recherches historiques parallèles. De telles recherches sont actuellement en cours dans quelques cantons (Bâle-Ville, Berne/Jura, Schaffhouse). Avec le canton de Vaud, des discussions ont présentement lieu pour savoir si, et sous quelle forme, la Confédération pourrait être associée à l'utilisation de sources récemment découvertes. Pour ses recherches, Genève a accepté l'offre d'aide financière de la Confédération. D'autres cantons ne se montrent pas intéressés ou estiment ne plus posséder d'archives permettant de telles études.

Pour le moment, il semble indiqué d'attendre les résultats de tous les travaux de recherche en cours, ou projetés, avant que les autorités fédérales ne recommencent à agir de leur côté. Indépendamment de cela, la commission d'experts indépendante instituée en décembre 1996 examinera, pour sa part, dès le début de ses travaux, en se fondant sur le mandat que lui a confié le Conseil fédéral le 19 décembre 1996 et sur le mandat complémentaire du 15 janvier 1997, les questions liées à la politique à l'égard des étrangers et aux refoulements de réfugiés.

En vue d'accélérer les choses, le Conseil fédéral est toutefois prêt à examiner, dès maintenant, si les compétences réglementaires à sa disposition en matière de police des étrangers ne pourraient pas l'autoriser à obtenir par voie d'arrêté l'ouverture d'archives qui seraient encore fermées, ou si, à la rigueur, il ne conviendrait pas de créer pour cela de nouvelles bases légales.

2. Dans le cadre de la mise en valeur des archives de la Confédération, une banque de données a été constituée dans laquelle figurent les noms de tous les réfugiés admis dans notre pays. Parallèlement à celle-ci, une banque de données dans laquelle figureront les noms des réfugiés refoulés que l'on a pu retrouver à ce jour est en voie de constitution. Cette dernière comporte d'importantes lacunes et doit être encore complétée. L'achèvement des travaux en cours, en particu-

lier dans le canton de Genève, permettra sûrement de les combler. Si de nouveaux noms de réfugiés refoulés venaient à être connus sur la base de nouvelles sources, ils devront être également saisis dans la banque de données.

Toutes les données se rapportant aux réfugiés juifs figurant dans ces banques de données, ainsi que les copies des documents concernant les réfugiés juifs admis en Suisse, seront remises au Mémorial israélien des victimes de l'holocauste, Yad Vashem, à Jérusalem, et à l'Holocaust Memorial Museum de Washington. Simultanément, toute nouvelle version de la banque de données relative aux refoulements de réfugiés sera également accessible aux Archives fédérales par toute personne intéressée. Exception est faite pour un petit nombre de dossiers concernant des réfugiés admis – peut-être encore en vie aujourd'hui – qui contiennent des données personnelles particulièrement dignes de protection. Ces données et ces copies de documents seront accessibles, dans les institutions susmentionnées, aux mêmes conditions qu'aux Archives fédérales. Ceci vaut aussi bien pour la banque de données relative aux réfugiés accueillis que pour celle – en cours d'élaboration – concernant les réfugiés refoulés.

Sur la base du droit en vigueur, aucune justification particulière n'est nécessaire pour accéder aujourd'hui aux archives de la Confédération qui ne sont plus soumises au délai de protection de 35 ans. Cet accès vaut également pour les données concernant les réfugiés dont il est question ci-dessus. Il s'ensuit que l'exigence d'accorder un accès sans conditions à ces listes de noms est déjà remplie aujourd'hui.

Au vu de ces considérations, nous vous proposons donc de transformer cette motion en postulat.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral propose de transformer la motion en postulat.

96.3680

Motion Ziegler

Untersuchungskommission zu den nachrichtenlosen Vermögen. Ausweitung des Mandates

Commission d'enquête sur les fortunes tombées en déshérence. Extension du mandat

Wortlaut der Motion vom 13. Dezember 1996

Die Nachforschungen über die Vermögenswerte, die im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Herrschaft in die Schweiz gelangten, müssen auf die systematische Wegweisungspolitik der Schweiz gegenüber den verfolgten Jüdinnen und Juden in den Jahren 1933–1945 ausgeweitet werden. Das Verschwinden der jüdischen Guthaben bei den Schweizer Banken und die Wegweisung der Verfolgten stehen in einem inneren Zusammenhang; sie gehen beide auf die gleiche antisemitische Strategie zurück, die damals sowohl die Bankiers als auch die Behörden der Schweiz verfolgten.

Der Bundesrat wird aufgefordert, den Forschungsauftrag, welchen er den von ihm aufgrund des Bundesbeschlusses vom 13. Dezember 1996 ernannten Historikerinnen und Historikern erteilt, auf die Flüchtlingspolitik der Jahre 1933–1945 auszuweiten.

Texte de la motion du 13 décembre 1996

La recherche sur le sort des avoirs ayant abouti en Suisse à la suite de l'avènement du régime national-socialiste doit être

étendue à la politique de refoulement systématique des persécutés juifs par la Suisse en 1933–1945. La disparition dans les banques suisses des fonds juifs et le refoulement des persécutés juifs sont intimement liés, ils procèdent d'une même stratégie antisémite des banquiers et autorités suisses de l'époque.

Le Conseil fédéral est invité à étendre à la politique des réfugiés 1933–1945 le mandat de recherche donné aux historiens nommés par lui sur la base de l'arrêté fédéral du 13 décembre 1996.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Keine – Aucun

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

L'auteur renonce au développement et demande une réponse écrite.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 3. März 1997

Rapport écrit du Conseil fédéral

du 3 mars 1997

Le 19 décembre 1996, le Conseil fédéral a nommé la commission indépendante d'experts (commission Bergier). Le même jour, il a adopté le mandat de cette commission. Sous le point 2.1.2. figure également la politique des réfugiés:

«Importance de la politique des réfugiés en rapport avec les relations économiques et financières de la Suisse avec les puissances de l'axe et les Alliés»

Le 15 janvier 1997, le Conseil fédéral a invité le président de la commission d'experts, le professeur J.-F. Bergier, à examiner la possibilité de traiter en priorité deux domaines déjà largement étudiés par les historiens, à savoir les transactions en or de la Banque nationale suisse et la politique de la Suisse à l'égard des réfugiés pendant la Seconde Guerre mondiale. Le professeur Bergier a annoncé que les résultats de telles recherches seraient disponibles avant l'été. Le Conseil fédéral serait alors en mesure de tirer encore plus rapidement que prévu d'éventuelles conclusions en ce qui concerne ces deux domaines.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral propose de classer la motion étant donné que l'objectif de cette dernière est réalisé.

97.3034

Dringliche Interpellation Goll Interhandel-Affäre und Vergangenheitsbewältigung

Interpellation urgente Goll La Suisse face à son passé. L'affaire Interhandel

Wortlaut der Interpellation vom 3. März 1997

Weltweit wird die Frage gestellt, wie ernst es der Bundesrat und die Banken mit der Vergangenheitsbewältigung meinen. Als Prüfstein für die Glaubwürdigkeit kann die Interhandel-Affäre dienen, die jahrelang als Symbol für die Problematik der Naziflichtgelder in der Schweiz gegolten hat.

Ich frage den Bundesrat deshalb an:

1. Was spricht heute noch für die Aufrechterhaltung der Sperre der Schachtel im Bundesarchiv mit der Signatur E7160-07(-)1968/54 1064, in der Dokumente über die Interhandel-Affäre enthalten sind?

2. Welche politischen Gründe gab und gibt es für diese Sperre?

3. Ist der Bundesrat bereit, die Rolle des Finanzplatzes Schweiz sowie der damaligen schweizerischen Regierung

und Behörden in dieser Affäre sofort zu prüfen und schonungslos aufzudecken?

4. Ist der Bundesrat bereit, juristische und finanzielle Konsequenzen für die Schweizerische Bankgesellschaft (SBG) in die Wege zu leiten?

5. Reichen die zeitlichen, fachlichen und personellen Rahmenbedingungen der Historikerkommission zur Klärung dieses Falles aus?

Texte de l'interpellation du 3 mars 1997

Dans le monde entier, on se demande à quel point le Conseil fédéral et les banques sont sincères lorsqu'ils disent vouloir faire face au passé. L'affaire Interhandel peut servir de baromètre pour mesurer leur degré de crédibilité, car elle a symbolisé pendant des années le problème des capitaux placés en Suisse par le régime national-socialiste.

Pour cette raison, je demande au Conseil fédéral:

1. Quels sont actuellement encore les arguments qui empêchent de lever l'interdiction de consulter la boîte E7160-07(-) 1968/54 1064 aux Archives fédérales, qui contient des documents sur l'affaire Interhandel?

2. Quelles étaient et quelles sont les raisons politiques qui justifient cette interdiction?

3. Le Conseil fédéral est-il prêt à étudier immédiatement le rôle de la Suisse en tant que place financière, ainsi que celui du Gouvernement et des autorités suisses alors en place, et de les révéler sans montrer d'indulgence?

4. Le Conseil fédéral est-il prêt à en tirer les conclusions juridiques et financières qui s'imposent, s'agissant de l'Union de banques suisses?

5. La Commission d'historiens dispose-t-elle des moyens et du personnel nécessaires pour élucider ce cas en temps voulu?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Keine – Aucun

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Die rasche Offenlegung aller gesperrten Dokumente zu diesem Fall geht über eine reine Absichtserklärung oder einige Millionen Franken «Wiedergutmachungsgelder» hinaus und kann der stark angeschlagenen Glaubwürdigkeit der Schweiz nur entgegenwirken. Dazu gehören auch Anstrengungen zur Klärung der schweizerischen Geschichte im Zusammenhang mit dem Finanzplatz Schweiz, die nicht zuletzt im eigenen Interesse notwendig sind. Es gibt im Falle der längst bekannten Interhandel-Affäre keinen Grund, auf die Ergebnisse der Historikerkommission zu warten.

Die Recherchen der Wirtschaftszeitung «Cash» (Nr. 4 vom 24. Januar 1997) deuten darauf hin, dass die SBG über die vormalige Firma Interhandel Vermögen der deutschen IG-Farben unrechtmässig beanspruchte. Ein Revisionsbericht der Schweizerischen Verrechnungsstelle, der als Rees-Bericht in der genannten Schachtel im Bundesarchiv gesperrt ist, weist auf eine starke deutsche Beteiligung dieser Gesellschaft hin. Die Aussage des Berichtes wurde aber offenbar verfälscht an die USA weitergegeben. Dies beweisen andere Dokumente im Bundesarchiv, die nicht gesperrt sind.

Auf Ersuchen des Interhandel-Hauptaktionärs und des IG-Farben-Strohmannes, Dr. Hans Sturzenegger, und seines Anwaltes, Edmund Wehrli, wurden relevante Akten durch die Bundesanwaltschaft beschlagnahmt, um deren Auslieferung an die US-Justizbehörden zu verhindern. Hier agierten der Bundesrat und die Bundesanwaltschaft offensichtlich im Interesse einer Schweizer Bank, um die Wahrheit zu vertuschen.

Dass in der genannten Schachtel stark belastendes Material liegt, ist schon daraus ersichtlich, dass heute die Sperrgründe selbst gesperrt sind.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 17. März 1997

Rapport écrit du Conseil fédéral

du 17 mars 1997

1. Die Akten betreffend die Interhandel-Affäre sind allgemein zugänglich mit Ausnahme des angesprochenen sogenann-

ten Berichtes Rees. Die Sperre ist vom Bundesrat mit Entscheidung vom 24. Juni 1987 erlassen worden. Alle seither erfolgten negativen Entscheidungen blieben unangefochten. Heute ist die unabhängige Expertenkommission «Schweiz – Zweiter Weltkrieg» mit der Aufarbeitung der Geschichte des Schweizer Finanzplatzes im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg beauftragt. Die Untersuchung der Affäre Interhandel fällt in das weitgefasste Untersuchungsmandat dieser unabhängigen Expertenkommission (Punkt 2.1.3 des Bundesratsbeschlusses vom 19. Dezember 1996 nennt u. a. explizit «Massnahmen zur Identifikation, Kontrolle, Rückgabe von Raubgut und Fluchtgeldern Behandlung der Vermögenswerte aus den Achsenmächten»). Es ist deshalb sachlich richtig und angezeigt, der unabhängigen Expertenkommission diesen Bericht Rees zur Untersuchung zu überlassen. Es ist der unabhängigen Expertenkommission anheimgestellt, in welcher Form die Affäre Interhandel Bestandteil ihres Forschungsplanes sein soll. Im Anschluss an eine erste Auswertung wird zu prüfen sein, wie bisherige Zugangsbeschränkungen revidiert werden können und dieser Bericht einem weiteren Benutzer- und Benutzerinnenkreis vorgelegt werden kann.

2. In seinem Entscheid von 1987 nennt der Bundesrat zwei Hauptgründe für eine Verweigerung der Einsicht. Einerseits werden formalrechtliche Gründe angeführt (fehlendes Rechtshilfeersuchen bzw. Beweiserhebungsverfahren), andererseits wird geltend gemacht, dass auch nach Ablauf der Sperrfrist gemäss Archivreglement die Akteneinsicht verweigert werden kann, z. B. wenn wesentliche öffentliche Interessen des Bundes, insbesondere die innere oder äussere Sicherheit der Eidgenossenschaft, die Geheimhaltung verlangen. Letzteres sah der Bundesrat als gegeben an. Er ging von der Annahme aus, dass die Gefahr bestand, die frühere Haltung der Schweizer Regierung könnte falsch ausgelegt werden, was politische Auswirkungen im Verhältnis zwischen der Schweiz und einem Drittstaat hätte zur Folge haben können. Bei der Abwägung der zu berücksichtigenden Interessen wurden im konkreten Fall diese Geheimhaltungsinteressen stärker gewichtet als die Einsichtsinteressen der Beschwerdeführerin. Die ausführliche Begründung des Entscheides ist in der «Verwaltungspraxis der Bundesbehörden», 1987, 51/IV, Nr. 60, publiziert worden.

3. Der Bundesrat hat mit seinem Auftrag an die unabhängige Expertenkommission klar bewiesen, dass er an einer umfassenden und uneingeschränkten Aufarbeitung der Geschichte des Schweizer Finanzplatzes im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg interessiert ist. An dieser Haltung hat sich nichts geändert.

4. Die Akteneinsichtssperre von 1987 stand im Zusammenhang mit einem damals laufenden ausländischen Gerichtsverfahren. Aus Gründen der Gewaltenteilung kann es nicht Sache des Bundesrates sein, über das Vorliegen von rechts-erheblichen Gründen für die Wiederaufnahme eines abgeschlossenen Verfahrens zu befinden. Sollten sich aus dem Verhalten der Beteiligten entsprechende Konsequenzen aufdrängen, so ist der Bundesrat gewillt, diese zu prüfen. Dafür muss allerdings das Untersuchungsergebnis der unabhängigen Expertenkommission abgewartet werden.

5. Der unabhängigen Expertenkommission steht während der fünfjährigen Untersuchungsperiode ein Verpflichtungskredit von 5 Millionen Franken zur Verfügung. Der vorgesehene zeitliche Rahmen sollte für die Aufarbeitung der ganzen Problematik einschliesslich der Affäre Interhandel ausreichend sein. Bezüglich der erforderlichen personellen Ressourcen kann die unabhängige Expertenkommission im Rahmen der zur Verfügung stehenden Kredite die notwendigen Fachleute anstellen. Entsprechende Personalauswahlverfahren sind zurzeit im Gange.

97.3041

**Dringliche Interpellation
christlichdemokratische Fraktion
Schaffung
eines Krisenmanagementorgans
Interpellation urgente
groupe démocrate-chrétien
Création d'une cellule de crise**

Wortlaut der Interpellation vom 4. März 1997

Die christlichdemokratische Fraktion der Bundesversammlung fragt den Bundesrat an, ob er bereit ist, in naher Zukunft ein den aktuellen Erfordernissen angepasstes Krisenmanagementorgan zu schaffen.

Die Auseinandersetzungen um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg, insbesondere die Problematik der nachrichtenlosen Vermögen und die Vorwürfe aus dem In- und Ausland gegenüber der Schweiz, haben wieder einmal gezeigt, dass der Bundesrat solchen Krisen nur zögerlich begegnet und dass die diesbezügliche Kommunikation nicht optimal verläuft. Obwohl es bereits seit Monaten Warnzeichen für die erwähnte Krise gegeben hat, ist kein Amt und kein Organ explizit designiert worden, um die Krise vorausschauend zu begleiten.

Die christlichdemokratische Fraktion der Bundesversammlung ist der Ansicht, dass der Bundesrat sich ein Organ geben soll, das künftige Krisen managt. Dazu muss nicht eine neue ständige Bundesstelle geschaffen werden, sondern es genügt, dass Strukturen für eine Krisen-Task-force geschaffen werden. Dieses Organ muss gegebenenfalls sofort einsatzbereit sein. Der Leiter dieser Stelle ist Delegierter des Bundesrates und wird vom Bundesrat gewählt.

Texte de l'interpellation du 4 mars 1997

Le groupe démocrate-chrétien de l'Assemblée fédérale demande au Conseil fédéral s'il est disposé à créer prochainement une cellule de crise adaptée aux besoins actuels.

Le débat sur le rôle de la Suisse durant la Seconde Guerre mondiale, notamment le problème des fonds en déshérence et les reproches formulés à l'égard de la Suisse, tant dans le pays qu'à l'étranger, a montré une fois de plus que le Conseil fédéral aborde de telles crises avec quelque hésitation et que la communication, dans ces situations, n'est pas optimale. Bien que des signes annonciateurs aient précédé la crise de plusieurs mois, aucun office ni aucun organe n'a été explicitement chargé de la suivre à titre préventif.

Le groupe démocrate-chrétien de l'Assemblée fédérale est d'avis que le Conseil fédéral devrait se doter d'un organe qui sera chargé de gérer les crises. Il n'est pas nécessaire d'instituer un nouveau service fédéral permanent: il suffirait de créer les structures d'une cellule de crise, prête à intervenir à tout moment. Le responsable de cette cellule porterait le titre de délégué du Conseil fédéral et serait choisi par ce dernier.

Sprecher – Porte-parole: Durrer

Schriftliche Begründung

Die Urheber verzichten auf eine Begründung und wünschen eine schriftliche Antwort.

Développement par écrit

Les auteurs renoncent au développement et demandent une réponse écrite.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates
vom 17. März 1997*

1. Der Bundesrat verfügt über die erforderlichen Strukturen zur Bewältigung ausserordentlicher Lagen. Diese Strukturen stellen sicher, dass unser Land in Krisenzeiten und unter ho-

hem Druck von Ereignissen geführt werden kann. Da sie aber zur Zeit des kalten Krieges geschaffen wurden, bedürfen sie zumindest teilweise einer Überprüfung. Sie sind dort, wo dies erforderlich ist, den Herausforderungen der heutigen Zeit anzupassen, damit die Regierung in der Lage ist, in jeder Situation rasch zu reagieren.

Der Bundesrat wird diese Fragen in einer der nächsten Klausursitzungen erörtern.

Der Bundesrat möchte nachdrücklich betonen, dass es sich bei den von der Interpellation erwähnten aktuellen Problemen nicht um eine ausserordentliche Lage im herkömmlichen Sinne handelt. Deshalb hat er die Strukturen für ausserordentliche Lagen nicht aktiviert, sondern die Task force im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten eingerichtet und insbesondere die Expertenkommission Bergier eingesetzt.

2. Die Leiter dieser jeweiligen auf aktuelle Problemlagen zugeschnittenen Stäbe mit Spezialauftrag sollten allerdings nicht zwingend und in jedem Fall vom Bundesrat gewählt werden. Eine Wahl durch die oberste Landesbehörde ist nur dann sinnvoll, wenn diese Stäbe über längere Zeit im Einsatz bleiben und ein grosses politisches Gewicht haben.

Von der Wahl eines eigentlichen Delegierten sollte abgesehen werden, da damit zu starre und zu wenig flexible Strukturen entstehen. Der Bundesrat muss bei der Einsetzung einer Task force mit bestimmtem Auftrag jeweils von Fall zu Fall den für die zu behandelnden Aufgaben speziell kompetenten Chef bestellen können.

In jedem Fall muss der Bundesrat als Kollegialbehörde auch bei erhöhtem Entscheidtempo funktionsfähig bleiben.

3. Zusammenfassung: Was verbessert werden muss, ist die Nutzung anderswo bestehender Informationen für aktuelle Fragen, welche den Bundesrat beschäftigen müssen. Der Zeitdruck, unter dem die Regierung schnelle Entscheide treffen muss, setzt zudem voraus, dass die verwaltungsinterne Koordination optimal erfolgt und die Abläufe im Vorfeld eines Entscheides beschleunigt werden. Um dies zu realisieren, prüft der Bundesrat, wie dargelegt, anlässlich einer der nächsten Klausuren die Aktualisierung und allenfalls die Verstärkung der bestehenden Strukturen und auch, wie die Bundeskanzlei die ihr zufallende Rolle im neuen RVOG als Stabsstelle des Bundesrates wahrnehmen kann.

*Rapport écrit du Conseil fédéral
du 17 mars 1997*

1. Le Conseil fédéral dispose des structures nécessaires à la maîtrise des situations extraordinaires, de manière à garantir que le pays soit dirigé en temps de crise ou sous la pression des événements. Ces structures, mises en place au temps de la guerre froide, doivent être réexaminées, pour partie d'entre elles, et le cas échéant, être adaptées aux défis de notre temps pour permettre des réactions rapides du Gouvernement en toutes circonstances.

Le Conseil fédéral abordera ces deux problèmes lors d'une prochaine séance spéciale.

Le Conseil fédéral insiste sur le fait que les problèmes évoqués dans l'interpellation ne peuvent être assimilés à une situation extraordinaire, au sens usuel du terme. C'est la raison pour laquelle il n'a pas activé les structures destinées à la maîtrise de telles situations, mais institué une task force au sein du Département fédéral des affaires étrangères, ainsi que la commission d'experts Bergier.

2. Les responsables de ces états-majors spéciaux, chargés de mandats précis en rapport avec l'actualité, ne doivent pas être nécessairement et systématiquement nommés par le Conseil fédéral. Une désignation par les autorités suprêmes de l'Etat se justifie seulement lorsque ces états-majors sont institués pour une longue durée et jouent un rôle politique important.

Il convient de renoncer à la nomination d'un véritable délégué, car cela entraînerait des structures trop rigides. Lorsqu'il institue une task force, dotée d'un mandat précis, le Conseil fédéral doit pouvoir en désigner le chef, en fonction de la spécificité des tâches à accomplir et des compétences particulières requises.

Dans tous les cas, en tant qu'autorité collégiale, le Conseil fédéral doit rester fonctionnel, même lorsque le rythme des décisions s'accélère.

3. Conclusion: Ce qui mérite d'être amélioré est le recours aux informations disponibles sur des questions d'actualité dont le Conseil fédéral doit se saisir. La pression des événements, qui exige du Conseil fédéral des décisions rapides, commande en outre que, dans la perspective d'une décision, la coordination au sein de l'administration fonctionne sans accroc et que les procédures préparatoires soient accélérées. A cet égard, le Conseil fédéral examinera, lors de l'une de ses prochaines séances spéciales, les voies d'une amélioration et d'un renforcement éventuel des structures existantes, et les moyens par lesquels la Chancellerie fédérale pourra assumer son rôle d'état-major du Conseil fédéral dans le cadre de la nouvelle LOGA.

97.3046

**Dringliche Interpellation
sozialdemokratische Fraktion
Aufarbeitung der Rolle der Schweiz
im Zweiten Weltkrieg.
Entwicklung
seit der Dezembersession 1996
Interpellation urgente
groupe socialiste
Recherches sur le rôle de la Suisse
pendant la Seconde Guerre mondiale.
Evolution depuis
la session de décembre 1996**

Wortlaut der Interpellation vom 4. März 1997

Der Bundesrat bleibt bis heute stumm – unerklärbar stumm angesichts des wachsenden Antisemitismus in der Schweiz. Die folgenden Fragen sollen ihm deshalb die Möglichkeit einer klaren Stellungnahme geben.

1. Wie beurteilt der Bundesrat die Entwicklung der Ereignisse seit dem 30./31. Dezember 1996?

Ist sich der Bundesrat bewusst, dass im Umgang mit Antisemitismus und Rassismus dem Verhalten der Behörden eine entscheidende Bedeutung zukommt? Anerkennt der Bundesrat, dass Antisemitismus und Rassismus unter keinen Umständen je berechtigt sind? Und anerkennt er auch, dass es in keinem Fall die Opfer selbst sein können, die Antisemitismus und Rassismus verursachen?

2. Die Schweiz hat im Zweiten Weltkrieg Zehntausende jüdischer Flüchtlinge in den fast sicheren Tod zurückgewiesen (und teilweise unter Anwendung physischer Gewalt ausgeschafft und den Nazis übergeben).

Wie gedenkt der Bundesrat diesen Menschen und ihren Angehörigen Gerechtigkeit zu verschaffen?

Ist der Bundesrat bereit, eine öffentlich zugängliche Liste der namentlich bekannten Zurückgewiesenen zu erstellen bzw. erstellen zu lassen?

3. In derselben Zeit haben viele Schweizerinnen und Schweizer Flüchtlingen geholfen, sie manchmal vor den Behörden versteckt und dafür teilweise erhebliche Nachteile in Kauf genommen.

Ist der Bundesrat bereit, diesen Schweizerinnen und Schweizern seine Anerkennung auszusprechen?

Ist er bereit, Schritte einzuleiten, um Urteile, die gegen diese Menschen sowie gegen diejenigen, die z. B. in der Résistance gegen die Nazis gekämpft haben, ergangen sind, aufzuheben?

4. Der Fall Schweizerische Bankgesellschaft (SBG) hat in besorgniserregender Weise aufgezeigt, wie der im Dezem-

ber verabschiedete Bundesbeschluss über die Rolle des Finanzplatzes in der Nazizeit und seine Zielsetzungen unterlaufen werden können.

Wie beurteilt der Bundesrat das Verhalten der SBG und dasjenige des Wachmanns, der Akten mutig vor der Vernichtung rettete? Welche Vorkehrungen sind getroffen worden, dass Banken und andere Vermögensverwalter sich in Zukunft an den Bundesbeschluss halten?

Ist der Bundesrat bereit, dafür zu sorgen, dass es jedermann – auch Berufsgeheimnisträgern – möglich wird, sich von sich aus an die unabhängigen Experten zu wenden, ohne dafür rechtliche oder wirtschaftliche (vor allem berufliche) Nachteile zu erleiden?

Ist der Bundesrat darüber hinaus bereit, an die noch lebenden Zeitzeugen einen Aufruf zu richten, sich mit ihren Wahrnehmungen im Untersuchungsbereich des Bundesbeschlusses an die Expertenkommission zu wenden, nachdem diesen Wahrnehmungen angesichts der verstrichenen Zeit eine grosse Bedeutung zukommt?

Wie will der Bundesrat schliesslich sicherstellen, dass Erkenntnisse über mögliche Ansprüche von Angehörigen von Schoah-Opfern gegenüber Banken, Versicherungen und anderen Vermögensverwaltern diesen unverzüglich übermittelt werden? Ist er bereit, geeignete Massnahmen zu treffen, damit Berechtigte so rasch wie möglich ausfindig gemacht und verständigt werden?

5. Viele der offenen Fragen im Zusammenhang mit dem Finanzplatz Schweiz sind durch die unabhängigen Experten zu klären. Weitgehend geklärt sind heute schon die Raubgoldgeschäfte der Schweizerischen Nationalbank.

Wie beurteilt der Bundesrat die Raubgoldgeschäfte der Schweizerischen Nationalbank? Wie will er hinsichtlich der in diesem Zusammenhang erzielten Gewinne vorgehen?

6. Der von den Banken kürzlich gespiesene Fonds löst die Frage der nachrichtenlosen Vermögen nicht.

Wie beurteilt der Bundesrat die Entwicklung hinsichtlich der Abklärung nachrichtenloser Vermögen?

Wie wird beispielsweise sichergestellt, dass die im Rahmen des Bundesbeschlusses von 1962 gemeldeten und nachher den Vermögensverwaltern überlassenen Vermögen auch effektiv die Berechtigten erreicht haben?

Texte de l'interpellation du 4 mars 1997

Jusqu'à présent, le Conseil fédéral est resté muet et ce, de façon inexplicable, si l'on considère la montée de l'antisémitisme en Suisse. Les questions suivantes, qui émanent du groupe socialiste, doivent donc lui donner l'occasion d'exprimer clairement son opinion.

1. Que pense le Conseil fédéral de l'évolution des événements depuis les 30 et 31 décembre 1996?

Le Conseil fédéral se rend-il compte de la portée décisive que revêt le comportement des autorités dans un contexte d'antisémitisme et de racisme? Reconnaît-il que l'antisémitisme et le racisme ne sont en aucune circonstance légitimes? Et reconnaît-il également que ce ne peut en aucun cas être les victimes qui provoquent antisémitisme et racisme?

2. La Suisse a refusé des dizaines de milliers de réfugiés juifs pendant la Seconde Guerre mondiale, prenant par là-même le risque de les envoyer à une mort certaine (souvent aussi, ils ont été expulsés par la force et livrés aux nazis).

Comment le Conseil fédéral compte-t-il garantir justice à ces personnes et à leurs proches?

Le Conseil fédéral est-il prêt à établir ou à faire établir une liste des noms des expulsés connus, accessible au public?

3. A la même époque, de nombreux Suisses ont aidé les réfugiés, les ont parfois cachés des autorités et, ce faisant, ont encouru de nombreux risques.

Le Conseil fédéral est-il prêt à exprimer sa reconnaissance à ces Suisses?

Est-il prêt à engager les démarches nécessaires pour annuler les condamnations faites à l'encontre de ces personnes ainsi qu'à l'encontre de celles qui, par exemple, ont lutté contre les nazis dans la Résistance?

4. Le cas UBS a montré de façon alarmante que l'on peut évaluer l'arrêté fédéral adopté en décembre qui concerne le rôle

de la place financière suisse pendant la période nazie, ainsi que ses objectifs.

Que pense le Conseil fédéral de l'attitude de l'UBS et de celle du portier, qui a courageusement sauvé certains documents de la destruction? Quelles dispositions ont été prises pour forcer les banques et les gérants de fortune à respecter l'arrêté fédéral?

Le Conseil fédéral est-il prêt à faire en sorte qu'il soit possible à chacun, même à ceux qui détiennent des secrets professionnels, de se tourner vers des experts indépendants, sans avoir à subir d'inconvénients juridiques ou économiques (sur-tout professionnels)?

De plus, le Conseil fédéral est-il prêt à lancer un appel aux personnes qui ont vécu à cette époque-là, pour qu'elles apportent leurs témoignages à la commission d'expert, dans le cadre de l'enquête réalisée en vertu de l'arrêté fédéral, témoignages qui revêtent une grande importance, compte tenu de la longue période écoulée?

Enfin, comment le Conseil fédéral compte-t-il s'assurer que les prétentions éventuelles des proches des victimes de la shoah vis à vis des banques, assurances et gérants de fortune, soient communiquées à ces derniers sans tarder? Est-il prêt à prendre les mesures appropriées pour rechercher et aviser les ayants droit le plus rapidement possible?

5. De nombreuses questions en suspens concernant la place financière suisse doivent être examinées par des experts indépendants. Aujourd'hui, la question de l'or pillé par les nazis et déposé à la Banque nationale suisse est largement clarifiée.

Que pense le Conseil fédéral des opérations de la Banque nationale suisse en rapport avec ces dépôts d'or? Comment compte-t-il procéder en ce qui concerne les bénéfices dégagés dans ce cadre?

6. Le fonds alimenté récemment par les banques ne résout pas le problème des avoirs en déshérence.

Que pense le Conseil fédéral de la manière dont évoluent les investigations sur les avoirs en déshérence?

Comment peut-on garantir, par exemple, que les avoirs signalés dans le cadre de l'arrêté fédéral de 1962 et qui ont ensuite été confiés aux gérants de fortune, soient remis effectivement aux ayants droit?

Sprecher – Porte-parole: Rechsteiner Paul

Schriftliche Begründung

Die Urheber verzichten auf eine Begründung und wünschen eine schriftliche Antwort.

Développement par écrit

Les auteurs renoncent au développement et demandent une réponse écrite.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 17. März 1997

1. Bereits im vergangenen Jahr musste der Bundesrat im Zusammenhang mit der Diskussion um Vermögenswerte von Nazi-Opfern von antisemitischen Äusserungen Kenntnis nehmen. Anlass dafür hatten u. a. die Gespräche mit jüdischen Organisationen in den USA gegeben. Den Bundesrat hat die Vehemenz einiger dieser gegen Juden im In- und Ausland gerichteten Aussagen erschüttert. Ohne alle geäußerten Meinungen mit gleichem Mass zu gewichten, ist der Bundesrat über die Entwicklung besorgt.

Nicht die Angehörigen einer Minderheit sind verantwortlich für das Auftauchen von Rassismus, Antisemitismus oder für die Existenz von Fremdenfeindlichkeit. Vielmehr dienen sie denjenigen, die Pauschalurteile hegen und Hass verbreiten wollen, als Sündenböcke für unbewältigte Krisen und zur politischen Manipulation. In bezug auf die vorliegende Thematik drohte die schwierige Situation, der sich die Schweiz ausgesetzt sieht, in eine Verunglimpfung der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu münden.

Es liegt in unser aller Interesse, Rassismus, Xenophobie und Intoleranz als Gefahr für die demokratischen Grundwerte unseres Landes anzuprangern. Es ist der Wille des Bundesra-

tes, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen einer diskriminierenden Haltung gegen Angehörige einer anderen Religion, Hautfarbe, ethnischer oder nationaler Herkunft nicht zu tolerieren, sondern an der Wurzel zu bekämpfen. Der Bundesrat ist sich bewusst, dass seine Führungsrolle im Umgang mit Minderheiten von grosser Bedeutung ist. Mitglieder des Bundesrates haben deshalb in der jetzigen Diskussion mehrmals deutlich gegen Antisemitismus Stellung bezogen und sind damit ihrer Rolle als gesellschaftliche Vorbilder für eine klare Haltung gegen Rassismus, Antisemitismus und Xenophobie nachgekommen. Dem Verhalten von Politikern und Politikerinnen und Behördenmitgliedern kommt in dieser Hinsicht eine entscheidende Bedeutung zu. Darüber hinaus ist jedoch noch viel Aufklärungs- und Bewusstseinsarbeit nötig. Diese wurde längerfristig der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus übertragen, hat aber auch Eingang zu finden in jede schulische und berufliche Fortbildung.

2. Die Flüchtlingspolitik der Schweiz wirft in der Tat Schatten auf unsere Geschichte vor und während dem Zweiten Weltkrieg. 1995 hat Bundespräsident Villiger in seiner Rede vor den eidgenössischen Räten zum Kriegsende vor fünfzig Jahren das Bedauern des Bundesrates ausgedrückt und sich in dessen Namen dafür entschuldigt, «im Wissen darum, dass solches Versagen letztlich unentschuldig bleibt».

Der Bundesrat wird prüfen, wie den Zurückgewiesenen bzw. ihren Hinterbliebenen Gerechtigkeit verschafft werden kann. Dabei kommt insbesondere auch der offenen und unvoreingenommenen historischen Aufarbeitung grosse Bedeutung zu.

Der Bundesrat ist grundsätzlich bereit, alle verfügbaren persönlichen Angaben über zurückgewiesene jüdische und nichtjüdische Flüchtlinge der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Entsprechende Arbeiten sind bereits im Gange, beanspruchen aber Zeit, da die Informationen von den betreffenden kantonalen Archiven in Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv zusammengetragen werden müssen. Die bereits gesammelten und neu aufgearbeiteten Daten können im Bundesarchiv eingesehen und bezogen werden. Auch die Forschungsstelle der Holocaust-Opfer in Yad Vashem/Israel und das Holocaust Memorial Museum in Washington sind in diese Forschungsarbeiten mit einbezogen.

3. In seiner unter Ziffer 2 erwähnten Rede zum Kriegsende hat Bundespräsident Villiger hervorgehoben, dass es in der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges viele mutige Menschen gegeben hat, die sich an ethischen Werten orientierten, die später Grundlage des internationalen und schweizerischen Rechts im Asylbereich geworden sind, und unter bewusster Inkaufnahme persönlicher Konsequenzen Tausende von Flüchtlingen retten halfen. Diesen Menschen hat der Bundespräsident im Namen des Bundesrates und des Schweizervolkes die ihnen gebührende moralische Anerkennung ausgesprochen. Der Bundesrat wiederholt und bestätigt heute diese Anerkennung und seine Dankbarkeit.

Der Bundesrat hat keine Zuständigkeit, Entscheide aufzuheben, durch welche Personen infolge ihres Einsatzes zugunsten der Flüchtlinge oder infolge ihres Widerstandes gegen die Nazis verurteilt wurden. Er ist aber bereit, geeignete Massnahmen zu prüfen und gegebenenfalls zu fördern und zu unterstützen, die zur Rehabilitation dieser Personen führen könnten. Der Bundesrat begrüsst auch, dass es in St. Gallen gelungen ist, in einem Revisionsverfahren das Urteil gegen Polizeihauptmann Grüninger aufzuheben.

Gedächtnis- und Präventionsarbeit sind die zwei Pfeiler, um aus der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen. Nach Meinung des Bundesrates gehört auch die Ehrung jener Menschen, die sich während des Zweiten Weltkrieges für Flüchtlinge eingesetzt haben, zu den Massnahmen, welche die ethischen Grundwerte gegen Rassismus und Intoleranz hochhalten. Ein Engagement in der Erziehung zur Achtung der Menschenrechte, Menschenwürde und zur Toleranz sowie wirksame Präventionsarbeit ist nach Meinung des Bundesrates eine Form der Ehrung der Opfer der Vergangenheit.

4. Angesichts der laufenden Strafverfahren erachtet es der Bundesrat nicht für angezeigt, sich zum Verhalten der Schweizerischen Bankgesellschaft und des Wachmanns, der

die Akten gefunden hat, zu äussern. Er stellt indessen mit Genugtuung fest, dass Akten vor der Vernichtung gerettet werden konnten.

Nach Ansicht des Bundesrates ist es nicht nötig, besondere Vorkehren zu treffen, um sicherzustellen, dass sich Banken und andere Vermögensverwalter an den Bundesbeschluss vom 13. Dezember 1996 halten. Wie bei anderen Tatbeständen stellt auch hier die Strafbestimmung (Art. 9 des Bundesbeschlusses) eine genügende Garantie dafür dar, dass die der historischen Untersuchung dienlichen Akten aufbewahrt werden.

Was die von der Interpellantin angesprochenen rechtlichen oder wirtschaftlichen Nachteile von Personen – insbesondere Berufsgeheimnisträgern – betrifft, welche sich von sich aus an die unabhängige Expertenkommission wenden, ist darauf hinzuweisen, dass sich diese Personen auf den Rechtfertigungsgrund der Wahrung berechtigter Interessen bzw. auf höherrangige öffentliche Interessen berufen können.

Der Bundesrat legt grössten Wert darauf, dass die Expertenkommission Bergier ihre Arbeiten unter günstigsten Rahmenbedingungen und in voller Unabhängigkeit vorantreiben kann. Die Expertenkommission Bergier wird nicht nur Einblick in Akten nehmen, sondern auch Personen befragen. Wie der Präsident der Kommission mitgeteilt hat, soll demnächst eine Anlaufstelle bezeichnet werden, an welche sich Zeitzeugen wenden und ihre Wahrnehmungen mitteilen können.

Artikel 2 Absatz 2 des Bundesbeschlusses vom 13. Dezember 1996 betreffend die historische und rechtliche Untersuchung des Schicksals der infolge der nationalsozialistischen Herrschaft in die Schweiz gelangten Vermögenswerte sieht vor, dass die von Professor J.-F. Bergier geleitete unabhängige Expertenkommission den Bundesrat regelmässig über den Stand der Arbeiten orientiert, namentlich wenn sich im Laufe der Untersuchung konkrete Hinweise auf Vermögensansprüche nach Artikel 1 des Bundesbeschlusses ergeben. Der Bundesrat erklärt sich in Beantwortung von drei parlamentarischen Vorstössen zudem bereit, die generelle Problematik der nachrichtenlosen Vermögen zu prüfen und eine Änderung der gesetzlichen Regelung einzuleiten. In bezug auf nachrichtlose Vermögenswerte ausserhalb des Bankensektors aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges, die möglicherweise im Rahmen der Nachforschungen der Expertenkommission Bergier eruiert werden, wird gegebenenfalls zu prüfen sein, ob hierfür eine gesetzliche Sonderlösung oder eher die zur Diskussion stehende generelle Regelung nachrichtloser Vermögen vorzusehen ist.

Grundlegende Abklärungen zu nachrichtenlosen Vermögenswerten bei Banken werden einerseits durch das Volcker-Komitee vorgenommen. Die Suche nach individuellen Ansprüchen auf nachrichtlose Vermögenswerte bei Schweizer Banken erfolgt andererseits über den Bankenombudsmann. Für Ansprüche gegenüber Versicherungen hat die Schweizerische Vereinigung Privater Lebensversicherer (VPL) eine zentrale Meldestelle eingerichtet. Der Bundesrat ist bereit zu prüfen, ob zur Unterstützung dieser Suchverfahren für den Zeitraum bis zum Inkrafttreten einer generellen Regelung nachrichtloser Vermögenswerte noch weitere Massnahmen angezeigt sind.

5. Die von Professor J.-F. Bergier geleitete unabhängige Expertenkommission wird die Frage des Raubgoldes mit zeitlicher Priorität untersuchen. Der Bundesrat wird seine Schlussfolgerungen aufgrund der Befunde dieser Kommission ziehen.

6. Zusätzlich zu den bereits laufenden Abklärungen der von Professor J.-F. Bergier geleiteten unabhängigen Expertenkommission und des Volcker-Komitees erklärt sich der Bundesrat in Beantwortung von drei parlamentarischen Vorstössen bereit, die Problematik der nachrichtenlosen Vermögen und eine Änderung der gesetzlichen Vorschriften generell zu prüfen. Der Bundesrat beurteilt die Entwicklung hinsichtlich der Abklärung der nachrichtenlosen Vermögen insgesamt als sehr positiv. Er ist überzeugt, dass die nötigen Schritte in die Wege geleitet sind, um diese Problematik einer befriedigenden und konstruktiven Lösung zuzuführen.

Am 26. Februar 1997 hat sich der Bundesrat bereit erklärt, entsprechend den Empfehlungen des Berichtes der Historiker Peter Hug und Marc Perrenoud als Sofortmassnahme die Listen der Eigentümer von Vermögenswerten, die im Rahmen des Vollzugs des Meldebeschlusses 1962 in den Fonds für erblose Vermögen überwiesen und anschliessend für humanitäre Zwecke verwendet wurden, an interessierte Regierungen und Organisationen herauszugeben und damit die gezielte Suche nach etwaigen Berechtigten zu ermöglichen. Um diese Listen vollständig erstellen zu können, arbeitet das Bundesarchiv die gesamten Akten der Meldestelle 1962 auf und ist bestrebt, sämtliche damals gemeldeten Vermögenswerte zu erfassen, also auch die den Vermögensverwaltern überlassenen. Sobald Listen der den Vermögensverwaltern zurückerstatteten Vermögenswerte vorliegen, können sie umgehend dem Ombudsmann der Banken und der Meldestelle der Lebensversicherungen zugestellt werden, denen damit die aktive Suche nach individuellen Berechtigten ermöglicht wird.

Rapport écrit du Conseil fédéral du 17 mars 1997

1. Dès l'année passée, le Conseil fédéral apprenait que des déclarations antisémites étaient faites en rapport avec la discussion autour des avoirs en déshérence de victimes du nazisme, déclarations déclenchées notamment par le débat entourant les entretiens qui se tenaient avec des organisations juives aux Etats-Unis. La véhémence de certaines déclarations faites à l'encontre des Juifs, à l'étranger comme en Suisse, a bouleversé le Conseil fédéral. Tout en n'accordant pas le même poids à toutes les déclarations, le Conseil fédéral est préoccupé par cette évolution.

L'apparition du racisme, de l'antisémitisme ou l'existence de la xénophobie ne sont pas à mettre au compte des membres d'une minorité. Ce phénomène sert plutôt à ceux qui veulent émettre des jugements globaux et répandre la haine, à chercher des boucs émissaires pour les crises qu'on n'arrive pas à surmonter ou pour faire de la manipulation politique. Dans le cas présent, c'est la situation de crise à laquelle la Suisse se voyait exposée qui menaçait de déboucher sur un déniement des concitoyennes et concitoyens juifs.

Il est de l'intérêt de nous tous de repérer le racisme, la xénophobie et l'intolérance comme constituant une menace aux valeurs démocratiques fondamentales de notre pays. Non seulement le Conseil fédéral est-il fermement déterminé à ne pas tolérer le racisme, l'antisémitisme et tous les autres comportements discriminatoires à l'encontre de personnes d'une autre religion, d'une autre couleur de peau ou d'une origine ethnique et nationale différente, mais il entend les attaquer à la racine. Le Conseil fédéral est conscient du rôle d'autorité qu'il joue et son comportement face aux minorités est d'une importance capitale. C'est pourquoi les membres de l'exécutif fédéral ont pris position à plusieurs reprises contre l'antisémitisme et ont clairement assumé leur rôle dans la société en faveur d'une attitude fermement hostile au racisme, à l'antisémitisme et à la xénophobie. Le comportement des responsables politiques et des membres de l'autorité revêt bien une signification particulière en la matière. Mais un travail d'explication et de sensibilisation de grande envergure doit encore s'ajouter à ces efforts. C'est la tâche dont a été investie la Commission fédérale contre le racisme sur le long terme; ce travail doit s'intégrer à tout programme de formation scolaire ou professionnelle.

2. La politique en matière de réfugiés menée par la Suisse jette en effet des taches d'ombre sur notre histoire avant, pendant et après la Deuxième Guerre mondiale. En 1995, M. Villiger, président de la Confédération, a exprimé les regrets du Conseil fédéral au cours de son discours devant les Chambres fédérales réunies à l'occasion du 50e anniversaire de la fin de la guerre; il s'est excusé au nom du Gouvernement, tout en étant conscient du fait que, finalement, de telles fautes ne sont pas excusables.

Le Conseil fédéral devra examiner la manière dont justice peut être rendue aux personnes refoulées à la frontière ou à leurs descendants. Là encore, les recherches historiques qui

seront menées de manière ouverte et sans préjugé seront d'une importance centrale.

Quant au principe, le Conseil fédéral est disposé à rendre accessibles au public toutes les données personnelles disponibles au sujet de réfugiés juifs ou non juifs qui ont été refoulés. Les travaux dans ce domaine sont en cours, mais demandent du temps car les informations doivent être recueillies auprès des services cantonaux des archives en collaboration avec les Archives fédérales. Les données déjà recueillies et qui ont fait l'objet d'un nouvel examen peuvent être consultées et obtenues aux Archives fédérales. Le service de recherche des victimes de l'holocauste à Yad Vashem/Israël de même que le Holocaust Memorial Museum à Washington sont partie prenante dans ces travaux de recherche.

3. Dans son discours mentionnée sous le chiffre 2, marquant l'anniversaire de la fin de la guerre, M. Villiger, président de la Confédération, a souligné que la Suisse comptait pendant la Deuxième Guerre mondiale un nombre appréciable de personnes courageuses qui ont suivi les valeurs éthiques devenues par la suite le fondement du droit international et suisse dans le domaine de l'asile; personnes qui, parfaitement conscientes des risques encourus pour leur vie, ont aidé des milliers de réfugiés à sauver leur vie. Le président a exprimé à ces personnes la reconnaissance morale qui leur est due, au nom du Conseil fédéral et du peuple suisse. Le Conseil fédéral réitère et confirme aujourd'hui cette reconnaissance et cette gratitude.

Le Conseil fédéral n'a pas la compétence d'annuler des décisions qui ont abouti à la condamnation de personnes en raison de leur engagement en faveur des réfugiés ou à la suite de leur lutte contre les nazis dans la Résistance. Mais il est disposé à examiner et, le cas échéant, à promouvoir toute mesure susceptible de contribuer à la réhabilitation de ces personnes. Le Conseil fédéral se félicite qu'on ait réussi, à Saint-Gall, à annuler au cours d'une procédure de révision le jugement prononcé à l'encontre du capitaine Grüninger.

Le travail de remémoration et de prévention sont les deux piliers grâce auxquels les enseignements du passé peuvent être mis au service de l'avenir. D'après le Conseil fédéral, les hommages rendus à toutes ces personnes qui se sont engagées pendant la guerre en faveur des réfugiés fait partie des mesures qui préservent les valeurs fondamentales contre le racisme et l'intolérance. Eduquer au respect des droits de l'homme, de la dignité humaine et de la tolérance, tout comme travailler efficacement à la prévention sont, d'après le Conseil fédéral, une façon de rendre hommage à la mémoire des victimes du passé.

4. Eu égard à la procédure pénale en cours, le Conseil fédéral ne pense pas qu'il soit indiqué de se prononcer sur le comportement de la Société de banque suisse et du gardien qui a trouvé les dossiers. Il constate cependant avec satisfaction que des dossiers on pu être sauvés de la destruction.

De l'avis du Conseil fédéral il n'est pas nécessaire de prendre des mesures particulières pour forcer les banques et les gérants de fortune à respecter l'arrêté fédéral du 13 décembre 1996. Tout comme pour d'autres faits, la disposition pénale (art. 9 de l'arrêté fédéral) constitue, en l'espèce, une garantie suffisante pour assurer la conservation des documents nécessaires aux travaux de recherche.

Concernant les inconvénients juridiques et économiques que subiraient les personnes – notamment celles qui détiennent des secrets professionnels – qui s'adresseraient d'elles-mêmes à la commission indépendante d'experts, l'on signalera que ces personnes peuvent invoquer le principe de la préservation d'intérêts justifiés ou l'existence d'intérêts publics de rang supérieur.

Le Conseil fédéral accorde la plus grande importance à ce que la commission Bergier puisse exécuter son travail dans les meilleures conditions et en toute indépendance. Cette commission n'aura pas seulement accès aux dossiers, mais elle interrogera des personnes. Comme l'a signalé le président, un service d'accueil doit être prochainement créé, auquel des témoins de l'époque peuvent s'adresser et faire état des informations qu'ils pourraient fournir.

L'article 2 alinéa 2 de l'arrêté fédéral du 13 décembre 1996 concernant les recherches historiques et juridiques sur le sort des avoirs déposés en Suisse à cause du régime national-socialiste prévoit que la commission présidée par le professeur Bergier informe le Conseil fédéral régulièrement du degré d'avancement des travaux, notamment quand des indications concrètes existent sur les avoirs et sur d'éventuelles prétentions patrimoniales pouvant donner lieu à des demandes. En outre, dans sa réponse à trois interventions parlementaires, le Conseil fédéral s'est déclaré prêt à examiner la problématique dans son ensemble au sujet des avoirs en déshérence et à entamer une modification du régime légal. Quant aux avoirs en déshérence ne relevant pas du secteur bancaire de l'époque de la Deuxième Guerre mondiale, avoirs dont l'existence pourrait être révélée par les enquêtes de la commission Bergier, il faudra également examiner la question de savoir si une solution spéciale est à prévoir ou si la réglementation générale, actuellement en discussion, sur les avoirs en déshérence convient. Les enquêtes fondamentales relatives aux avoirs en déshérence auprès des banques seront entreprises d'un côté par le comité Volcker. La recherche des avoirs appartenant à des particuliers dans les banques suisses sera effectuée, d'un côté, par l'ombudsman des banques; quant aux prétentions auprès d'assurances, l'Association suisse des assureurs privés a mis en place un service central. Le Conseil fédéral est disposé à examiner si d'autres mesures s'imposent pour soutenir ces procédures de recherche jusqu'à l'entrée en vigueur d'un régime général en matière d'avoirs en déshérence.

5. La commission indépendante d'experts présidée par le professeur Bergier accordera la priorité à la question de l'or pillé. Le Conseil fédéral tirera les conclusions sur la base des conclusions de ce rapport.

6. En plus des enquêtes en cours menées par la commission Bergier et par le comité Volcker, le Conseil fédéral se déclare prêt, en réponse à trois interventions parlementaires, à examiner le problème des avoirs en déshérence et une modification des prescriptions légales. Globalement, le Conseil exécutif émet un jugement très positif sur le déroulement de l'enquête sur les avoirs en déshérence; il est convaincu que les mesures nécessaires ont été prises pour trouver une solution satisfaisante et constructive à ce problème.

Le 26 février 1997, le Conseil fédéral s'est déclaré prêt, suivant en cela une recommandation des historiens Hug et Perrenoud, à remettre aux gouvernements et organisations intéressés les listes des titulaires dont les avoirs ont été, lors de l'exécution de l'arrêté de 1962 sur les avoirs en Suisse d'étrangers ou d'apatrides persécutés pour des raisons raciales, religieuses ou politiques, versés dans le fonds des avoirs en déshérence puis utilisés pour des raisons humanitaires; ainsi, il rendrait possible la recherche ciblée de possibles ayants droit. Pour dresser ces listes de manière exhaustive, les Archives fédérales révisent l'ensemble des documents du service d'enregistrement de 1962 et s'efforcent de saisir tous les avoirs déclarés à l'époque, y compris ceux qui avaient été confiés à des gérants de fortune. Dès que la liste des avoirs restitués aux gérants de fortune sera établie, elles pourront être remises immédiatement à l'ombudsman des banques et aux services des compagnies d'assurance privées, ce qui permettra à ces derniers d'entreprendre activement la recherche de tous les ayants droits.

97.3054

**Dringliche Interpellation Suter
Nachrichtenlose Vermögen.
Handlungsbedarf im Kampf
gegen aufkeimenden Antisemitismus
Interpellation urgente Suter
Lutte contre la montée
de l'antisémitisme.
Nécessité d'agir**

Wortlaut der Interpellation vom 4. März 1997

Welche Massnahmen gedenkt der Bundesrat zu ergreifen, um dem aufkeimenden Antisemitismus wirksam zu begegnen? Wäre es nicht angezeigt, in Absprache mit der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus unter dem Vorsitz von Professor Kreis, eine landesweite Aufklärungskampagne zu lancieren, damit das Verständnis für die Ursachen und Formen des Antisemitismus und seiner Folgen in der Jugend und der Bevölkerung ganz allgemein geweckt und ins Bewusstsein gerückt wird?

Texte de l'interpellation du 4 mars 1997

Quelles mesures le Conseil fédéral envisage-t-il de prendre en vue de lutter efficacement contre la montée de l'antisémitisme? Ne serait-il pas indiqué de lancer, en accord avec la Commission fédérale contre le racisme, présidée par le professeur Kreis, une campagne nationale d'information visant à faire prendre conscience à la jeunesse et à la population en général des causes, des formes et des conséquences de l'antisémitisme?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Keine – Aucun

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Die Auseinandersetzung um den Antisemitismus war längst fällig. Dem durch Jahrhunderte kirchlich und politisch gepflegten Antisemitismus im ganzen europäischen Kulturraum ist nur beizukommen, wenn wir seine Ursachen und seinen zutiefst unmenschlichen und undemokratischen Charakter erkennen. Er ist nicht das Problem der Juden, sondern derer, die ihm bewusst oder unbewusst anheimgefallen sind.

Antisemitismus, wie Rassismus überhaupt, ist nicht eine Frage der Parteizugehörigkeit. Daraus politisches Kapital schlagen zu wollen wäre billiger Populismus. Aufklären, Fehler eingestehen, sich der Kritik stellen, mitfühlen, Anteil nehmen und verstehen wollen heisst die Lösung. Diese Aufarbeitung findet heute statt. Sie befähigt uns, der Anfechtung im In- und Ausland selbstbewusster, gelassener und glaubwürdiger zu begegnen.

Der Holocaust des jüdischen Volkes, die Vernichtung vieler Fahrender, die Ausmerzungen Behinderter und die gnadenlose Verfolgung politisch Andersdenkender unter der Nazierrschaft haben eine tiefe Spur im Gedächtnis und in der Seele nicht nur der Opfer und ihrer Nachfahren hinterlassen. Diese Erinnerung verlangt, gegen Unrecht und Diskriminierung jeder Art aufzustehen, wozu Bundesrat Cotti unmissverständlich aufgerufen hat: «Gegen jede rassistische Haltung anzutreten ist die moralische Verpflichtung jeder Schweizerin und jedes Schweizer.»

Diesen Worten sollten nun Taten in Form einer landesweiten Aufklärungskampagne gegen den Antisemitismus folgen. Teilt der Bundesrat diese Auffassung?

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates
vom 17. März 1997*

*Rapport écrit du Conseil fédéral
du 17 mars 1997*

Der Bundesrat ist sich der erforderlichen Anstrengungen gegen Antisemitismus und Rassismus und für eine Sensibilisie-

rung und Prävention bewusst und teilt grundsätzlich die Einschätzung des Interpellanten.

Die 1995 eingesetzte Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR), deren Sekretariat dem Eidgenössischen Departement des Innern angegliedert ist, hat die Aufgabe, sich langfristig mit den Themen Rassismus, Antisemitismus, Intoleranz und Diskriminierung zu befassen, und sieht darin eine Daueraufgabe unserer Gesellschaft. Als einen ersten Schritt hat die EKR eine Öffentlichkeitskampagne konzipiert, die motivieren soll, gegen Rassismus, Xenophobie und Antisemitismus Stellung zu beziehen. Bereits 1996 in die Wege geleitet, wird diese Kampagne im Sommer 1997 über verschiedene Medienkanäle – Plakate, Zeitungsinserate, TV-Spots – realisiert werden, begleitet von flankierenden Massnahmen. Allerdings sind die erforderlichen finanziellen Mittel noch nicht gänzlich sichergestellt. Weitere Aktivitäten entfaltet die EKR mit der Durchführung von Projekten und Kampagnen im Bereich Schule und Erziehung, mit Behörden, Medienvertretern und in der Arbeitswelt.

Nach Absprache mit dem Eidgenössischen Departement des Innern und dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten wird die EKR innert kurzer Frist Anregungen zu einer intensiven Auseinandersetzung mit der Problematik des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit unter besonderer Berücksichtigung des Antisemitismus sowie Anregungen für die Planung von vorbeugenden Massnahmen unterbreiten. Dabei geht es auch um das Bündeln bereits bestehender Ideen und Projekte, welche den Abbau von Ausgrenzung und Diskriminierung sowie die Erinnerung an die Leiden der Holocaust-Opfer zum Inhalt haben. Die EKR steht in Kontakt mit weiteren Gruppierungen, die als Multiplikatoren für dieses sensible Thema gelten können.

97.3061

**Dringliche Interpellation grüne Fraktion
Schaffung einer
Holocaust-Gedenkstätte
Interpellation urgente groupe écologiste
Création d'une fondation pour
perpétuer la mémoire de l'holocauste**

Wortlaut der Interpellation vom 4. März 1997

Wir fragen den Bundesrat, ob er bereit sei, die rechtlichen und finanziellen Grundlagen zu schaffen, um mit interessierten Partnern zusammen eine Holocaust-Gedenkstätte einzurichten.

Texte de l'interpellation du 4 mars 1997

Nous demandons au Conseil fédéral s'il est prêt à créer les bases légales et financières nécessaires pour instituer, avec des partenaires intéressés, une fondation à la mémoire des victimes de l'holocauste.

Sprecherin – Porte-parole: Bühlmann

Schriftliche Begründung

Die von den Banken und der Wirtschaft zur Verfügung gestellten Fondsgelder sollen, laut den Verlautbarungen der letzten Tage, Organisationen zugute kommen, welche sich um die Opfer des Holocaust und deren Nachkommen kümmern. Damit kann den Betroffenen endlich direkte finanzielle Hilfe geleistet werden.

Zusätzlich zu diesem Fonds soll eine Holocaust-Gedenkstätte eingerichtet werden, welche der Schweiz die Möglichkeit eines dauerhaften Lernprozesses und einer dauerhaften

Erinnerungsarbeit schafft. Das kann auf verschiedene Art und Weise geschehen: durch Vorträge, Symposien, durch das Vorstellen neuer Forschungsergebnisse, durch das Verleihen eines Preises für Gerechtigkeit, durch Ausstellungen, Begegnungen, «Runde Tische» usw.

Mit diesem Gedenkfonds soll die Erinnerung an die grösste Bedrohung der Demokratie und der Menschenrechte in diesem Jahrhundert wachgehalten werden, um daraus die Lehren zu ziehen, wie so etwas in Zukunft verhindert werden kann.

Diese Stiftung soll sowohl durch öffentliche Gelder als auch durch Gelder privater Personen und Institutionen finanziert werden. Da es beim Stiftungszweck um eine eminent wichtige staatspolitische Aufgabe geht, ist es richtig, dass der Bund dabei die Federführung übernimmt.

Development par écrit

D'après ce qu'on a pu entendre ces derniers jours, les fonds récemment mis à disposition par les banques et les milieux économiques profiteront aux organisations qui s'occupent des victimes de l'holocauste et de leurs descendants. Ainsi, les personnes concernées pourront enfin bénéficier d'une aide financière directe.

Une fondation à la mémoire des victimes de l'holocauste devra aussi être créée en plus de ce fonds; fondation qui devra permettre à la Suisse de prendre conscience de son passé afin de ne jamais l'oublier et d'en tirer des conclusions pour l'avenir. Cela pourra se faire de différentes manières, par l'organisation de conférences, de colloques, par la présentation des résultats de recherches récentes, par la remise d'un prix pour la justice, par l'organisation d'expositions, de rencontres, de tables rondes, etc.

Grâce à cette fondation, nous pourrions entretenir le souvenir de cette époque qui a vu naître la plus grande menace de ce siècle pour la démocratie et pour les droits de l'homme, et tirer les leçons du passé afin que de telles erreurs ne se reproduisent plus.

Cette fondation devra être financée aussi bien par des deniers publics que par des fonds versés par des particuliers ou des institutions privées. Il est juste que la Confédération en assure la gestion, puisque cette fondation a pour but de remplir une tâche politique d'une importance capitale.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 17. März 1997

Der Bundesrat hat am 12. Februar 1997 beschlossen, bei der Errichtung einer Fondsstruktur zu humanitären Zwecken ein zweistufiges Vorgehen zu wählen.

In einem ersten sofortigen Schritt hat er einen Spezialfonds nach Artikel 12 des Finanzhaushaltsgesetzes geschaffen, der durch die Zuwendungen der Banken und anderer Wirtschaftszweige gespeist wird und an den auch die Schweizerische Nationalbank einen Beitrag zu leisten beabsichtigt. Dieser Spezialfonds bezweckt die Unterstützung bedürftiger Opfer von Holocaust/Schoah und ihrer bedürftigen Nachkommen. Die entsprechende Verordnung des Bundesrates ist am 1. März 1997 in Kraft getreten.

Am 5. März 1997 hat der Bundespräsident im Namen des Bundesrates vor der Vereinigten Bundesversammlung die Schaffung einer Schweizerischen Stiftung für Solidarität vorgeschlagen. Mit dieser auf Dauer angelegten, zukunftsgerichteten Stiftung soll die der Humanität und der Solidarität verpflichtete Tradition unseres Landes bekräftigt werden. Die Förderung des Gemeinsinns und der Solidarität durch Linderung unverschuldeter menschlicher Not im In- und Ausland ist der zentrale Stiftungszweck.

Im Sinne der Interpellation sollen auch ganz allgemein Aktionen zur Prävention unverschuldeter menschlicher Not und zur Förderung der Menschenrechte unterstützt werden können.

Mit Blick auf das Jubiläumsjahr 1998 beabsichtigt der Bundesrat, die zur Errichtung der Stiftung notwendigen rechtlichen Grundlagen im Rahmen eines beschleunigten Vorgehens parallel vorzubereiten und dem Parlament so rasch wie möglich zu unterbreiten.

Rapport écrit du Conseil fédéral du 17 mars 1997

Le 12 février 1997, le Conseil fédéral a décidé d'ériger la structure du fonds à but humanitaire en optant pour une démarche à deux niveaux.

Dans une première étape urgente, il a créé un fonds spécial, conformément à l'article 12 de la loi sur les finances de la Confédération; ce fonds sera alimenté par des versements en provenance des banques et des entreprises d'autres branches économiques, versements auxquels s'ajoutera une contribution que la Banque nationale suisse a l'intention de verser. Ce fonds spécial a pour objet d'apporter de l'aide aux victimes de l'holocauste et de la shoah ainsi qu'à leurs descendants dans le besoin. L'ordonnance du Conseil fédéral à ce sujet est entrée en vigueur le 1er mars 1997.

Le 5 mars 1997, devant l'Assemblée fédérale réunie, M. Arnold Koller, président de la Confédération, a suggéré, au nom du Conseil fédéral, la création d'une Fondation suisse de solidarité. Conçue pour une longue durée et résolument tournée vers l'avenir, la fondation doit mettre en valeur la tradition humanitaire et solidaire à laquelle notre pays est voué. Le but central de la fondation est de promouvoir le sens civique et la solidarité en soulageant tout être humain de la misère qui le frappe, que ce soit à l'étranger ou en Suisse.

Conformément à l'idée émise dans l'interpellation, des actions de caractère général destinées à empêcher des personnes innocentes d'être frappées par la misère et à promouvoir les droits de l'homme doivent pouvoir être également soutenues.

Dans la perspective de l'année 1998, le Conseil fédéral a l'intention de préparer les bases juridiques nécessaires à la création de la fondation dans le cadre d'une procédure accélérée, puis de les soumettre au Parlement aussi rapidement que possible.

Nabholz Lili (R, ZH): Nie haben wir es stärker gespürt als in diesen Wochen und Monaten, dass die Gegenwart stets durch die Vergangenheit geprägt ist. Der Problemkreis, mit dem unser Land befasst ist, ist eine Erbschaft des Zweiten Weltkrieges. Ich selbst bin an dessen Ende geboren, und darum bin ich wie so viele hier Erbin einer Geschichte, unserer Geschichte. Ich habe sie weder erlebt noch erlitten, musste weder Entbehrungen noch Ängste ausstehen, musste auch keine Opfer bringen noch wurde mir Mut abverlangt. Ich habe wie alle in diesem Saal weder Verdienste noch Versäumnisse in dieser Zeitperiode zu vertreten. Das verpflichtet mich zur Zurückhaltung im Urteil und verbietet mir insbesondere jedes Vorurteil.

Trotzdem fühle ich mich als Angehörige der heutigen Politikergeneration verantwortlich; verantwortlich nicht für das, was war, sondern für das, was ist. Es gibt keine Kollektivschuld. Es gibt aber eine gemeinsame Verantwortung dafür, wie wir mit unserem geschichtlichen Erbe umgehen. Ich bin davon überzeugt, dass es für unser Zusammenleben und für die Gestaltung unserer Zukunft unabdingbar ist, dass wir mit der eigenen Vergangenheit ins reine kommen, dass wir die Geschichte annehmen, wie es Herr Bundespräsident Koller vergangene Woche zum Ausdruck gebracht hat.

Das sagt sich allerdings leichter, als es getan wird. Lange, ja zu lange Ausgeblendetes aus der Verdrängung herauszuholen, sich gewisse Dinge bewusst zu machen, ist schmerzhaft. Es lässt sich auch nicht einfach dekretieren. Nebst all dem Positiven, das die Kriegsgeneration in diesem Lande geleistet hat, den schwierigen Zeiten, die sie durchgestanden hat, gibt es eben auch die dunklen Flächen. Daran sind aber nicht jene schuld, die uns darauf aufmerksam machen. Es ist ein natürlicher Prozess, dass der uns vorgehaltene Spiegel auch Unwillen hervorruft, vor allem dann, wenn er ein Zerrbild wiedergibt.

Die teilweise allzu schrillen Töne provozieren. Wir müssen ihnen aber mit Argumenten begegnen. In keinem Fall rechtfertigen sie irgendwelche antisemitischen Regungen und Reaktionen, ob sie plump offen oder verklausuliert daherkommen. Ich denke, es gilt, wachsam zu sein. Als Angehörige eines

Landes, das sich für Toleranz, Menschlichkeit und Menschenrechte einsetzt, haben wir solchen Verböten entschieden entgegenzutreten. Hier tragen wir eine hohe Verantwortung.

Thema der heutigen Debatte ist deshalb für mich nicht die Vergangenheit an sich, sondern die von ihren langen Schatten gestreifte Gegenwart. Als politische Entscheidungsträger werden wir nicht am Gewesenen gemessen, nicht daran, wieviel Anpassung vor fünfzig Jahren nötig war, wieviel Widerstand möglich war. Wir werden daran gemessen, welche politischen Konsequenzen wir aus der Geschichte zu ziehen bereit sind. Diese Aufgabe kann uns keine noch so hochkarätige Expertenkommission abnehmen. Zu diesen Konsequenzen gehört, den Opfern nazistischer Verfolgung Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Dazu gehört die Klärung der Situation bezüglich nachrichtensloser Vermögen. Sie waren ja der eigentliche Auslöser und standen am Anfang einer Spirale von Emotionen, Behauptungen, Misstrauen und auch Verdächtigungen.

Es hat leider zu lange gedauert, bis wir bei diesem Dossier Tritt gefasst haben. Viele Dinge sind schiefgelaufen, und notwendige Antworten kamen bisweilen zu zögerlich und zu wenig dezidiert. Leider hat die internationale Öffentlichkeit auch von den von uns getroffenen Massnahmen nicht in nötigem Masse Kenntnis genommen.

Nichtsdestotrotz, die nachrichtenslosen Vermögen sind plötzlich zu einem Symbol für die Gesamtsituation geworden, und bald einmal wurde nicht mehr zwischen dem Verhalten der verantwortlichen Akteure auf dem Finanzplatz und dem der Schweiz als ganzer unterschieden. «Die jahrzehntelange Kühle oder Indifferenz der Banken gegenüber dem Schicksal und dem Vermögen von Menschen mit schlecht dokumentierten und dokumentierbaren Ansprüchen» (Zitat «NZZ») wurde plötzlich dem Lande zugerechnet. Das hat viele verletzt, ja schockiert, und hier sind eine Entflechtung und eine Klärung der Verantwortlichkeiten dringend nötig.

Dies strebt auch die Motion der FDP-Fraktion an, die Klarheit schaffen will, was mit den nicht mehr zuzuordnenden nachrichtenslosen Vermögen zu geschehen hat. Mit der Umwandlung in ein Postulat, wie sie der Bundesrat vorschlägt, sind wir einverstanden. Wir möchten das aber nicht so verstanden wissen, dass die Dinge auf die lange Bank geschoben werden. Wir möchten auch nicht, dass die Lösung dieses Problems irgendwelchen Aktivitäten des Volcker-Komitees oder anderer Entscheidungsgremien ins Gehege kommt. Wir sind aber dezidiert der Auffassung, dass wir anhand dieses Problemkreises erste Konsequenzen aus der Vergangenheit ziehen müssen. Denn eines dürfen wir nicht: Wir dürfen den kommenden Generationen nicht Altlasten, die wir heute bereinigen können, unbereinigt überlassen. Wir müssen dort, wo wir Handlungsbedarf orten, auch rasch handeln.

Hess Peter (C, ZG): Zum besseren Verständnis meiner Interpellation vom 4. Dezember 1996 muss ich auf die Situation zurückblenden, in der wir uns Ende November, Anfang Dezember des vergangenen Jahres befanden. In beiden Räten haben wir damals einstimmig die Rechtsgrundlage geschaffen, die eine schonungslose und umfassende Abklärung aller Fragen rund um den Problemkreis der nachrichtenslosen Vermögen erlaubt. Ungeachtet dieses verbindlichen Entscheids zur uneingeschränkten Aufarbeitung eines wichtigen Teils unserer jüngeren Geschichte ist damals jedoch das primär von einem amerikanischen Parlamentarier eingeleitete Kesselstreben mit Verdächtigungen und Verunglimpfungen der Schweiz weitergegangen. Ja, es wurden bereits Boykottmassnahmen seitens der Behörden von Stadt und Staat New York vorbereitet.

Vor diesem Hintergrund habe ich damals den Bundesrat angefragt, ob er bereit sei, darauf hinzuwirken, dass Banken, Versicherungen und andere Vermögensverwalter auf freiwilliger Basis Rechenschaft ablegen, in welchem Umfang die Vertragsbeziehungen aus der Zeit vor und während des Zweiten Weltkriegs ordnungsgemäss abgewickelt wurden, sei es, dass Gelder an die Berechtigten zurückerstattet wurden, oder sei es, dass sie heute noch in deren Auftrag ver-

waltet werden. Mit diesem Schritt erhoffte ich mir, dass ein möglichst vollständiges, objektives Bild über das tatsächliche Verhalten des Finanzplatzes Schweiz im Zweiten Weltkrieg und danach gezeichnet würde.

Ich nehme nun gerne zur Kenntnis, dass der Bundesrat bereit ist, mein Anliegen den betroffenen Banken und Wirtschaftskreisen, vor allem aber auch den Expertenkommissionen Bergier und Volcker vorzutragen.

Heute möchte ich einen Schritt weiter gehen. Aus Gesprächen mit Wirtschaftsvertretern ist mir bekannt geworden, dass der grösste Teil der Handelsaktivitäten schweizerischer Unternehmen im Zweiten Weltkrieg keineswegs im geheimen oder einseitig zugunsten von Nazideutschland abgewickelt wurde. In Tat und Wahrheit soll der grenzüberschreitende Handelsverkehr vielmehr den zuständigen Stellen der Alliierten bekannt und von ihnen auch offiziell abgesegnet worden sein. Das gleiche trifft offenbar auf Versorgungsimporte zu, die während des Krieges über Hochseehäfen in und durch die Schweiz abgewickelt wurden.

Ich frage daher den Bundesrat an: Ist der Bundesrat bereit, zusammen mit der Wirtschaft die erforderlichen Massnahmen zu treffen, um möglichst rasch gegenüber der interessierten Öffentlichkeit im In- und Ausland umfassend darzulegen, wie die Handelsbeziehungen im Zweiten Weltkrieg effektiv abgewickelt wurden? Dieses Vorgehen ist ein wichtiger Beitrag dazu, dass Aufarbeitung und Bewältigung unserer Vergangenheit in einem sachlichen Umfeld abgewickelt werden können.

Rechsteiner Paul (S, SG): Ich spreche hier nicht nur zu den Vorstössen, sondern auch für die SP-Fraktion.

Der Bundesrat hat mit der Ankündigung der Stiftung in der Grössenordnung von 7 Milliarden Franken aus der Aufwertung der Goldbestände der Nationalbank überrascht, auch uns. Nach eingehender Diskussion unterstützt die SP-Fraktion diese Idee, die im Detail aber noch sorgfältig diskutiert und abgeklärt werden muss, grossmehrheitlich. Es mag zwar sein, dass es einem Teil derjenigen, die hinter der Stiftungs-idee stehen, weniger um Humanität und Solidarität geht, als darum, den drohenden Schaden vom Finanzplatz abzuwenden, ohne dass das die Banken allzuviel kostet, und dass wiederum andere in der Stiftung ein probates Mittel sehen, um einen künftigen Sozialabbau nach dem Motto «Almosen statt Rechte» mit ein bisschen Barmherzigkeit zu kaschieren. Massgebend für die Mehrheit der SP-Fraktion sind jedoch nicht allfällige fragwürdige Motive einzelner, sondern vielmehr die Idee selber und die positiven Möglichkeiten, die sich aus dieser ergeben. Unter diesem Aspekt enthält der Vorschlag des Bundesrates, dem man Kleinlichkeit nicht vorwerfen kann, interessante Perspektiven.

Wichtig für die Schweiz ist heute aber weniger diese Stiftungs-idee, sondern vielmehr die Auseinandersetzung mit ein paar grundlegenden Fragen, denen dieses Land und seine politisch verantwortlichen Behörden nicht ausweichen können, auch wenn sie dies wollten. Die Schweiz ist in ihrem Selbstverständnis erschüttert wie kaum je seit der Gründung des Bundesstaates und sicher wie nie seit dem Ende des Ersten Weltkrieges, der Zeit des Generalstreiks. Die Schweiz kommt um diese grundlegenden Auseinandersetzungen nicht herum, auch nicht mit noch so grossen Geldzahlungen, denn es lässt sich nicht alles mit Geld kaufen.

Ich möchte auf diese grundsätzlichen Fragestellungen unter dem Aspekt des Geschichtsbildes, unter dem Aspekt des Finanzplatzes und unter dem Aspekt des Antisemitismus kurz eingehen:

Der Milliardär aus Meilen hat erkannt, was mit der Aufarbeitung der Geschichte nicht nur für die Vergangenheit, sondern vor allem auch für die Gegenwart und die Zukunft unseres Landes auf dem Spiel steht. Das ändert aber nichts daran, dass seine Verteidigung des im kalten Krieg entwickelten Geschichtsbildes nichts anderes als eine hilflose Geschichtsklitterung ist, wie sie von der offiziellen Schweiz in dieser Form letztmals bei den vom EMD und von Herrn Nyffenegger organisierten «Diamant»-Feiern 1989 betrieben wurde.

So rechtfertigt er beispielsweise die Geschäfte der Banken

und der Wirtschaft mit den Nazis nach wie vor pauschal mit dem Überleben der Schweiz, ohne ein Wort über die üble Geschäftemacherei noch in den Jahren 1944 und 1945, über die Beteiligung eines Teils der Schweizer Wirtschaft an der Arierungspolitik und die Profite aus der Zwangsarbeit zu verlieren, ganz zu schweigen davon, wie die Banken die Berechtigten an den Vermögen der Opfer der Judenvernichtung hingehalten und teilweise sogar geprellt haben.

Ein Wort zur Aktivdienstgeneration: Natürlich war es richtig, legitim und notwendig, sich mit militärischer Gewalt gegen die Nazis zur Wehr zu setzen. Das war ja auch der Grund dafür, dass die Sozialdemokratie damals eine militärpolitische Wende vorgenommen hatte. Die Frage der Notwendigkeit und der Richtigkeit militärischer Gegenwehr muss aber von der Frage unterschieden werden, welchen Stellenwert die Armee damals wirklich hatte.

Weshalb wurde die Armee genau in dem Moment, in dem die Gefahr nach dem Fall Frankreichs am grössten war, zu zwei Dritteln demobilisiert? Wie sah es in der Armee wirklich aus? Weshalb stand, wie dies z. B. im «Dienstbüchlein» von Max Frisch anschaulich beschrieben wurde, der stumpfsinnige Drill so im Vordergrund? Warum kommen an Veranstaltungen mit Vertretern der Aktivdienstgeneration regelmässig Voten, wonach die ersten Kugeln im Ernstfall eigenen arroganten und oft deutschfreundlichen Offizieren gegolten hätten? «Auch die Aktivdienstgeneration hat» – um Jacques Picard zu zitieren – «kein Anrecht darauf, endlich zu erfahren, was vor ihren Augen und hinter ihrem Rücken wirklich geschah.» Zum Finanzplatz: Obschon das Verhalten der Schweizer Banken am Anfang der heutigen Krise stand, hat sich der Bundesrat dazu noch immer nicht kritisch geäussert. Er verhält sich bis heute den Banken gegenüber nicht wie eine Regierung, welche die öffentlichen Interessen wahr, sondern wie schon in der Vergangenheit eher als verlängerter Arm von Bankeninteressen. Dabei müsste das, was mit den Vermögen der Opfer der Judenvernichtung auf den Schweizer Banken passiert ist, doch gerade den überzeugten Anhängern des Privateigentums, die ja im Bundesrat und hier im Parlament stark vertreten sind, zu denken geben.

Zum Fall Meili bzw. zur skandalösen Aktenvernichtung bei der SBG hat sich der Bundesrat in seiner gestern abend veröffentlichten Antwort auf die Interpellation unserer Fraktion zum ersten Mal etwas offener geäussert als zuvor bei seinen inakzeptablen Stellungnahmen gegenüber der Kommission für Rechtsfragen. Es wirkt jedoch gerade vor dem Hintergrund dieses Falles SBG ausgesprochen blauäugig, wenn er die Strafdrohung nach wie vor für eine ausreichende Massnahme bei den privaten Vermögensverwaltern hält, ohne die Inventarisierung dieser Bestände auch nur in Betracht zu ziehen. Nach wie vor konnte er sich leider nicht zu einem Aufruf an die Zeitzeugen durchringen, sich mit ihren Wahrnehmungen über Vorgänge bei Banken und Vermögensverwaltern an die Expertenkommission zu wenden. Immerhin erfahren wir aus der gestrigen Antwort auf unsere Interpellation, dass die Expertenkommission jetzt eine Anlaufstelle einrichten wird.

Zum Antisemitismus: Jedes europäische Land hat damit sein eigenes Problem. Es wird mir schlecht, wenn ich daran denke, wie in München vor zwei Wochen 5000 Neonazis mit Parolen aus den dreissiger Jahren gegen eine Ausstellung demonstrierten, welche die Beteiligung der Wehrmacht an der Judenvernichtung realistisch zeigt, und wie sich die Staatspartei CSU dann von der Ausstellung distanzierte. Die Neonazis erhielten übrigens – in Erinnerung an die Schweizer in der Waffen-SS – Zuzug aus der Schweiz.

Der Schweizer Antisemitismus führte nicht wie im nördlichen Nachbarland zur Vernichtung. Er war, wie Gerhart Riegner, der in Genf lebende Ehrenvizepräsident des Jüdischen Weltkongresses ihn charakterisiert, eher prophylaktisch. Dieser prophylaktische Antisemitismus war aber eine Voraussetzung für die gegen die Juden gerichtete Flüchtlingspolitik. Diese beruhte auf der Übernahme der Logik der Nazirassengesetze, was im Ergebnis für die Betroffenen tödlich war.

Vor allem aber ist der Schweizer Antisemitismus, wie wiederum Jacques Picard feststellt, extrem tabuisiert. Kaum be-

kannt ist z. B., dass die erste Volksinitiative nach Einführung des Initiativrechtes Ende des letzten Jahrhunderts – eine der wenigen erfolgreichen Volksinitiativen überhaupt – die antisemitische Initiative für die Einführung des Schächtverbotes war. Verdrängt ist beispielsweise, dass eine wichtige bürgerliche Widerstandsorganisation gegen die Anpassung der Schweiz an die Nazis, der Gotthardbund, Juden von der Mitgliedschaft ausdrücklich ausschloss. Auch General Guisan war von antisemitischen Anwendungen nicht frei. Es war in der Schweiz möglich, Nazigegner und gleichzeitig Antisemit zu sein.

Wie anders als mit einer extremen Tabuisierung lässt sich erklären, was in diesem Land seit Ende des letzten Jahres passiert ist, seit der abtretende Bundespräsident in seinem Schlussinterview unter anderem erklärte, jüdische Forderungen würden zu Antisemitismus führen? Weshalb erträgt es dieses politische System unter Einschluss eines grossen Teils des Mediens so schlecht, wenn wir darauf beharren, dass mit derartigen Aussagen des Bundespräsidenten mit Blick auf die demokratische Würde unseres Landes eine Grenze überschritten ist?

Immerhin stelle ich jetzt fest, dass mit der Antwort des Bundesrates von gestern abend auf unsere Interpellation zum ersten Mal deutlich gemacht wird, dass es nie die Angehörigen der betroffenen Minderheiten sein können, die für das Auftauchen von Rassismus, Antisemitismus und für die Existenz von Fremdenfeindlichkeit verantwortlich sind. Auf diese Worte haben wir lange gewartet. Auch auf die nun endlich vorliegende Feststellung des Bundesrates, wonach er sich bewusst ist, dass es auf seine eigene Rolle im Umgang mit Minderheiten, mit Rassismus und Antisemitismus entscheidend ankommt.

Die Aufarbeitung der Geschichte bereitet der Schweiz Mühe. Man soll aber doch nicht so tun, als ob hier das Volk ein Problem hätte. Es berührt eigenartig, wenn Bundespräsident Koller in seiner Rede vom 5. März betont, man habe keine Angst vor dem Volk, und sich gleichzeitig bei ausländischen Stellen für den direktdemokratischen Prozess beinahe entschuldigt. Die direkte Demokratie ist eine unserer besten Errungenschaften, und der Judenstempel ist ja nicht in der direkten Demokratie, sondern hier im Bundeshaus erfunden worden.

Dass der Bundesrat das Parlament und die Öffentlichkeit über den Judenstempel so lange angelogen hat, sagt nicht nur einiges über den Antisemitismus des damaligen Bundesrates aus. Dass der Bundesrat die Öffentlichkeit belügen musste, zeigt gleichzeitig, dass die Mehrheit der Bevölkerung diese schändlichen Schritte der seinerzeitigen Regierung nicht hingenommen hätte. Das aber spricht für das damalige Volk genauso wie gegen den damaligen Bundesrat. Für die Schweiz schlimmer wäre es nämlich, wenn der Bundesrat die schweizerische Initiative für die Einführung des Judenstempels genauso offen hätte verkünden können wie die Naziregierung die Nürnberger Rassengesetze.

Die Schweiz wird mit der Aufarbeitung ihrer Geschichte in Bewegung geraten. Es wird Zeit, dass endlich diejenigen recht bekommen, die in jener schwierigen Zeit Mut bewiesen und Nachteile erlitten haben, weil sie sich der bundesrätlichen Politik, auch behördlichen Vorschriften, die über weite Strecken von Anpassung geprägt waren, widersetzen. Die Auseinandersetzung mit dem tabuisierten Kapitel des Antisemitismus ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass sich der Begriff der aufrechten Schweizerin, des aufrechten Schweizlers nicht mehr auf Fremdenfeindlichkeit reimt. Wenn wir die Auseinandersetzung mit Rassismus und Antisemitismus offen führen, wird die Demokratie gestärkt, und mit der Stärkung der Demokratie werden die Minderheiten besser geschützt.

de Dardel Jean-Nils (S, GE): Peut-on dire avec M. Blocher que la Suisse s'était fixé, pendant la Deuxième Guerre mondiale, des objectifs de sécurité et de survie et qu'elle a rempli en définitive son contrat?

Pour la réponse, il faut constater que ce contrat contenait des clauses secrètes et cachées, et que parmi les objectifs des

dirigeants politiques et économiques de la Suisse, il y avait plusieurs éléments que nous racontent aujourd'hui les historiens et les historiennes.

1. Il y avait une politique militaire d'humilité à l'égard du Reich allemand. En 1940, après la campagne de France, lorsque l'invasion militaire de la Suisse constituait un risque réel, l'armée a démobilisé de 450 000 hommes à 150 000 hommes. Ultérieurement, il y a eu le Réduit national, présenté comme le sommet de la résistance et qui constituait militairement, en réalité, une ouverture et un acte d'humilité.

2. Il y a eu la politique antijuive à l'égard des réfugiés, pour éviter l'«enjuivement de la Suisse» selon les termes mêmes qu'utilisait l'administration, et pour prévenir les souhaits supposés, présumés, de l'Allemagne nazie.

3. Dans les clauses secrètes, il y a eu la collaboration massive de l'industrie suisse et de la place financière suisse en faveur de l'effort de guerre allemand. Certes, cette activité a fait vivre quantité de salariés, mais elle a permis aussi à certains industriels et aux financiers de faire de formidables affaires avec les nazis et de permettre à ceux-ci de prolonger la guerre et les massacres.

Tous ces éléments se combinaient et se complétaient en vue de la sécurité des rendements. Il ne s'agit pas d'enfiler une veste blanche et de faire la morale, il s'agit simplement de constater l'immense coût en vies humaines de cette politique. Il n'était pas nécessaire, pour remplir le contrat avec le peuple suisse, d'établir un quota maximal de juifs naturalisés, comme nous l'avons fait. Il n'était pas nécessaire d'obliger la communauté des Suisses israéliètes à contribuer financièrement à l'entretien des juifs réfugiés. Il était encore moins nécessaire de refouler des dizaines de milliers de réfugiés vers une mort certaine, sous prétexte qu'ils étaient persécutés pour leur race et non pour leurs idées.

Les tabous et les mystifications sur l'histoire de la Suisse pendant la Deuxième Guerre mondiale ont été systématiques pendant des décennies. Aujourd'hui, les historiens brisent ces tabous et sont accusés par les nostalgiques de dépeindre un tableau sans nuances.

Mais ceux qui cherchent des excuses dans les nuances font fausse route. Par exemple, l'antisémitisme en Suisse, à l'époque, ne s'est pas exprimé de manière déchaînée et violente, nous a dit il y a quelques jours M. Koller, président de la Confédération. Mais cela n'excuse pas la politique antijuive des autorités. De même, aujourd'hui, les haines antisémites s'expriment souvent de manière sournoise, anonyme ou hypocrite. Cela ne les excuse pas. C'est au Conseil fédéral et au président de la Confédération qu'il incombe en tout premier lieu de tenir un langage clair et net pour barrer la route à l'antisémitisme – ce que le Conseil fédéral a fait, nous l'admettons avec une grande satisfaction, dans la réponse écrite qu'il vient de donner à l'interpellation urgente socialiste.

A l'inverse, un discours présidentiel qui tend à disqualifier les juifs ou leurs représentants, comme celui que nous avons lu à fin décembre, va très exactement à l'encontre des devoirs élémentaires du Gouvernement.

Pour terminer, j'aimerais évoquer un espoir et un souvenir, celui des petites filles de Rorschach. Elles avaient 13 ans en été 1942, quand le Conseil fédéral a complètement fermé les frontières. Elles formaient une classe d'école et décidèrent d'écrire à Eduard von Steiger, chef du Département fédéral de justice et police, pour lui reprocher de ne pas accueillir les réfugiés et de renvoyer ceux-ci à un sort fatal. Ces petites filles trouvaient que le Conseil fédéral agissait en violation des enseignements de la Bible, et elles se demandaient si le Gouvernement n'était pas en train d'obéir aux Allemands.

Eduard von Steiger a transmis la lettre des petites filles de Rorschach au Ministère public de la Confédération et à la BUPO. Celle-ci a fait son enquête; elle soupçonnait le professeur des petites filles, mais celui-ci s'est rapidement disculpé: il n'était pour rien dans l'envoi de cette lettre. Finalement, le directeur de l'école a convoqué les élèves de la classe. Il a félicité celles qui n'avaient pas signé la lettre et il a grondé sévèrement celles qui l'avaient signée, et il a exigé de toutes les petites filles de la classe qu'elles gardent un secret absolu sur cette affaire.

Notre cœur et notre raison sont aux côtés des petites filles de Rorschach.

Goll Christine (S, ZH): Ich spreche zu meiner dringlichen Interpellation, zum Fall der Interhandel AG, einer schweizerischen Finanzplatzgeschichte, deren rasche und schonungslose Aufdeckung zur Glaubwürdigkeit der Schweiz beitragen könnte – eben könnte! –, denn die Antwort des Bundesrates auf meine Interpellation ist nichts anderes als ein weiteres Abwehrdispositiv.

Wenn der Bundesrat 52 Jahre nach Kriegsende Schlüsselakten strikte sperrt, dann macht er sich der Komplizenschaft mit den Schweizer Banken, in diesem Falle mit der Schweizerischen Bankgesellschaft, verdächtig und muss sich dem Vorwurf der Imagepflege des Finanzplatzes Schweiz aussetzen. Ein kurzer und geraffter Rückblick: 1966 fusionierte die SBG mit der Interhandel AG. Sie rückte damit zur Nummer 1 auf dem Bankenplatz Schweiz auf und wurde zu einer der kapitalstärksten Banken Europas.

Unternehmen der chemischen Industrie Deutschlands taten sich Mitte der zwanziger Jahre zur Interessengemeinschaft Farben zusammen. Die IG Farben wurde damit zum weltweit grössten Chemiekonzern. Um die Vorteile der Finanzdreh-scheibe Schweiz zu nutzen und mit Fluchtkapital zu jonglieren, wurde 1928 der Ableger in Basel, die IG Chemie, gegründet.

Zur Erinnerung: Die IG Farben war Lieferantin des Giftgases für die Ermordung von Menschen in den Konzentrationslagern und erzielte ihre Gewinne nicht zuletzt mit Hunderttausenden von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in Deutschland und in den eroberten Kriegsgebieten.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges gab sich die IG Chemie im Winter 1945 den unverfänglichen Namen Internationale Industrie- und Handelsbeteiligungen AG, kurz Interhandel AG. Als weissgewaschene Mutterfirma verlangte die Interhandel AG von den USA die Herausgabe der beschlagnahmten GAF-Vermögen – eine offizielle Tochterfirma der IG Chemie und ein weiterer Ableger der IG Farben. Die Interhandel AG erhielt diese Gelder denn auch Ende der fünfziger Jahre.

Die Bundesanwaltschaft beschlagnahmte im damaligen Rechtsstreit mit den USA – zu vermuten ist leider: als Gefälligkeitsdienst für die Interhandel AG – verschiedene Akten mit der Begründung, dass das Bankgeheimnis verletzt werden könnte. Bereits im April 1987 erschien ein umfassender Artikel des Ökonomen und Journalisten Gian Trepp im «Tagess-Anzeiger-Magazin», den die SBG mit massivem Druck und allen Mitteln zu verhindern gesucht hatte.

Just zwei Monate später, im Juni 1987, verhängte der Bundesrat seine nach wie vor bestehende Sperre. Der Bundesrat begründet die Aufrechterhaltung der Sperre damit, dass «wesentliche öffentliche Interessen des Bundes, insbesondere die innere oder äussere Sicherheit der Eidgenossenschaft», diese Geheimhaltung nach wie vor rechtfertigten. Im Falle der Interhandel AG aber zerstört stures Hochhalten des Gutes «Bankgeheimnis» tatsächlich wesentliche öffentliche Interessen des Bundes, der Schweiz und letztlich von uns allen.

Es gibt keinen Grund, auf die Historiker- und Historikerinnenkommission zu verweisen. Heute ist das Abwarten der Ergebnisse dieser Kommission, die fünf Jahre Zeit hat, im Falle der Interhandel-Affäre eine Alibiübung und eine Verzögerungstaktik. Es geht nämlich auch um die Rolle des Bundesrates, um Ihre Rolle, die Rolle von Regierung und Behörden bis heute.

Ihre Antwort auf meine Interpellation ist eine Nullantwort. Die Aufrechterhaltung der Sperre ist nicht nur lächerlich; sie ist auch Nährboden für weitere «wilde Spekulationen», wie jüngst auch die «NZZ» vermeldete. Die Aufrechterhaltung der Sperre zeugt von Ausklammerungen und Verdrängungen in Ihrem Geschichtsbild – einem Geschichtsbild, das vor allem von einer wehrhaften und männerzentrierten Schweiz geprägt ist. Sie wollen die längst aufgedeckte Interhandel-Affäre nicht zum Prüfstein einer raschen und schonungslosen Aufdeckung der unrühmlichen und komplizierten Rolle von Regierung, Behörden, Banken und Industrie machen.

Dies kommt letztlich auch einer politischen Diffamierung von unbequemen Fragestellerinnen und Fragestellern gleich. Sie müssen sich deshalb auch den Verdacht und den Vorwurf gefallen lassen, dass es Ihnen ausschliesslich um die Rettung des Finanzplatzes Schweiz geht. Das war zu erwarten, spätestens nach der Rede des Bundespräsidenten in der ersten Sessionswoche, am 5. März – einer Rede, in der sich der Bundespräsident und der Bundesrat in einem einzigen Satz zum Finanzplatz auf einen bundesrätlichen Dank an Banken und Wirtschaft beschränken. Ich zitiere diesen Satz: «Der Bundesrat ist dankbar, dass Banken und Wirtschaft durch namhafte Zahlungen dem Bundesrat die rasche Schaffung eines Spezialfonds ermöglicht haben.» Dieser Satz ist entlarvend.

Straumann Walter (C, SO): Ich äussere mich zur dringlichen Interpellation unserer Fraktion zur Schaffung eines Krisenmanagementorgans. Die Antwort des Bundesrates und seine Einschätzung, ob er auf die Ereignisse der letzten Wochen und Monate zeitgerecht und situationsgerecht gehandelt habe, sind – bei allem Respekt vor der geschichtlichen Dimension der Dinge – leider nicht über alle Zweifel erhaben. Es ist zuviel Zeit vergangen, bis die Staatsführung die Bedrohlichkeit der weltweit sich ankündenden Aktionen erkannte. Es existierte kein aktuelles und wirksames Frühwarnsystem. Die Angelegenheit wurde zu spät zur Chefsache erklärt.

Die Rede von Bundespräsident Koller war das bisher eindrücklichste Legislaturerlebnis – nicht für Frau Goll und Herrn Rechsteiner Paul, wie wir hörten, wohl aber für mich. Sie hätte aber nicht erst vor zwei Wochen gehalten werden dürfen.

Der Bundesrat verfügt, wie er ausführt, über Strukturen für ausserordentliche Lagen. Sie seien aber nicht aktiviert worden, weil die Lage im herkömmlichen Sinne nicht ausserordentlich sei und gewesen sei. Das ist wohl der Kern der Fehleinschätzung. Die Lage war nicht nur krisenähnlich; sie ist immer noch kritisch und als solche nicht bewältigt worden. Die Strukturen sind veraltet, stammen aus der Zeit des kalten Krieges, sind der weltweiten Wucht der Medien und der Informationswelt nicht angepasst und nicht gewachsen. Es wurde versäumt, rechtzeitig auch die Belange der Souveränität unseres Landes und des nationalen Selbstbewusstseins in die internationale Auseinandersetzung einzuführen.

Es ist unerlässlich, dass die Strukturen für die Beurteilung ausserordentlicher Lagen und die dort notwendigen Entscheidungsfindungen erneuert und angepasst werden. Auch angepasste Strukturen müssen aber dauerhafte Strukturen sein. Nur eingetübte Krisenmanagements sind wirkungsvolle Managements. Kein Land kann es sich leisten, von Fall zu Fall Task forces einzusetzen. Es muss nicht die heutige Zentralstelle für Gesamtverteidigung sein; vielleicht liesse sich daraus aber eine Zentralstelle von heute machen.

Der Bundesrat wird inständig gebeten, in diesem Sinne tätig zu werden.

Suter Marc (R, BE): Bei aller Anfechtung und Selbstkritik und angesichts der Wirtschafts- und Identitätskrise, in die unser Land unbestreitbar geraten ist, mag es eigentlich erstaunen, dass die «Idée Suisse» lebt. Es ist das Ideal der Toleranz im Umgang mit Andersdenkenden, der Offenheit gegenüber allem Fremden, der Humanität mit den Schwächeren, der Grosszügigkeit gegenüber Minderheiten, einer politischen Kultur des Gemeinsinns und der Konsensfindung, einer Neutralität im Dienste der Solidarität und des Völkerrechts. Dieses Ideal wird durch das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten getragen und ist geprägt durch eine Haltung der Bescheidenheit und Dankbarkeit für ein gütiges Schicksal.

Von dieser «Idée Suisse» war die Aktivdienstgeneration in ihrem weit überwiegenden Teil beseelt. Als später Geborener kann ich nur meinen Respekt allen Vorfahren gegenüber bezeugen, die sich allen Schwierigkeiten zum Trotz in diesem Geist mit grossen Entbehrungen um die Freiheit unseres Landes im damals lichterloh brennenden Europa verdient gemacht haben.

Weil wir um diese Stärken unserer Vergangenheit wissen, können wir uns auch ohne Ausflüchte allen Schattenseiten stellen und zur Schuld stehen, die unsere damaligen Behörden, namentlich in der Flüchtlingspolitik, auf unser Land geladen haben.

Die Frage ist freilich, welche Lehren wir für unser heutiges Tun aus den Licht- und Schattenseiten unserer Geschichte ziehen. Es besteht die Gefahr, dass viele aus verletztem Stolz reflexartig Zuflucht in alten Feindbildern suchen. Sie schwächen damit die «Idée Suisse», verraten aber auch sich selber, weil sie sich aus Angst und Verunsicherung ihren Schwächen und tiefen Regungen hingeben. In dieser Situation verschmelzen dann die Phänomene Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Nationalismus, Antiamerikanismus und Europaablehnung rasch zu einem zutiefst unschweizerischen Amalgam.

Ihnen allen sei zur Ermutigung zugerufen: Gegenwind gibt Auftrieb! Habt mehr Selbstvertrauen! Besinnt Euch auf die uns allen gemeinsame Redlichkeit!

Wer an die «Idée Suisse» glaubt, wird nicht nur den Glanz, sondern auch die gravierenden Erblasten unserer Geschichte im und um den Zweiten Weltkrieg annehmen und bereit sein, die moralischen, rechtlichen und finanziellen Konsequenzen der Selbstfindung und Wiedergutmachung zu ziehen. Er wird aber auch entschieden gegen den aufkeimenden Antisemitismus in unserem Land antreten. Leider breitet sich der Antisemitismus nicht nur am Stammtisch aus; auch Vertreter von Politik und Wirtschaft haben sich auf abschüssiges Gelände begeben.

Die Auseinandersetzung um den Antisemitismus war längst fällig. Dem durch Jahrhunderte im ganzen europäischen Kulturraum gepflegten Antisemitismus ist nur beizukommen, wenn wir seine Ursachen und seinen zutiefst unmenschlichen und undemokratischen Charakter erkennen. Er ist nicht das Problem der Juden, sondern derer, die ihm bewusst oder unbewusst anheimgefallen sind. Antisemitismus – wie Rassismus überhaupt – ist nicht eine Frage der Parteizugehörigkeit. Die rechten wie linken Populisten und Tugendwächter sind mir gleichermassen unheimlich. Was nützt, ist nichts Spektakuläres: aufklären, Fehler eingestehen, mitfühlen, Anteil nehmen und verstehen wollen. Diese Aufarbeitung findet heute statt; sie befähigt uns, der Anfechtung im In- und Ausland selbstbewusster, gelassener und glaubwürdiger zu begegnen.

Der Holocaust des jüdischen Volkes, die Vernichtung vieler Roma und Sinti, die Ausmerzung Behinderter und die gnadenlose Verfolgung politisch Andersdenkender unter der Naziherrschaft haben eine tiefe Spur im Gedächtnis und in der Seele nicht nur der Opfer und ihrer Nachfahren hinterlassen. Diese Erinnerung verlangt, gegen Unrecht und Diskriminierung jeder Art aufzustehen, gegen Rassismus jeder Form anzukämpfen.

Der Bundesrat hat mit der Solidaritätsstiftung mutig und weit-sichtig den Weg gewiesen; er sieht die derzeitige Krise als Chance für die Zukunft. Dahinter steht der Wille, die «Idée Suisse» zu revitalisieren. Wenn wir uns von diesem Geist leiten lassen, füllen wir die Tradition des liberalen Bundesstaates Schweiz mit neuem Leben. Oder, wie es Louis Aragon treffend auf den Punkt gebracht hat: «Ce qui a été sera, pourvu qu'on s'en souvienne.» Das ist die Erbschaft unserer Vorfahren, an die es heute anzuknüpfen und die es für die Zukunft zu bewahren gilt.

Bühlmann Cécile (G, LU): Ich spreche im Namen der grünen Fraktion zu den Vorstössen allgemein und zum Vorstoss der grünen Fraktion.

Seit einigen Monaten wird die offizielle Schweiz von ihrer verdrängten Geschichte mit grosser Heftigkeit eingeholt. Manchmal kann ich nur staunen, was man da alles nicht gewusst haben will. Einigen Leuten scheint es erst heute wie Schuppen von den Augen zu fallen, dass die Schweiz Juden in den sicheren Tod zurückgeschickt und mit den Nazis geschäftet hat.

Ich habe das Bild der heilen Schweiz schon lange revidieren müssen. Ich habe nämlich damals Imhofs Film «Das Boot ist

voll» gesehen und Werner Rings' Buch «Raubgold» gelesen. Das ist schon einige Zeit her, nur wollte man damals nicht darüber sprechen. Die, die es trotzdem taten, kamen in den Ruch, Nestbeschmutzer und Nestbeschmutzerinnen zu sein. Insofern hat sich seither etwas getan. Immerhin hat man begonnen, wenn auch noch zaghaft, auch von offizieller Seite das einseitig heile Bild zu korrigieren.

Heute hat das Parlament zum ersten Mal die Gelegenheit, sich über dieses verdrängte Kapitel zu äussern. Die Liste der Vorstösse, die alle unter dem Stichwort «Aufarbeitung unserer Geschichte» zusammengefasst werden können, ist denn auch dementsprechend lang, und diese Vorstösse wurden alle in den letzten vier Monaten eingereicht. Während die Vorstösse aus der Dezembersession noch weitgehend gesetzestechnische Belange und Fragen rund um nachrichtlosen Vermögen und Nazigold betrafen, so peilen einige während dieser Session eingereichte dringliche Vorstösse, namentlich diejenigen der grünen Fraktion und der SP-Fraktion sowie der von Herrn Suter – das fällt auf –, auch neue Inhalte an. Es geht dabei sozusagen um die Innenseite dieser Aufarbeitung, um den geistesgeschichtlichen Hintergrund der Geschichte, um den Antisemitismus. Das ist kein Zufall, denn zwischen den beiden Sessionen erschien das fatale Interview von Bundespräsident Delamuraz, welches heftige antisemitische Reaktionen ausgelöst hat.

Bei der Aufarbeitung der jüngsten Schweizergeschichte geht es für uns Grüne nebst der Klärung der Rolle der Schweiz als Finanz- und Wirtschaftsplatz um diesen zentralen Punkt, nämlich um die Frage, vor welchem ideologischen Hintergrund die damaligen Akteure gehandelt haben, und da ist in letzter Zeit eines immer deutlicher geworden: Für vieles, was damals falsch und schlecht gemacht wurde, war eine antisemitische Haltung das Motiv. Der Antisemitismus hat die offizielle Haltung der schweizerischen Behörden vor und während dem Krieg beeinflusst. Die schweizerische Flüchtlingspolitik war in weiten Teilen eine antijüdische Flüchtlingspolitik. Es waren ja vor allem jüdische Flüchtlinge, die an der Grenze abgewiesen wurden. Es waren Schweizer Behörden, die die Einführung des Judenstempels bei den Deutschen verlangt haben, es waren Schweizer Behörden, die den Juden im Lande sagten, sie seien am Antisemitismus selber schuld, wenn wegen zu grosser Zuströme jüdischer Flüchtlinge eine «Verjudung» der Schweiz stattfinde.

Das Interview von Bundesrat Delamuraz ist vor diesem historischen Hintergrund zu lesen und zu verstehen, und da kommen einem unweigerlich die Parallelen in den Sinn.

Bemerkenswert finden wir auch, dass in der Rede von Bundespräsident Koller vor zwei Wochen – immerhin unter dem Titel «Die Schweiz und die jüngste Zeitgeschichte» – der historische Antisemitismus nicht vorkam. Ich weiss, es gibt in den katholischen Stammlanden, aus denen auch ich komme, nicht nur eine starke antisemitische Tradition, es gibt eine ebenso starke Tradition, genau dies auszublenden. Bundesrat Koller hat damit diese Tradition des Ausblendens fortgesetzt.

Zum aktuellen Antisemitismus stand in der langen Rede ein einziger Satz: «Und wenn wir heute gemeinsam eine Lehre für die Zukunft ziehen müssen, dann sicher die, dass wir wachsam sein müssen gegen jeden Anfang von Intoleranz und Rassismus, auch in der Form des Antisemitismus.» Das war ein wichtiger Satz. Ich habe in der Rede lange darauf gewartet, und er war richtig. Aber es war wenig angesichts der Bedeutung des Antisemitismus damals und angesichts des Antisemitismus heute.

Wer jüdische Bekannte hat, weiss, mit welcher braunen Brühe diese heute wieder überschwemmt werden, und auch in den unfreundlichen Briefen, die ich bekomme, fällt neuerdings der antisemitische Tonfall auf. Es gibt in dieser Beziehung keinen Grund zur Beruhigung.

In einem «Weltwoche»-Interview sagte Nationalrat Blocher letzte Woche, dass Ruth Dreifuss' Vater den Flüchtlingshelfer Paul Grüninger denunziert habe, weil dieser illegalerweise Juden habe einreisen lassen. Damit gebraucht er das alte antisemitische Vorurteil, die Juden seien selber schuld am Judenhass. Kein Wort über die Tatsache, dass die jüdi-

schen Organisationen ab Sommer 1938 vom EJPD massiv unter Druck gesetzt wurden. Die etwa 4000 jüdischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mussten sämtliche Kosten für die jüdischen Flüchtlinge übernehmen; das EJPD drohte ihnen, sie andernfalls, die Flüchtlinge, den Nazis auszuliefern. Die jüdischen Gemeinden in der Schweiz gerieten in jenen Jahren durch diese Massnahmen des Bundes unter massiven politischen und finanziellen Druck. Das EJPD wollte sie dadurch zwingen, sich selber gegen die Einreise weiterer jüdischer Flüchtlinge zu wenden. Herr Blocher, der Jacques Picards Buch «Die Schweiz und die Juden» und Stefan Kellers Buch «Grünigers Fall» in tendenziöser Weise zitiert, verschweigt alle diese Tatsachen und betreibt durch diese Auslassung eine grobe Geschichtsklitterung.

Ich bin froh, dass Bundesrätin Dreifuss diese Aussagen in einem Interview im «Tages-Anzeiger» richtiggestellt hat. Ich bin auch froh über die Antwort des Bundesrates auf die dringliche Interpellation der SP-Fraktion. Wenn ich diese Antwort mit der Rede des Bundesrates vor zwei Wochen vergleiche, dann stelle ich einen eigentlichen Quantensprung fest.

Zum ersten Mal wird von Verantwortung in diesem Bereich gesprochen, und es werden selbstkritische Töne angeschlagen. Der Bundesrat hat auch sonst dazugelernt. Er hat mit der Einsetzung der Kommission Bergier und mit der Ankündigung der Solidaritätsstiftung zwei Zeichen gesetzt, die in die richtige Richtung weisen. Solidarität ist nämlich der Grundgedanke der Demokratie. Staatliches Handeln in der Demokratie muss sich nach diesem Grundwert ausrichten, denn ein echt demokratischer und sozialer Staat ist immer ein solidarischer Staat. Seine Qualität misst sich daran, wie er mit seinen Minderheiten umgeht.

Wenn die Gelder der Solidaritätsstiftung nicht als Ersatz für ein durchlöcherteres soziales Netz, als Ersatz für eine gute Entwicklungszusammenarbeit und eine humane Flüchtlingspolitik gebraucht werden und wenn der Stiftungsgedanke der Solidarität eine breite Diskussion – gerade über diese Politikbereiche und unsere Verantwortung dafür – auslösen kann, dann kann aus dieser Stiftung etwas wirklich Grosses werden. In diesem Sinne sichert die grüne Fraktion dem Bundesrat ihre Unterstützung zu. Und in diesem Sinne werden wir nicht locker lassen, den Bundesrat daran zu erinnern, dass Solidarität z. B. auch heisst, kosovo-albanische Asylsuchende dem Unrechtsregime von Milosevic nicht auszuliefern.

Besonders gefreut hat uns in der Erläuterung zu dieser Stiftung, dass auch Institutionen, die sich mit der Prävention von Genoziden und Menschenrechtsverletzungen befassen, unterstützt werden sollen. Da genau setzt auch unser Vorstoss zur Schaffung einer Holocaust-Gedenkstiftung ein. Der Holocaust ist die schlimmste menschenrechtliche Tragödie in der abendländischen Geschichte. Er gilt als Metapher für die rassistische Katastrophe überhaupt, als Symbol des absoluten Tiefpunktes von Zivilisation und Kultur. Die Erinnerung daran wachzuhalten, heisst daraus zu lernen und zu verhindern, dass sich so etwas je wiederholt.

Der jetzige Zeitpunkt, an dem wir uns an die Aufarbeitung unserer Geschichte machen, erinnert uns unweigerlich an unsere historische Verquickung mit dem Holocaust, auch wenn Auschwitz tatsächlich nicht in der Schweiz liegt. Lernen aus dem Wachhalten der Erinnerung ist Aufklärung und Prävention.

In der Beantwortung unserer dringlichen Interpellation weisen Sie, Herr Bundesrat, auf die neue Stiftung hin. Wir hätten natürlich eine Holocaust-Gedenkstiftung gerne rascher gehabt, denn das mit der Solidaritätsstiftung kann noch dauern. Auf jeden Fall werden wir Grünen den Bundesrat zu gegebenem Zeitpunkt, wenn die Solidaritätsstiftung steht, daran erinnern und auf das Anliegen zurückkommen. Wir sind überzeugt: Geschichte wachhalten ist lernen für die Gegenwart und die Zukunft.

Maurer Ueli (V, ZH): Ich mag nicht so recht in diesen Abdankungsbesang auf unser Land einstimmen. Ich bin nach wie vor stolz, Schweizer zu sein und in diesem Land wohnen zu dürfen. Wir waren uns vor wenigen Wochen in diesem Saal

noch einig. Beide Kammern beschlossen damals einstimmig, die Grundlagen zu schaffen, um die Fragen im Zusammenhang mit den nachrichtenlosen Vermögen rasch und umfassend abzuklären. Alle in diesem Land sind schliesslich daran interessiert, dass unrechtmässig zurückgehaltene Gelder den Besitzern zurückgegeben werden können. Niemand dachte daran, dass noch Entschädigungen des Bundes, der Nationalbank, der Banken, der Industrie oder der Wirtschaft zu leisten seien. Heute, nur wenige Wochen später, hat die Meinung der offiziellen Schweiz gekehrt. Unter dem Druck der internationalen Politik und unter dem Eindruck der Boykottandrohungen der US-Banken sind die Worte Schuld und Entschuldigung ins Zentrum gerückt.

Trotz der inzwischen eingetretenen Hektik hat sich aber an den ursprünglichen Fakten nichts geändert. Die SVP geht von diesen bekannten Tatsachen aus, bis wirklich allenfalls neue Erkenntnisse vorliegen.

Die Haltung unserer Partei lässt sich in drei Punkten zusammenfassen:

1. Die Leistungen der damaligen Kriegsgeneration waren grundsätzlich richtig und verdienen höchste Anerkennung.
2. Bis zum Vorliegen des Berichtes der Historikerkommission bzw. den daraus abzuleitenden Ansprüchen sind keine öffentlichen Mittel freizustellen.
3. Die SVP beurteilt die Ankündigung der Stiftung für Solidarität im jetzigen Zeitpunkt als Fehlleistung und lehnt sie im Zusammenhang mit der Diskussion um nachrichtenlose Vermögen ab.

Ich möchte Ihnen diese drei Punkte kurz erläutern: Zur Beurteilung der Leistungen der Verantwortlichen von damals haben wir die entsprechenden Umstände, soweit wir dazu überhaupt in der Lage sind, mitzuberücksichtigen. Dabei ist festzuhalten, dass es Volk und Behörden gelungen ist, einen Krieg in unserem Land zu verhindern; das war immer die Alternative. Daran gibt es nichts zu rütteln. Massgebend dazu beigetragen haben vor allem der Wehr- und Widerstandswille der Bevölkerung, dann die Armee, unsere Neutralität sowie die Aussen- und Handelspolitik unseres Landes. Auch wenn unter dem gewaltigen Druck sicher Fehler gemacht wurden, ändert das nichts an einer insgesamt positiven Gesamtwürdigung.

Organisationen oder Personen, die aus der herrschenden Notlage Kapital geschlagen haben oder über unrechtmässige Gelder verfügen, haben diese selbstverständlich zurückzuerstatten.

2. Die SVP-Fraktion will die Ergebnisse der Expertenkommission Bergier abwarten. Nach einigen Auftritten von Kommissionsmitgliedern sehen wir dem Bericht allerdings mit einer gewissen Skepsis entgegen. Es wäre aber falsch, wenn bereits im jetzigen Zeitpunkt, unter welchem Titel auch immer, öffentliche Mittel gesprochen würden. Alle inzwischen gross angekündigten Enthüllungen waren uns aus der Geschichte bekannt und ändern an der positiven Gesamtleistung nichts. Genau diese Strategie – zuerst abzuklären und dann zu entscheiden – hat der Bundesrat mit der Ankündigung der Stiftung verlassen.

3. Es war unserer Meinung nach ein Fehler, diese Stiftungs-idee nach einer Nacht- und Nebelaktion mit allem Möglichen zu verknüpfen. Es wurden damit Hoffnungen und Erwartungen geweckt, die wir in dieser Art und Weise nicht werden erfüllen können. Der Bundesrat hat damit keine einzige Antwort gegeben, aber eine Reihe von Fragen aufgeworfen.

Die SVP-Fraktion will in der heutigen Situation Wahrheit und Gerechtigkeit finden. Oberstes Ziel muss es nach wie vor sein, inskünftig Greueltaten, wie sie im Zweiten Weltkrieg passiert sind, zu verhindern. Wir wollen dazu aber den beschriebenen pragmatischen Weg beschreiten und lehnen den Aktivismus um der Aktivitäten willen ab.

Scheurer Rémy (L, NE): En premier lieu, je dis ma reconnaissance profonde à tous ceux et à toutes celles qui, pendant les crises économique et politique des années trente et pendant la Seconde Guerre mondiale, ont connu des privations diverses et parfois sévères, et qui étaient prêts à de plus grands sacrifices encore afin d'assurer, dans un environne-

ment hostile et dans des rapports de force accablants, la sauvegarde de la Suisse démocratique. Ces hommes et ces femmes ne sont en rien responsables des ombres que la croix gammée a projetées sur la croix helvétique. Qu'ils sachent que ceux qui étaient alors dans l'enfance se souviennent et leur disent aujourd'hui encore merci.

La soudaineté, la diversité et l'outrance des accusations portées ces derniers temps contre la Suisse à l'époque de la montée du nazisme et des victoires militaires du IIIe Reich nous ont tous surpris, les citoyens comme le Gouvernement. La réaction a d'abord été désordonnée, et il serait exagéré de dire, Madame la Présidente, qu'elle est maintenant cohérente.

Mais le Parlement et le Gouvernement ont pris deux initiatives, l'une courageuse, l'autre généreuse. La création de la Fondation suisse de la solidarité, dans la perspective du 150e anniversaire de la Constitution de 1848, est l'acte généreux d'un pays qui a profité largement des bienfaits d'un régime de démocratie libérale et sociale envers ceux qui sont victimes de la misère et de la tyrannie. La création d'une commission d'historiens est l'acte courageux d'un pays qui veut voir clair dans son passé. Mais qu'attendre des historiens? Pour la période à examiner, à vrai dire déjà connue par de solides travaux, comme pour toute autre période, il y a, d'une part, ce qui s'est réellement passé, les *res gestae*; d'autre part, il y a la connaissance que l'on peut avoir de ces choses, une connaissance établie selon des méthodes critiques, mais une connaissance qui permettra toujours des interprétations et des réexamens. Je parle bien sûr des ouvrages intellectuellement honnêtes et fondés sur l'examen des sources.

Les historiens, ceux de métier, vont devoir établir des faits à partir des documents conservés. Ils ne seront ni des accusateurs ni des justificateurs. Ils ne seront pas non plus des juges instruisant à charge et à décharge. Leur rôle sera de comprendre et de faire comprendre les comportements et les décisions de personnes disposant de parcelles de pouvoir dans les conditions et les circonstances de leur temps. Ils devront comprendre et faire comprendre les actions particulières de Suisses dans le cadre des relations internationales et de la guerre, comme dans le cadre particulier de la Suisse neutre dont l'économie, par exemple, est, quels que soient les régimes politiques, étroitement liée à l'économie allemande, et dont le ravitaillement en biens de première nécessité dépendait alors essentiellement du IIIe Reich. Les historiens devront remettre les choses dans leur cadre, ce qui ne s'est guère fait ces derniers temps.

Le travail sera difficile, car il ne s'agit pas de savoir, par exemple, qui savait quoi et à partir de quel moment. En effet, il y a beaucoup de choses que nous connaissons et que nous occultons tout de même. Par exemple, de nos jours, les gardiens de la conscience universelle savaient les atrocités du régime de Pol Pot et ils ne les ont pas plus dénoncées que n'ont été dénoncées à l'époque les abominations nazies.

Ce que les historiens mettront sans doute en relief, au-delà de faits particuliers sur le moment déjà et plus encore aujourd'hui condamnables, c'est la fragilité et la faiblesse de la nature humaine. Même si le peuple suisse s'est très bien comporté, nous savons bien que les dangers et les guerres n'engendrent pas que des héros civils et militaires. C'est bien à cause de cette faiblesse que nous devons être unis contre la dictature, contre l'intolérance et contre l'exclusion. Voilà pourquoi, à nos yeux, la création de la fondation annoncée pour 1998 par le président de la Confédération se justifie pleinement. Il ne s'agit pas d'accomplir un geste expiatoire, il s'agit d'accomplir un acte de reconnaissance et, en regard de la faiblesse de notre condition, un acte de promotion de la dignité humaine.

Voilà pourquoi, au-delà de l'agitation du moment et au-delà des péripéties, nous devons avoir l'avenir de la Suisse en vue.

Gusset Wilfried (F, TG): 589 Millionen Franken hat die Schweizerische Eidgenossenschaft vom Beginn des Zweiten Weltkrieges bis im Juni 1947 an direkten finanziellen Hilfelei-

stungen an das umliegende kriegsgeschüttelte und kriegszerstörte Europa geleistet. Das sind nach heutiger Aufrechnung mindestens 6 Milliarden Franken; nicht eingerechnet die 250 Millionen Franken, die nach Beendigung des Krieges an die Alliierten erstattet wurden; nicht eingerechnet die Leistungen für die Hospitalisierung von Kriegsopfern, die Liebesgabenpakete usw.

Gerade mit Blick auf die Berichterstattung zu den nachrichtenlosen Vermögenden und den Versuchen, der schweizerischen Bevölkerung eine Kollektivschuld aufzudrängen, erscheint es mir wichtig, auch auf diese Umstände hinzuweisen. Die Schweiz hat Solidarität geübt, die Schweiz ist sich ihrer Verantwortung bewusst gewesen und hat zu einem Zeitpunkt Hilfe geleistet, in dem niemand sonst dazu in der Lage war – und zwar freiwillig und ohne Druck von aussen. Soviel mit Blick auf die angekündigte Solidaritätsstiftung, die heute nicht Gegenstand dieser Debatte ist.

Trotzdem benutze ich die Gelegenheit, die Position der Fraktion der Freiheits-Partei zur Bildung der Solidaritätsstiftung aufzuzeigen. Wir wenden uns angesichts der Fakten entschieden gegen die Einrichtung einer Solidaritätsstiftung mit einem Teil des Volksvermögens, wie dies der Bundesrat vorschlägt. Wir sind der Ansicht, dass die vorgeschlagene Stiftung mit ihrer Begünstigtenliste die Gefühle der Kriegsgeneration aufs tiefste verletzt. Wenn die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges fünfzig Jahre danach noch unakzeptable Härtefälle zeitigen, wären diese unter der damaligen schweizerischen Kriegsgeneration und den damals Heranwachsenden zu suchen. Diesen hätte unsere Sorge als schweizerisches Parlament zu gelten, und für diese wären allenfalls Gelder freizustellen.

Wir wehren uns dagegen, mit einem entschuldigenden Rundumschlag Teile des Volksvermögens aufs Spiel zu setzen. Grosszügigkeiten dieser Art muss man sich leisten können. Angesichts der aktuellen, dringlichen und prioritären Probleme unseres Staates können wir uns dies aber meiner Meinung nach nicht leisten.

Im Laufe des Krieges hat die Schweiz bei der Deutschen Reichsbank Gold im Wert von rund 1,2 Milliarden Franken und bei den Alliierten Gold im Wert von 3,7 Milliarden Franken gekauft. Pikante Einzelheit: Das von alliierter Seite erworbene Gold ist in Depots in London, New York und Ottawa geliebt und dort zum grössten Teil blockiert worden. Dazu nur soviel: Freunden blockiert man nicht die Währungsreserven, nachdem sie diese bezahlt haben.

Aus dem Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung vom 14. Juni 1946 geht ausserdem hervor, dass sich die Schweiz um die Klärung der Vorwürfe wegen der Aufbewahrung von Raubgold bemüht hatte. Sie wurde von alliierter Seite in keiner Weise unterstützt, und die Vorwürfe wurden unter verschiedenen Gesichtspunkten nicht unbedingt als stichhaltig verifiziert.

Ich möchte jetzt nur auf einen der eingereichten Vorstösse eingehen, nämlich auf die dringliche Interpellation der CVP-Fraktion: Die dringliche Interpellation der CVP-Fraktion verlangt unter anderem, dass der Bundesrat die erforderlichen Strukturen zur Bewältigung von ausserordentlichen Lagen zu schaffen oder, wo vorhanden, den heutigen Herausforderungen anzupassen hat. Ich frage mich in diesem Zusammenhang nur, was eine Verbesserung der Strukturen bringen soll, wenn der Bundesrat seine Führungsaufgabe und -verpflichtung nicht wahrnimmt, wenn er eine falsche Lagebeurteilung vornimmt und immer erst dann handelt, wenn es ihm von aussen aufgedrängt wird.

Ganz zu Beginn der Diskussion über die Holocaust-Gelder ist es einem einzigen Mann – wohlverstanden, nicht einem Staat – gelungen, den Bundesrat in seiner klaren Lagebeurteilung und Reaktion zu stören, zu lähmen und zu verwirren. Dort lagen die Hauptfehler. Wir brauchen in der Zukunft nicht einen Bundesrat, der hinterher die Scherben kittet, sondern wir brauchen einen Bundesrat, der aufgrund einer sauberen Lagebeurteilung entscheidet, handelt und dies nach aussen vertritt. Wenn der Bundesrat als Kollegialbehörde dazu heute nicht mehr fähig ist, ist die heutige Regierungsform überholt.

Abschliessend findet es die Fraktion der Freiheits-Partei auch bedenklich, dass angesichts der heutigen dringenden Probleme in unserem Staat diesem Vergangenheitsbewältigungsproblem ein derart grosser Raum eingeräumt wird. Wir meinen, dass der Bundesrat und das Parlament gerade heute andere Prioritäten zu setzen hätten.

Grendelmeier Verena (U, ZH): Herr Gusset, Grosszügigkeit ist nicht eine Frage des Geldes und ob man sie sich leisten kann; Grosszügigkeit ist eine Geisteshaltung. Wenn Sie und Ihre Partei der Ansicht sind, dass wir bessere und dringendere Aufgaben zu lösen hätten, als unsere Vergangenheit zu bewältigen, dann gebe ich Ihnen teilweise recht. Ich bin aber vollends davon überzeugt, dass wir erst dann überhaupt fähig und offen sind, die neuen und dringenden Probleme zu lösen, wenn wir unser Haus in Ordnung gebracht haben. Soviel zum Anfang.

Wir haben heute zum ersten Mal die Möglichkeit, in einer breiteren Debatte über diese Thematik zu reden. Diese Debatte kommt einerseits viel zu spät und andererseits ein bisschen zu früh.

Zu spät kommt sie, weil wir bereits 1995, also innerhalb des Gedenkjahres zum Ende des Zweiten Weltkrieges, die Gelegenheit verpasst haben, uns selber und vor allem der Welt kundzutun, dass wir unser Haus in Ordnung bringen wollen. Frau Nabholz hat es am Anfang gesagt: Wir haben eine Chance vertan; nun müssen wir eben auf Druck von aussen tätig werden. Das ist keine sehr souveräne Position, aber es bleibt uns nichts anderes übrig.

Zu früh kommt die Debatte, weil das, was heute Politiker, Medien und das Volk beschäftigt, eigentlich der neue Vorschlag ist, den der Bundesrat auf den Tisch gelegt hat und der von der LdU/EVP-Fraktion absolut unterstützt wird. Er zeigt zum ersten Mal einen Weg, der wegweist vom Schuldendenken und hinweist auf Schuld und Verantwortung, so, wie ich es in einer Motion gefordert habe, wobei Schuld, das muss hier noch einmal gesagt werden, nie kollektiv ist. Schuld ist eine Last, die von einzelnen übernommen und abgetragen werden muss. Es gibt aber durchaus so etwas wie Schuldhaftung, oder nennen wir es ganz einfach Verantwortung eines ganzen Landes, wir alle, auch die Nachgeborenen, auch die Mitgeborenen, sind mitverantwortlich, weil wir mit in diesem Umfeld gelebt und auch davon profitiert haben, dass wir verschont geblieben sind.

Lassen Sie mich ein paar ganz wenige Beispiele aus meinem höchstpersönlichen «Lebelchen» von damals erzählen, um Ihnen zu zeigen, wie ich das meine: Ich wurde im Jahre 1939 geboren. Meine ersten Schritte in dieses Leben hinein fanden also während des Zweiten Weltkrieges statt, in der Schweiz. Ich bin verschont geblieben, und mit mir meine Familie und das ganze Land. Natürlich ist die Wahrnehmung eines zwei-, drei- oder vierjährigen Kindes nicht eine kognitive. Es ist eine sinnliche Wahrnehmung.

Eine erste Wahrnehmung: Ich kann mich daran erinnern, dass wir sehr freudlos gegessen haben. Es gab Kartoffeln und Kartoffeln und Kartoffeln. Sie rochen immer angebrannt, weil es kein Fett gab, um eine gute Rösti zu machen. Das war freudlos. Wir hatten aber genug. Wir haben nicht gehungert. Verhungert ist in diesem Land niemand!

Eine andere Wahrnehmung: die Sirenen. Ich versteckte mich unter der Decke, weil ich Angst hatte. Wir sind – mit ganz wenigen Ausnahmen am Rande der Nordostschweiz – nicht bombardiert worden. Wir haben unsere Häuser behalten. Wir sind verschont geblieben!

Eine weitere Wahrnehmung: die Wärme. Jeden Morgen wurde unser Kinderzimmer mit einem kleinen Kohleofen auf 13 Grad – heute unhaltbar tief, damals ganz normal – geheizt. Es war kalt, aber in unserem Land ist niemand erfroren! Frage nun: Woher kam die Kohle? Die damalige Aktivdienstgeneration lernte in der Schule, dass die Schweiz keine Bodenschätze hat, dass sie lediglich «stein-reich» ist. Die Kohle kam also nicht aus dem Gotthard, sondern vermutlich aus dem Ruhrpott, aus Deutschland. Das mussten wir gewusst haben. Wir haben es hingenommen. Wir haben es möglicherweise verdrängt. Aber: Wir sind alle nicht erfroren!

Dankbarkeit gehört in meinen Augen auch zur Übernahme von Verantwortung.

Und darum geht es heute. Deshalb wird es in der künftigen Debatte zur Solidaritätsstiftung, so, wie Herr Bundespräsident Koller sie angekündigt hat, noch wilde Diskussionen geben, und es gibt sie heute schon. Etwas aber kann ich nicht akzeptieren: Dass nicht nur von rechts, sondern auch von links ins Feld geführt wird, das Volk dürfe nicht involviert werden. Das sollen die bösen Banken, das soll die böse Wirtschaft erledigen, aber bitte nicht das liebe Volk. In einer direkten Demokratie kann sich das Volk vor seiner Verantwortung nicht drücken, sich verabschieden und sagen: die bösen Banken – das liebe Volk. Wir alle sind das Volk. Wir alle haben profitiert. Wir alle sind verschont geblieben, und somit müssen wir alle Verantwortung übernehmen.

Das gilt auch noch für die zweite, dritte, vierte, fünfte Generation, denn die vierte, Herr Brunner Toni, sitzt ja bereits hier. Sie könnten, streng genommen, mein Enkel sein. Was geht Sie die Geschichte des Zweiten Weltkrieges an? Ich glaube, eine ganze Menge. Die heutige Generation, Ihre Generation, die Zukunft dieses Landes, ist in einer ganz anderen Welt aufgewachsen, in einer Welt des ungebremsten Überflusses, für die diese Epoche längst vergangene Geschichte ist, etwas, das halt in den Geschichtsbüchern steht.

Ich bitte Sie nun trotzdem, mit Ihrer Generation darüber zu reden; darüber, dass auch sie sehr wohl wieder anfällig werden könnte für totalitäre Ideen. Einen Vorgeschmack davon haben wir bereits, beispielsweise mit gewissen Sekten und Jugendgruppen, die sich einer Jugend bemächtigen wollen, die bisher alles haben konnte, was sie wollte, die nie ein Nein gehört hat, die nie «marschieren» musste. Solche faschistischen oder auch totalitären Ideen können eine gewisse Faszination gerade auf junge Menschen ausüben – und deshalb wende ich mich an Sie, damit auch Sie wachsam bleiben.

Der Friede ist nie endgültig gesichert – darum geht es doch schliesslich, auch hier drinnen und heute. Diese Sache wird uns noch sehr lange beschäftigen. Aber es lohnt sich.

Keller Rudolf (D, BL): Als Zentralpräsident der Schweizer Demokraten gebe ich namens unserer Partei folgende Erklärung ab:

Momentan wird unser Land und wird insbesondere unsere «Zweit-Weltkriegs-Generation» mit einer beispiellosen internationalen und nationalen Dreckkampagne, deren weiteste Teile unseres Volkes überdrüssig sind, durch den Schmutz gezogen, beschimpft und schlechtgemacht. Der SD ist es deshalb vorrangiges Anliegen, der Aktivdienstgeneration des Zweiten Weltkriegs zu danken. Sie hat unser Land unter grössten Entbehrungen vor einem Krieg bewahrt. Vor allem dank unserer abwehrwilligen Armee unter Führung unseres Generals Guisan und dank einer geschickten Neutralitätspolitik unter schwierigsten Bedingungen blieb die Schweiz vor direktem Krieg und Zerstörung verschont. Wenn mehr als 95 Prozent der damaligen Bevölkerung Widerstand gegen die Nazis geleistet haben, geht es nicht an, nun, über fünfzig Jahre später, ein ganzes Volk mit Vorwürfen zu überschütten.

Unser Land hat damals sehr viele Flüchtlinge aufgenommen, auch jüdische. Wir müssen kein schlechtes Gewissen haben, denn die meisten anderen Länder, inklusive die Vereinigten Staaten von Amerika, waren damals nicht bereit, jüdische Flüchtlinge in so grosser Zahl aufzunehmen wie wir – gemessen an der Grösse unseres Landes. Warum wird diese Tatsache nicht hinterfragt? Weshalb antworteten die englischen Parlamentarier Janner, Hunt und Ford unlängst auf eine Journalistenfrage, ob auch der Einstellung und Haltung gegenüber jüdischen Flüchtlingen in Grossbritannien und den USA nachgegangen werde, mit nein?

Wir werden es nicht zulassen, dass in einer Art Kollektivschuldenerkennung Steuergelder oder der Öffentlichkeit gehörendes Volksvermögen für einen Fonds oder eine Stiftung ausgeschüttet werden. Die Plünderung des Schweizer Nationalbankgoldes kommt für die Schweizer Demokraten ebenso wenig in Frage, wie eine Neuschreibung der Geschichte, weil einige wenige Profiteure und Anpasser damals nicht Wi-

derstand geleistet haben. Wir haben gedacht, dass die totalitären Zeiten vorbei seien, wo ein Volk einer Kollektivschuld bezichtigt wird. Heute hat sich die Schweiz für nichts zu entschuldigen. Die Schweizer Demokraten sind aber der Meinung, dass jedes Opfer dieses grausamen Krieges ein Opfer zuviel war und dass sich solches nicht mehr wiederholen darf.

Bundesrat Obrecht hat am 16. März 1939, unmittelbar nach dem Anschluss Österreichs ans Reich, folgendes gesagt: «Wir Schweizer werden nicht zuerst ins Ausland wallfahrten gehen.» Unsere heutigen Bundesräte und einige Damen und Herren aus diesem Hause sollten sich dies zu Herzen nehmen und unser Land nicht im Ausland verkaufen, sondern mit mehr Rückgrat für unsere Heimat einstehen.

Ende letzten Jahres stimmten wir SD-Nationalräte wie auch alle anderen Parlamentarier dafür, dass einige dunkle Punkte aus dem Zweiten Weltkrieg erhellt und allfällig noch vorhandene Guthaben aus dieser Zeit den Anspruchsberechtigten zurückgegeben werden sollten. Damals wurde festgehalten, dass erst – und nur eventuell – Handlungsbedarf besteht, nachdem die eingesetzten Kommissionen ihre Arbeit getan haben. Wir können daher die voreiligen und unzähligen Kniefälle und die vielen manipulierten Umfragen der letzten Zeit nicht akzeptieren.

Carobbio Werner (S, TI): La questione delle vittime dell'Olocausto, dei loro averi, del ruolo della Svizzera, così come la proposta di costituzione di una fondazione di solidarietà suscitano in me reazioni contrastanti, di preoccupazione e rincredimento da un lato, di moderata soddisfazione e speranza dall'altro.

Una reazione di preoccupazione per le conseguenze, non solo per l'immagine del Paese, ma anche per il suo ruolo nel mondo. Si pensi solo ai rischi a cui ha esposto il Paese la piazza finanziaria, rifiutando per anni di assumere le sue responsabilità verso gli eredi delle vittime dell'Olocausto. Rischi che potrebbero, purtroppo, essere pagati dalla collettività. Basta riflettere un attimo sulle conseguenze finanziarie e economiche della costituzione da parte delle grandi banche di immensi accantonamenti per rischi, per di più magari anche deducibili fiscalmente.

Una reazione di rincredimento per il ritardo con il quale è stata affrontata la riflessione sul ruolo della classe dirigente di allora, economica, finanziaria e politica, non certo sempre limpido e cristallino, sulla politica verso i rifugiati ebrei, sull'antisemitismo di allora. E per il rischio di coinvolgere tutti in una specie di responsabilità collettiva, anche coloro – i militi inviati al fronte ad esempio – che erano pronti a difendere questo Paese e che non solo non hanno fatto affari con i nazifascisti, ma li hanno apertamente combattuti e si sono schierati senza esitazioni dalla parte delle vittime di quelle ideologie, e dietro le cui spalle altri hanno avuto atteggiamenti di disponibilità con i nazisti. Tanto più che in questo Paese c'è pur stato, in passato, chi sollecitava tale riflessione e non ha mai accettato il cliché ufficiale sul ruolo del nostro Paese in quegli anni tragici, denunciando le connivenze di certi settori economici e il ruolo ambiguo della piazza finanziaria. Ma purtroppo le loro critiche sono state spesso snobbate, quando non sono stati tacciati di antipatrioti o denigratori del Paese.

Una reazione di moderata soddisfazione perché finalmente tale riflessione sembra essere partita. Le ultime iniziative del Governo, in particolare la proposta della costituzione della fondazione di solidarietà, così come la costituzione della commissione Bergier costituiscono un contributo in tale direzione.

Una reazione di speranza che ora inizi una seria riflessione sulla politica verso i meno fortunati nel mondo, ma anche all'interno del Paese, non solo rispetto agli anni tragici della Seconda Guerra mondiale, ma anche di questi ultimi anni. Rispetto a questioni, ad esempio, come i capitali in fuga dai paesi del terzo mondo che giacciono sempre nelle nostre banche, rispetto alla nostra politica attuale verso i rifugiati, rispetto alla messa in discussione della socialità e della solidarietà.

Ma perché tutto ciò diventi realtà, patrimonio di tutto il Paese, ci sono alcune condizioni che secondo me devono essere soddisfatte, e in fretta.

La prima è che l'offerta di fondi per le vittime dell'Olocausto e dei mezzi per la fondazione di solidarietà non devono servire in nessun caso a mettere in pace la coscienza. La revisione storica del ruolo dei gruppi dirigenti di allora va portata avanti senza esitazioni e senza pudori – e io ho fiducia nella commissione Bergier. La denuncia, anche oggi, degli atteggiamenti antisemiti, deve essere ferma e senza remore.

La seconda condizione è che sia fatta una distinzione chiara tra fondi per le vittime dell'Olocausto – i 275 milioni di franchi –, che devono essere assunti come responsabilità storica, morale prima e finanziaria poi, da chi ha fatto i propri affari in quegli anni, e la fondazione di solidarietà. Il che non è risultato abbastanza chiaro, ad esempio, nel discorso del presidente della Confederazione.

La terza condizione riguarda la fondazione di solidarietà stessa. Una proposta che sarebbe assurdo respingere, non fosse altro che per quanto implicitamente ammette e per le possibilità che offre. La proposta è implicitamente un riconoscimento delle lacune della politica di solidarietà svizzera verso i popoli diseredati del mondo, ma anche delle insufficienze della politica verso chi ha bisogno in Svizzera.

Per finire è l'ammissione che abbiamo comunque i mezzi per una politica diversa. Per intanto la proposta è solo un contenitore. Occorre quindi riempirlo, chiarendo che la fondazione non servirà a indennizzare chi non ha ricevuto di ritorno i propri averi depositati nelle banche, poi precisando che non vuole essere in nessun caso un diversivo rispetto alla necessità di mantenere e potenziare la nostra politica sociale, e infine definendo chiaramente i beneficiari di quegli aiuti e l'utilizzazione dei mezzi messi a disposizione all'estero come in Svizzera. Solo a queste condizioni, ne sono convinto, la proposta della fondazione può raccogliere un consenso nel Paese e costituirà un momento positivo nel ripensamento della nostra politica di solidarietà in Svizzera e all'estero.

Bührer Gerold (R, SH): Die Vergangenheit ist niemals tot, sie ist nicht einmal vergangen. Es gehört deshalb zu unseren Tugenden, sich auch mit diesem Kapitel unserer jüngeren Geschichte auseinanderzusetzen. Es gehört aber auch zu den Tugenden – gerade für uns als Vertreter der Nachkriegsgeneration –, sich bei dieser Auseinandersetzung an Sachlichkeit und Ausgewogenheit zu orientieren. «Wir müssen darauf verzichten, unsere Fortschrittlichkeit damit beweisen zu wollen, dass wir alles für scheusslich halten und mit Füßen treten.» Dieser Ausspruch einer der bekanntesten zeitgenössischen Philosophinnen unseres Landes liegt zwar beinahe zwanzig Jahre zurück. Die Parallelen zu heute sind aber offenkundig. Damals wie heute scheinen wir nach einer Phase einer gewissen Selbstüberschätzung in den Bann von Selbstzweifel, Negativismus und Verängstigung gezogen. Das Hauptproblem bezüglich unserer Rolle im Zweiten Weltkrieg ist – von profilsüchtigen Politikern im Ausland einmal abgesehen – nicht das Ausland, sondern mir scheint, das sind wir selbst. Wir, die uns seit längerem einer an Selbstzerfleischung grenzenden Diskussion ergeben haben.

Sicherlich, unsere Offenheit und unser Respekt vor der Geschichte machen es erforderlich, neue Fakten aufzuarbeiten. Der Respekt vor der Geschichte heisst aber auch, der Versuchung nicht zu unterliegen, aus der heutigen Warte heraus wegen dunkler Flecken, die es zweifellos gab und die es nicht zu beschönigen gilt, die eindruckliche Leistung von Bevölkerung und Armee zu vermiesen. Für mich als Vertreter der Nachkriegsgeneration verdient die enorme Opferbereitschaft der Aktivdienstgeneration nach wie vor ganz grossen Respekt. Aus dieser Sicht heraus verdienen die Ausführungen des Bundespräsidenten unsere volle Unterstützung. Diese Erklärung des Dankes des Bundesrates war fällig, und auch die Aufforderung, die Aufarbeitung der Geschichte nicht für parteipolitische Zwecke zu missbrauchen, verdient unsere volle Unterstützung.

Wir dürfen es nicht zulassen, dass aus einer «zeitgeistigen» Beurteilung heraus Zerrbilder konstruiert werden, mittels de-

nen unsere berechtigten Landesinteressen und unsere berechtigten wirtschaftlichen Interessen leichtfertig geopfert, ja durch Exponenten im Ausland sogar zerredet und mit Schanden bedacht werden.

Vielmehr, meine ich, muss es doch das höchste Ziel dieser Auseinandersetzung mit der Geschichte sein, die Lehren daraus für uns und die zukünftigen Generationen zu ziehen. Die Lehren könnten sein: mehr Mut für Werte wie Freiheit und Menschenwürde zu haben, uns gegen Tendenzen des Rassismus einzusetzen, aber auch Kraft und Stärke zu haben, unsere Werte zu verteidigen.

Mit Geld kann man zweifellos die Geschichte nicht einfach quasi abgelden. Dennoch begrüssen wir die Anstrengungen der Banken, der Nationalbank und der Wirtschaft zu diesem grossen Werk, zu diesen grossen finanziellen Leistungen. Zu begrüssen ist auch die Bereitschaft des Bundesrates, die Handhabung der nachrichtenlosen Vermögen künftig so zu regeln, dass wir damit nicht länger weltweit Kritik ernten müssen.

Es ist auch im Grundsatz zu begrüssen, dass wir mit der Absicht, eine Institution zugunsten humanitärer Zwecke im In- und Ausland zu schaffen, die Diskussion wieder mehr von der Vergangenheit in die Zukunft lenken. Ich bin überzeugt davon, dass uns diese Auseinandersetzung letztendlich stärken wird. Seitens des Bundesrates ist mehrfach betont worden, dass diese Idee zur Diskussion gestellt wird. Ich meine, dass wir als Parlament eine hohe Verantwortung haben, hier mitzutragen und an dieser Idee mitzuarbeiten, damit sie vor Volk und Ständen mehrheitsfähig wird.

Die Konzeption, so, wie sie uns vorgestellt worden ist, ist an und für sich technisch zweifellos machbar; aber diese Vorlage kann nicht nur im Ökonomisch-Technischen begründet werden, sie muss auch vor den Emotionen der Bevölkerung, die darüber abstimmt, Bestand haben. Ich meine, dass wir nicht einfach im technokratischen Sinne die Emotionalität ausklammern können. Ich meine, dass wir, um die innenpolitische Akzeptanz für diese entscheidende Abstimmung gewinnen zu können, bezüglich der Zwecksetzung, aber auch bezüglich der finanzpolitischen und notenbankpolitischen Problemstellung aufgefordert sind, im konstruktiven Sinne über die Bücher zu gehen.

Lassen Sie mich nochmals deutlich machen: Die Idee des Bundesrates ist positiv zu bewerten. Wir wollen im konstruktiven Sinne daran mitarbeiten. Ich bitte Sie jedoch, Skepsis betreffend das Wie nicht dem ewigen Neinsagen gleichzusetzen. Wer dies tut und derartige innen- oder finanzpolitische Bedenken einfach unter den Tisch wischen will, tut dieser Vorlage einen schlechten Dienst. Die negativen Folgen einer Ablehnung durch Volk und Stände in dieser Frage wären derart gravierend, dass die Suche nach dem besten Weg eine politische Aufgabe ersten Ranges des Parlamentes und des Bundesrates ist.

Engler Rolf (C, AI): Erlauben Sie mir, von Erfahrungen und persönlichen Empfindungen der letzten 18 Monate bei der Behandlung dieses Themas zu sprechen. Was mir angst macht, ist sicher, dass wir heute, ebenfalls isoliert, gleich reagieren wie vor fünfzig Jahren. Wir rollen uns bei jeder Bedrohung ein, stellen die Stacheln und machen den Igel. Was mich bewegt, ist der offenkundige Mangel an Mass und Sensibilität. Abwehrreflexe und Buchhaltermentalität bedrohen eine unvoreingenommene Aufarbeitung der Geschichte. Wir wissen, dass es neben sehr viel Positivem auch schwarze Punkte gibt. Diese zu verdrängen bedeutet keine Stärke, sondern Schwäche. Es ist falsch, wenn wir beschönigen. Wir müssen uns der Probleme bewusst werden.

Lassen Sie mich einige Pannen benennen, die zeigen, wie wenig wir uns der Probleme bewusst sind. Als es in der Kommission für Rechtsfragen die parlamentarische Initiative Grendelmeier zu behandeln galt, wurde als Verlegenheitslösung eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Als im Ständerat im Dezember 1995 die Motion Piller zur Abstimmung gelangte, gab es im Saal eine «Starbesetzung» von 10 Ständeräten. Das Abstimmungsergebnis war mit 6 zu 4 Stimmen ein Zufallsergebnis. Als es dann für die Arbeitsgruppe galt, einen Bundes-

beschluss auszuarbeiten, waren weder das EDA noch das EJPD wirklich zur Stelle und hilfsbereit. Als es später darum ging, für die Kommission Bergier einen Kredit zu sprechen, kam es im Mitberichtsverfahren zu Indiskretionen bezüglich Kredithöhe. Auch bei der Ernennung des Präsidenten der Historikerkommission gab es nur Probleme.

Ich übergehe die Probleme der Banken – der SBG – und möchte zu den Höhepunkten der Insensibilität, des zu geringen Bewusstseins kommen: zur Rede des damaligen Bundespräsidenten Delamuraz und zur Aktennotiz von Herrn Jagmetti. Dies alles belegt, wie wenig bewusst wir uns der Probleme sind. Der Weg von Fettnapf zu Fettnapf, der Mangel an Mass und Sensibilität wird damit belegt. Er zeigt, dass der Bundesrat keine Zeit für das Wesentliche hat. Er wird durch die alltägliche Arbeit, durch den Drang nach Erledigung der Arbeit eingedeckt. Auch das Lösungsmittel, das Lösungsmittel, ist wiederum ein typisches, nämlich das Geld. Natürlich steht auch auf meiner CVP-Flagge das Wort «Solidarität» neben dem Wort «Subsidiarität». Natürlich bin ich damit einverstanden, dass wir finanzielle Mittel zur Verfügung halten und die Opfer wenigstens mit Geld befriedigen. Aber neben diesen finanziellen Fragen – diese drohen sogar, die Analyse zu verstellen – gibt es einen wesentlicheren Blick. Die historische Abklärung und die Hilfe in einzelnen Härtefällen, die wir noch lösen können, stehen zwar im Vordergrund, aber daneben gibt es doch Fragen, die wir heute beantworten müssen.

Welcher Ethik ist unsere heutige Politik verpflichtet? Sollen die Banken Fluchtgelder entgegennehmen? Wie verhalten wir uns gegenüber Staaten, die die Menschenrechte verletzen? Was geschieht mit Geldern, die heute nachrichtlos werden? Nicht zahlen, sondern hinterfragen ist die Chance unserer Zeit!

Der Einbezug der Ethik in die Politik ist die Möglichkeit, den Schaden der Zukunft zu mindern, denn der kurzfristige, ungerechte Profit ist der Verlust der Zukunft, des aufrechten Ganges. Diesen müssen wir wiedergewinnen, und nicht den Gang in Sack und Asche. Masshalten und Sensibilität beruhen auf Sachkunde. Gehen wir die Abklärungen an, sachlich und gerecht!

Schmied Walter (V, BE): Ces derniers temps, la Suisse s'est littéralement vue aspirer malgré elle dans la tourmente d'un débat international. Actuellement, elle est mal ressentie. Elle a donc le devoir d'agir, d'être imaginative, de se surpasser en vue de briser la fausse image que l'on se fait d'elle à l'étranger. Mais elle ne saurait le faire qu'en restant fidèle à elle-même, en progressant avec distinction et sincérité. Faisons aussi preuve de cette modestie qui, en définitive, lui sied si bien. Notre pays ne dispose pas du droit à l'erreur, moins en raison de son passé historique qu'en regard de l'incohérence des discours qui, de la Coupole fédérale, sont dispersés à tous vents vers les autres continents. Les conclusions du discours tenu le 5 mars dernier à cette tribune même ou, précisément, les 7 milliards de francs suisses tirés miraculeusement d'un chapeau par le président de la Confédération ne sont pas étrangers à la nouvelle crise programmée dont les conséquences risquent d'être plus graves que les critiques et menaces que nous venons de vivre.

La raison en est fort simple. Depuis une dizaine de jours, la Suisse est devenue l'otage d'elle-même sous l'effet d'une erreur stratégique commise par le Conseil fédéral. Le faux pas commis par notre exécutif suprême est d'autant plus regrettable que notre pays était précisément en passe de se défaire de l'étreinte extérieure, notamment grâce aux actions privées ayant conduit à la création d'un fonds d'indemnisation de 250 millions de francs, alors que la commission Bergier n'a pas encore déposé ses conclusions.

La stratégie choisie par le Conseil fédéral reste donc incompréhensible. Il s'avère aujourd'hui déjà que les conséquences seront désastreuses, quelle que soit l'attitude du peuple face à l'idée du Conseil fédéral. J'en veux pour preuve les importantes erreurs commises, à savoir:

1. Le Conseil fédéral ne détient pour l'instant aucune réponse aux questions relatives aux conséquences directe-

ment liées au financement de ladite fondation. A l'évidence, un délai de deux jours ne lui aura pas suffi pour étudier et pour vérifier un dossier fort complexe.

2. Une fois son projet divulgué, le Conseil fédéral se félicite d'avoir su le garder secret. Une telle attitude témoigne de sa volonté de forcer la main au peuple et au Parlement. La stratégie retenue met la population devant le fait accompli. La surprise suscitée au sein de la population et les espoirs nés à l'étranger devaient empêcher le Parlement d'aborder les questions de fond. La fuite en avant devait constituer la seule issue possible. De ce fait, le Conseil fédéral conteste au peuple la liberté du choix face à l'idée avancée.

3. A l'évidence, le Conseil fédéral ne s'est pas du tout préoccupé du sort qui sera réservé à notre pays au cas où le peuple s'aventurerait à refuser l'idée, ni des séquences internes dont il sera, lui seul, rendu responsable. Sans se soucier autrement de ces aléas, il devra obligatoirement organiser une votation populaire qui, à n'en pas douter, va diviser le peuple en 1998, année du 150^e anniversaire de la constitution.

4. Le Conseil fédéral l'affirme, la création d'une fondation de 7 milliards de francs ne coûtera rien au peuple. Il donne ainsi une image faussement hypocrite de la Suisse aux regards du monde, confirmée déjà par le «New York Times» qui parle péjorativement d'une manœuvre financière astucieuse des Suisses. En fait, il veut disposer d'une partie de la fortune du peuple et dont le produit de 350 millions de francs ne figurera ni dans les comptes, ni au bilan de la Confédération. Ces montants échapperont aux statistiques des sommes versées annuellement en faveur de l'aide humanitaire dont le ratio se calcule justement en fonction du produit national brut.

Le constat suivant s'impose donc. Animé par un excès de zèle, le Conseil fédéral, au nom de la Suisse, s'est aventuré à vendre une idée ressentie dans le monde comme une décision formelle, alors qu'il ne s'agit en fait que d'une démarche n'ayant fait l'objet d'aucun débat. Nous nous prononcerons en temps utile sur le fond de la question. Si la Suisse veut réellement discuter de l'opportunité de créer une fondation telle que celle demandée par une interpellation urgente des Verts, elle en discutera, le moment venu, sereinement et en toute liberté, mais non pas sous la contrainte du contexte international, ni même sous celle du Conseil fédéral. Morale de l'histoire – et que M. Villiger, conseiller fédéral, me pardonne: il est plus facile de se procurer trois dizaines de F/A 18 que de se défaire de la couverture en or garantissant la valeur des billets édités par la Banque nationale suisse.

Si cet or dont la valeur figure au bilan devait être réévalué un jour, l'exercice devrait alors servir à rembourser les dettes que la Confédération a inscrites à son bilan. L'idée de créer une fondation reste une autre histoire. L'antisémitisme, lui, se combat en accordant à la communauté israélienne de Suisse un droit qui lui revient de fait, celui de vivre leur foi en étant au bénéfice de la reconnaissance de droit public, au même titre que les églises nationales de ce pays. Le canton de Berne l'a compris. Le canton de Berne a accordé cette reconnaissance de droit public à la communauté israélienne. D'autres cantons sont invités à en faire autant.

Scherrer Werner (–, BE): Vor nicht gerade zahlreichem Publikum hier im Rat gestatten Sie, dass ich als Vertreter der christlichen Partei EDU nicht den Bundesrat irgendwie verurteilen oder «anschiessen» möchte. Denn er kann ja heute machen was er will, es ist nicht recht. Bundesrat möchte ich auf alle Fälle nicht sein. (*Heiterkeit*)

Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen zwei Bibelworte zitieren, welche als geistliche Grundlage zur Aufarbeitung und Bewältigung der anstehenden Probleme für uns alle – ich betone, alle – begleitend sein sollten:

1. Als Schlüsselwort zur wirklichen Bewältigung jeglichen Antisemitismus gab Gott selbst an Abraham, den Stammvater der Juden, in 1. Mose 12 Vers 3 folgende Verheissung: «Ich will segnen, die dich segnen, und verfluchen, die dich verfluchen; und in dir sollen gesegnet werden alle Geschlechter auf Erden.»

2. Ein weiteres Bibelwort steht in Sprüche 14 Vers 34 und ist auch sehr wichtig: «Gerechtigkeit erhöht ein Volk; aber die Sünde ist der Leute Verderben.»

Das Volk der Juden ist das Volk der Verheissung. Das beste Mittel gegen jede Form von Antisemitismus sind nicht die auch hier vorgebrachten zahlreichen Rezepte menschlicher Erwägungen, sondern das ist, die Juden zu lieben, sie zu segnen und für sie zu beten. Das Kernproblem heute ist nämlich nicht die Frage «Wir Schweizer und der Krieg» oder «Wir Schweizer und die Aufarbeitung der Probleme», sondern «Wir Schweizer und das jüdische Volk».

Bundesrat und Parlament haben jetzt und in naher Zukunft drei Schwerpunkte zu setzen. Sie haben Recht und Gerechtigkeit zu setzen; sie haben bei den Betroffenen Wiedergutmachung zu leisten, und – das scheint mir ebenso wesentlich – sie haben die Zukunft semitisch und nicht antisemitisch zu gestalten.

1. Recht und Gerechtigkeit setzen heisst, unser Volk von allen Schlingen begangener Schuld zu lösen. Die eingesetzten Kommissionen Volcker und Bergier muss man jetzt arbeiten lassen. Verfehlungen von einzelnen Banken und Beamten sollen ohne Ansehen von Personen und Organisationen ans Tageslicht kommen, und Unrecht muss gesühnt werden. Besonders die Handlungen der Grossbanken sind schonungslos aufzudecken.

2. Die Wiedergutmachung bei Betroffenen ist der zweite Pfeiler unserer Bemühungen. Die Mittel des Fonds für die nachrichtenlosen Vermögern – heute 265 Millionen Franken – sollen den wirklichen Opfern in Israel zur Verfügung gestellt werden. In Israel leben nach Schätzungen heute noch etwa 300 000 Personen, welche den Holocaust direkt miterlebt haben. Davon – das ist von Bedeutung – sind 30 000 bis 50 000 Personen psychisch und physisch geschwächt oder geschändet, und viele davon leiden noch an den in den Konzentrationslagern erlittenen Traumata. Organisationen wie z. B. die Amcha – dem Aussenminister ist diese Organisation bekannt – sollten massiv unterstützt werden.

3. Die schweizerische Zukunft – das ist mein drittes Anliegen – muss semitisch gestaltet werden; das ist eine grosse Herausforderung. Dazu gehört die Bekämpfung jeder Form von Antisemitismus. Unsere Regierung muss jedoch auch die Existenz Israels, mit Jerusalem als Hauptstadt, politisch und wirtschaftlich unterstützen. Gemäss den göttlichen Verheissungen kehren jetzt die Juden in ihre Heimat zurück. Wer diese Entwicklung verhindert, treibt gefährlichen Antisemitismus.

Dem Bundesrat wünsche ich viel Weisheit in der Bewältigung der komplexen Fragen, und ich empfehle ihm die Lektüre und das Studium des Prophetenbuches Sacharja. Dort stehen nämlich wichtigere Dinge als die Kommentare unserer Medien.

Scherrer Jürg (F, BE): Die meisten Voten von heute morgen laufen auf eine Demontage des Selbstbewusstseins und des Nationalstolzes des Schweizervolkes hinaus. Die Worte «Rassismus» und «Antisemitismus» wurden schon so häufig in den Mund genommen, dass jetzt klar ist, warum im Jahre 1994 das Rassismugesetz im Volk unbedingt durchgepeitscht werden musste. Alles war sorgfältig geplant und eingefädelt.

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Wenn sich herausstellt, dass auf Schweizer Banken Gelder von jüdischen Familien liegen, dann gehören diese Gelder diesen jüdischen Familien oder deren Nachkommen. Darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Weitergehende Zahlungen aber, die zu Lasten des Volksvermögens gehen, sind nicht gerechtfertigt. Es gibt in diesem Fall keine Sippenhaft, und es gibt jetzt und heute, 52 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, nichts aufzuarbeiten. Dies ist lediglich ein Versuch, jetzt das zu erreichen, was Kommunismus und Sozialismus in der Vergangenheit nicht geschafft haben.

Unsere Vorfahren haben vor und während des Zweiten Weltkrieges, vom Feind eingeschlossen, das einzig Richtige getan: Sie haben geschaut, dass sie halbwegs zu Rande kamen, um nicht in den Krieg verwickelt zu werden. Sie haben

es mit Intelligenz und Umsicht und unter Aufwendung der damals zur Verfügung stehenden Mittel geschafft, die Schweiz aus dem Krieg herauszuhalten; das ist eine wichtige Feststellung. Es gibt nämlich bei dieser ganzen Verurteilung unserer Vorfahren eine Seite, die noch niemand beleuchtet hat: Was wäre geschehen, hätte sich die Schweiz von Hitler einnehmen lassen, hätte sie kapituliert? Was wäre dann mit den in der Schweiz lebenden Juden geschehen? Die Juden, die in der Schweiz ihren sicheren Hort hatten, wären bei einer Besetzung durch Hitler deportiert und ins KZ verfrachtet worden, wie die Juden im übrigen besetzten Europa! Statt über unsere Vorfahren herzuziehen, sie zu verurteilen und vermeintliche Busse zu tun, wäre es an der Zeit, die positiven Leistungen der Generation des Zweiten Weltkrieges einmal gebührend zu würdigen.

Aber heute ist das natürlich einfach; heute weiss man ja, dass im Jahre 1945 auch die Schweiz von den Alliierten befreit worden und alles wieder in Ordnung gewesen wäre! Heute ist es für die Kritiker ein leichtes, über die Vergangenheit zu richten. Aber besonders die Sozialisten sollten mit der Verurteilung der damaligen Schweiz ein bisschen vorsichtiger sein. Sie, die heutige Generation der Sozialisten, wären nämlich vermutlich die ersten gewesen, die mit Hitler ein Abkommen geschlossen hätten, um die eigene Haut zu retten, sie, die zu Zeiten des Eisernen Vorhanges in die DDR und nach Rumänien gepilgert sind, um den dortigen Gewaltherrschern zu hofieren. Wie sagen doch die Indianer: Sie reden mit gespaltenen Zunge.

Die Idee des Bundesrates, einen Solidaritätsfonds einzuführen, ist nur unter heftigstem Druck ausländischer Politiker und ausländischer Organisationen zustande gekommen. Das wäre nicht nötig gewesen. Aber es beweist eines, und das ist traurig: Die Schweiz ist erpressbar geworden.

Ruf Markus (D, BE): Ich spreche für eine knappe Minderheit der demokratischen Fraktion und kann in der kurzen Redezeit leider nur stichwortartige Bemerkungen anbringen.

Der überwiegenden Mehrheit des Schweizervolkes, die sich während des Zweiten Weltkrieges mit Mut, Widerstandswille und Opferbereitschaft entschlossen für die Unabhängigkeit und Freiheit unseres Landes einsetzte, gebührt ohne jeglichen Zweifel die höchste Anerkennung der nachfolgenden Generationen. Auch heute können wir alle nur dafür danken, dass die Schweiz vom furchtbarsten aller Kriege verschont blieb und ihre demokratischen Werte erhalten konnte.

Aus geschichtlicher Distanz über die damals und später leider ebenfalls vorhandenen Schattenseiten im Verhalten der offiziellen Schweiz oder einzelner Kreise zu urteilen, ist leicht. Wie man selbst in der gleichen Situation, umgeben von einem mörderischen Regime und um das Überleben bangend, gehandelt hätte, bleibt eine Hypothese.

Trotzdem sind aus den bekannten Fehlern die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Die Fakten sind umfassend zu erhehlen und zu würdigen. Begangenes Unrecht ist wiedergutmachen, offene Rechtsansprüche sind zu erfüllen. Der Spezialfonds für Holocaust- und Schoah-Opfer und die eingesetzten Expertenkommissionen werden dazu beitragen.

Die vorgeschlagene Stiftung für Solidarität ist unseres Erachtens, vorbehaltlich ihrer detaillierten Ausgestaltung, im Grundsatz zu begrüßen und prüfungswert. Die Schweiz könnte damit auch im Inland vielen Bedürftigen beistehen und im Ausland mit diesem beispielhaften Tatbeweis ihrer traditionellen Solidarität um so glaubwürdiger als unabhängiger, neutraler Staat auftreten und gegebenenfalls vermittelnd wirken. Die Stiftung bedeutet keine Schuldanerkennung irgendwelcher Art und darf nicht als solche verstanden werden.

Ich danke Herrn Bundespräsident Koller für seine weisen staatsmännischen Worte zu diesem heiklen Thema. Im Hinblick auf die Volksabstimmung im Jubiläumsjahr 1998 ist nun zweifellos eine sachliche Diskussion unerlässlich. Die Chancen einer Zustimmung durch Volk und Stände dürften steigen, wenn der Fonds so ausgestaltet wäre, dass er mehrheitlich im Inland wirken würde.

Ich ersuche Sie, bei den vorliegenden Vorstössen den Anträgen des Bundesrates zu folgen.

Schluer Ulrich (V, ZH): Der Beschluss, eine Historikerkommission ohne irgendwelche Einschränkungen forschen zu lassen, ist bekanntlich einstimmig gefallen. Man hat heute den Eindruck, der Zeitbedarf für diese Arbeit sei nicht besonders gross, sind doch mehrere Exponenten dieser Kommission ständig landauf, landab unterwegs, um uns ihre Sicht der Dinge darzulegen. Man vernimmt dabei immer wieder jene Anklagen und Pauschalvorwürfe, die Schweiz habe nur dank Hehlergeschäften den Zweiten Weltkrieg überstanden, die Armee – allenfalls noch ein Männertraum – sei von untergeordneter Bedeutung gewesen.

Als Historiker sind diese Experten immerhin der Auffassung, man müsse für diese Ansicht auch gewisse Beweise liefern. Es wird dann jeweiligen der Reichsbankpräsident und damalige Reichswirtschaftsminister Walther Funk zitiert, der im Jahre 1942 gesagt haben soll, ohne den Schweizer Finanzplatz wäre das Deutsche Reich allenfalls noch zwei Monate überlebensfähig gewesen. Diese Aussage gilt als Beweis!

Welch wissenschaftlicher Dilettantismus kommt da zum Ausdruck! Da ist eine Aussage einer einzigen Person, und die soll das gesamte Verhältnis eines kriegführenden Staates der Schweiz gegenüber charakterisieren, und zwar für sechs Jahre! Es gab damals im übrigen noch viele ähnliche Aussagen. Es gab selbst im damaligen Deutschland, besonders als der Russlandfeldzug begonnen hatte, Leute, denen bewusst war, dass dieses Land diese Last nicht gegen den Willen der ganzen Welt würde tragen können. Nur hatten all diese Warner – und auch Herr Funk – keinen Einfluss auf jenen, der in seinem Wahnwitz den «totalen Krieg» gegen die Welt führen wollte – das war doch das Entscheidende im Zweiten Weltkrieg. Das müssten selbst Historiker einmal zur Kenntnis nehmen.

Wenn wir die öffentlichen Auftritte der Exponenten dieser Kommission verfolgen – ich meine die schweizerischen Exponenten; vom Präsidenten, dessen Kapazität als Historiker unbestritten ist, abgesehen; die ausländischen Kommissionsmitglieder kann ich weniger beurteilen, stellen wir bedenklliche Einseitigkeit fest. Man fragt sich, weshalb der Bundesrat gerade diese personelle Auswahl getroffen hat. Bis hin zu jenem hanebüchernen Unsinn, den wir am Fernsehen von Herrn Professor Tanner vernehmen konnten, dass das Réduit eine Geste der Demut gegenüber Hitler gewesen sei. Ich frage mich: Werden wir demnächst auch noch mit der Behauptung konfrontiert, die Schweiz sei nur deshalb verschont worden, weil die deutsche Wehrmacht nicht in der Lage gewesen sei, die Raffiniertheit der «Verpackung» dieses Geschenkes zu erkennen?

In dieser Kommission gibt es Leute, die wollen offenbar mit diesem Land abrechnen. Sie haben eine Abrechnung vorzunehmen.

Ich glaube, der Bundesrat ist eine Erklärung schuldig, weshalb er die personelle Auswahl gerade so getroffen hat, wie er sie getroffen hat, weshalb er Alternativvorschläge nicht berücksichtigt hat. Ich denke an den Guisan-Biographen Gautschi, an Professor Schaufelberger, an Dr. Fuhrer, an Klaus Urner: Historiker, die wahrhaft etwas wissen über die Zeit des Zweiten Weltkrieges. Sie wurden auch vorgeschlagen. Da besteht Rechtfertigungsbedarf von seiten des Bundesrates, wenn er ein Waterloo vermeiden will, wenn er dann mit seiner Stiftung vors Volk treten muss.

Der Bundesrat aber pflegt zu schweigen, zu beschwichtigen, zu versprechen.

Wir haben die Goodwill-Tour von Aussenminister Cotti nach New York verfolgt. Und wir haben gleichzeitig am Schweizer Fernsehen verfolgt, was von jenem Partner gesagt wurde, mit dem die Schweiz gemeinsam eine Pressekonferenz gegeben hat. Ich meine Herrn Edgar Bronfman, den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses. Auf der zweiten Fernsehkette war am 9. März von ihm (in der Übersetzung des Schweizer Fernsehens) zu hören, die Schweiz sei ein freiwilliger Verbündeter der Nazis gewesen, der mit der Asche des Holocaust Geld verdient habe. Diese Aussage war am Schweizer Fernsehen von Herrn Bronfman zu hören!

Ich bin der Auffassung: Da müsste der Bundesrat handeln. Wenn er zu einer gemeinsamen Pressekonferenz schreitet,

müsste er diesen Herrn dazu auffordern, sich für diese unerhörte Beleidigung zu entschuldigen – eine unerträgliche Beleidigung einer Generation gegenüber, die vieles für dieses Land geleistet hat.

Ich erinnere zum Schluss an eine Persönlichkeit, die sich grosse Verdienste darum erworben hat, dass die Schweiz unversehrt durch den Zweiten Weltkrieg gekommen ist. Ich denke an Hans Schaffner, später Bundesrat, damals verantwortlich für die schweizerische Handelspolitik. Diejenigen, die jetzt die Beschäftigung mit den Geschichtsbüchern aufnehmen, mögen doch bitte auch einmal seinen Rechenschaftsbericht über die Handelspolitik nachlesen. Wir stellen dort fest, wie er unter äusserst schwierigen Umständen täglich entscheiden musste: Was kann gemacht werden? Wo müssen wir nachgeben? Wo müssen wir hart bleiben? Was können wir erreichen? Es kommt ihm das grosse Verdienst zu, dass er es verstanden hat, die schweizerische Handelspolitik so auszugestalten, dass in diesem Land in der damaligen Zeit nie soziale Unruhen ausgebrochen sind.

Frau Grendelmeier, Ihre Kartoffeln mögen vielleicht zuwenig Fett gehabt haben. Aber es war nicht einfach Zufall, dass überhaupt Kartoffeln vorhanden waren. Das war ein Ergebnis überlegter, überzeugender Handelspolitik.

Ich wünsche diesem Land zum Schluss, dass es heute – wo wir zwar auch unter Druck stehen, aber unter weniger starkem Druck als seinerzeit – den Verantwortlichen gelingen wird, eine ähnlich zielbewusste, konsequente Politik durchzuhalten, wie dies seinerzeit alt Bundesrat Schaffner, dem unser Dank gebührt, gelungen ist.

Hubacher Helmut (S, BS): In der Hamburger Wochenzeitung «Die Zeit» vom 7. Februar 1997 lese ich, dass die Schweiz ihr Verhältnis nicht nur zur Geschichte, zur Vergangenheit, sondern zur Welt und zu sich selber überlegen müsse. Es heisst dann wörtlich: «Viele Schweizer verstehen nicht, weshalb sie selber wegen ihrer Kriegsverstrickungen seit Monaten im internationalen Kreuzfeuer stehen, kaum jedoch die Schweden, die Franzosen und andere Völker, deren Mitverantwortung nicht geringer war. Sie sind verärgert darüber, dass es ihnen kaum noch gelingt, ihre Anliegen international durchzusetzen, mögen sie noch so berechtigt sein. Darf es sie wundern? Machten sie ihr Land nicht selber zum Aussenreiter? Weder in der Uno noch in der EU oder in der Nato sind sie dabei. Für einen, der aus eigener Schuld im Abseits steht, gibt es keine Solidarität, weil er sich ja selber nicht solidarisch verhält.»

Das erinnert mich daran, wenn gewisse Redner das Volk vorschoben und so tun, als ob man dieses Volk oder die Aktivdienstgeneration beleidige, wenn man sich mit der Geschichte auseinandersetzt oder diese Geschichte annimmt. Das Problem war damals nicht das Volk, das Problem waren und sind auch heute gewisse Politiker, gewisse Verantwortliche.

Es genügt nicht, so zu tun, als ob man das Volk auf die Anklagebank setze, um sich dahinter zu verstecken und – auch heute – eine Politik gegen dieses Volk, gegen die Interessen dieses Landes zu vertreten, den Alleingang, die Isolation als Zukunftsrichtlinie darzulegen oder sich mit dem Sozialstaat negativ auseinanderzusetzen. Es sind die gleichen Leute, die Solidarität zum eigenen Volk vermissen lassen.

Es geht nicht darum, Schuldsscheine auszuteilen, sondern es geht darum, festzustellen: Wir müssen uns heute mit der eigenen Geschichte auseinandersetzen. Es waren damals natürlich nicht nur ein paar schwarze Flecken, es waren nicht nur ein paar wenige, die sich nicht vorbildlich verhielten. Ich denke daran, dass unser Bundesrat schon 1936 eine der ersten Regierungen war, die nach dem Abessinienkrieg der italienischen Regierung – kaum war Abessinien besiegt – die Annexion anerkannte. Als Franco 1939 in Spanien die demokratische Regierung besiegt hatte, war es auch der Bundesrat, der dieses Franco-Regime sofort anerkannte. Als in München der scheinbare Frieden mit Hitler gefeiert wurde, hat der damalige Aussenminister Motta an Mussolini einen hymnischen Dankbrief geschickt und ihn als Friedenshelden gefeiert. Als 1944 das IKRK in Berlin gegen weitere Deportationen

von Juden intervenieren wollte, reiste Bundesrat Etter nach Genf und unterband diese Intervention usw.

Wir haben da zum Teil eine offizielle Politik, Judenstempel, und Aktivitäten – «Eingabe der Zweihundert», die sich eigentlich an das Deutsche Reich anpassen wollten –, die wir nicht einfach verdrängen und dem Volk anlasten dürfen.

Das Volk und die Aktivdienstgeneration waren, glaube ich, so wie heute in ihrer grossen Mehrheit die sichere Säule der Zuverlässigkeit. Das können Sie im Bericht von Henri Guisan nachlesen. Es gibt hier Leute, die sich jetzt hinter dem Volk verstecken, die vor der Geschichte Angst haben müssen, wenn sie neu geschrieben wird, weil sie für sie bedrohlich ist, weil aus ihren Kreisen die Versager oder die Anpasser stammen. Daher habe ich kein Verständnis dafür, wenn man sich da so grossartig als Verteidiger des Volkes aufspielt, das hier überhaupt nicht auf der Anklagebank steht.

Ich danke dem Bundesrat, dass er in seiner Antwort auf die Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion endlich eine Sprache gefunden hat, die zumindest den Beginn der Offenheit ankündigt, wobei der Bundesrat sich schon noch einen «Schupf» geben darf. Er erklärt beispielsweise, er danke den Menschen, die damals unter schwierigsten Verhältnissen, eigentlich gegen die offiziellen Behörden, Flüchtlingen geholfen und sich exponiert hätten und dann noch Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen mussten.

Vielleicht müsste man sagen, dass es beispielsweise einen Carl Lutz gab, der zusammen mit dem Schweden Wallenberg nahezu 100 000 Juden gerettet hat. Es gibt in Haifa eine Strasse, die nach diesem Mann benannt ist. Es gibt in Budapest ein Denkmal für Carl Lutz. Bundesrat Cotti hat die grossen Verdienste dieses Mannes, der sich exponiert und grossartig benommen hat, erst 1995 gewürdigt. Lutz ist nach dem Krieg diszipliniert worden; man hat ihm Vorwürfe gemacht, dass er gegen die offizielle Politik angetreten sei.

Meine Herren Bundesräte: Danke für die Antwort. Aber es wäre gut, wenn man noch offener alles auf den Tisch legen und zugeben würde, dass wir – bzw. gewisse Leute – mit Grüninger, Carl Lutz und anderen Mühe hatten, die eben die Leuchten aus dem Zweiten Weltkrieg geworden sind. Die uns eigentlich auch legitimieren, zu sagen, es habe in diesem Lande aus dem Volk viele Menschen gegeben, die sich grossartig benommen haben, die die Anpasser ganz weit oben und in gewissen Kreisen nicht akzeptierten.

Eggly Jacques-Simon (L, GE): Depuis des mois, la Suisse est secouée par la remise en cause de son passé. L'avalanche des accusations et leur conjugaison ont rendu les distinctions très difficiles dans ce dossier. Or, il faut distinguer. Un exercice de mémoire salubre ne peut faire des amalgames ni peindre tout en blanc ou tout en noir. On a le devoir de distinguer la question des avoirs en déshérence – qui concerne les banques –, la question de l'or nazi et de la Banque nationale suisse, la question de l'activité de certaines entreprises avec le Reich – et là, il faudrait un tableau complet –, l'attitude des autorités en ce qui concerne les réfugiés. Chacun de ces volets doit être remis dans son contexte. En regard de chacun, il y a maintenant des mesures qui ont été prises: il y a eu l'offre des banques, le comité Volcker, la commission Bergier, il y a eu les excuses de M. Villiger au nom du pays lorsqu'il était président de la Confédération à propos du «J» dans le passeport des Juifs.

Mais, s'il faut distinguer, l'image de la Suisse à l'extérieur, l'image que nous en avons nous-mêmes est un ensemble. Les accusations globales contre notre pays, l'addition de faits sortis du contexte dans un but critique, ont été et restent intolérables. Une partie de notre peuple en a été choquée. C'est toute l'ambiguïté de l'exercice de mémoire auquel on nous a contraints et auquel nous nous astreignons. La mémoire historique peut être fructueuse ou, au contraire, avoir des effets pervers. L'exercice est dangereux, l'exercice de mémoire est nocif s'il prend une couleur unilatérale, s'il est utilisé abusivement dans l'ingratitude et l'iniquité des jugements portés, s'il attise des méfiances, fait resurgir des préjugés, divise l'opinion, hérisse, et ne contribue en rien à un avenir plus humain. L'exercice de mémoire est positif, en re-

vanche, s'il opte pour le dialogue, la vision d'ensemble, la reconnaissance des actes à regretter mais assortie de l'effort d'explication, de remise dans le contexte. Pour cela, la première condition est une démarche qui rassemble suffisamment déjà notre propre peuple.

Depuis le début, dans ce dossier, effets pervers et aspects positifs de l'exercice se sont disputés. Il fallait lui faire prendre résolument le bon chemin. Le discours du président de la Confédération nous semble indiquer ce bon chemin. Nous ne croyons pas, nous l'avons dit, à l'opportunité pour la Banque nationale suisse, qui a un caractère public, de participer au fonds des banques. En revanche, malgré les éléments discutables de l'opération, nous croyons à la valeur du projet de Fondation de solidarité.

Il faut maintenant sortir le débat de sa gangue culpabilisante, du règlement de comptes controversé du passé, et du marchandage d'argent réparateur par rapport à ce passé.

Même certains responsables des associations juives l'ont dit, nous devons les prendre au mot: on ne peut pas en rester à un marchandage d'argent qui, finalement, a quelque chose qui n'est pas bon dans cet exercice de mémoire.

Ce projet du Conseil fédéral prend moralement en compte le passé, mais il replace, il restitue la Suisse au cœur des efforts actuels et des efforts futurs pour la paix et la défense de l'homme. Cette prise en compte du passé, mais pour reprendre de la distance, contribue à rediffuser une image positive de la Suisse, image qui a été très abîmée et largement déformée, avec les risques d'isolement politique, d'isolement économique et d'isolement financier pour le pays. Bref, c'est une prise directe sur l'exercice de mémoire afin de le rendre positif et porteur d'avenir.

En aucun cas, nous ne voulons renier le passé de la guerre, ni ceux qui ont épargné au pays l'occupation nazie par un mélange de fermeté et d'accommodements. En revanche, nous acceptons de voir la vérité en face, mais la vérité sous toutes ses faces.

De cet exercice de mémoire complet et équitable, nous ne tirons pas le doute sur notre pays, ou encore moins le dénigrement – il y a des professionnels, jusque dans cette salle, du dénigrement de notre pays –, nous en tirerons une confiance réaffirmée dans ce pays qui nous a été transmis au travers de grands risques de l'histoire et que nous voulons transmettre plus loin. Ce qui compte aujourd'hui, c'est de forger un pays engagé pour la paix, pour l'homme, dans ses droits fondamentaux, un pays solidaire des autres, un pays européen pour le meilleur et porteur de valeurs qui éloignent le pire, ce pire qui nous a fatalement frôlés naguère et même un peu entamés.

Steinegger Franz (R, UR): Zunächst ein paar Bemerkungen zum bisherigen Ablauf der Ereignisse: Die Banken haben wahrscheinlich zunächst den weiteren Anlauf zur Regelung der Frage der nachrichtlosen Vermögen zu wenig ernst genommen. Frau Nabholz hat darauf hingewiesen. Das war ja der Anlass für diese ganze Entwicklung. An und für sich handelt es sich hier um eine Selbstverständlichkeit, die zu lösen ist. Der Bundesrat hat die Entschlossenheit und auch die mediale Macht der ausländischen jüdischen Organisationen unterschätzt. Die Mehrheit der schweizerischen Medien hat eher für die Organisationen des Auslandes Partei ergriffen. In der Schweiz haben politische Kräfte die Diskussion im Zusammenhang mit der grössten Tragödie der jüngeren Geschichte der Menschheit für ihre politischen Interessen dienstbar machen wollen. Schliesslich hat die Bundesverwaltung mit der Veröffentlichung der Lagebeurteilung Jagmetti ihre bisherige Unschuld als weitgehend korruptionsfreie Verwaltung teilweise verloren. Heute können Sie nicht mehr Lagebeurteilungen schicken, sondern Zeitungsabschriften.

Zu unseren Positionen: Wir sind der Meinung, dass wir zu unserer Verantwortung und auch zu unserer Schuld zu stehen haben – wir auch! Wir sind aber der Auffassung, dass die Schweiz teilweise zu Unrecht angegriffen und sogar beschimpft worden ist. Ich verweise auf die Tatsache, dass bisher nur wenige nachrichtlose Konten einem Schoah-Opfer zugeordnet werden können.

Wir begrüßen im weiteren die Bemühungen, bei der historischen Forschung neue Quellen über die Weltkriegsperiode zu eröffnen, neue Fragestellungen anzugehen. Wir begrüßen die Bemühungen um eine detailliertere Darstellung unserer Geschichte des Zweiten Weltkrieges.

Wir lehnen aber Neuinterpretationen ab, die lediglich aus vorgefassten Meinungen und Gegenwartstendenzen heraus unternommen werden. Verschiedentlich ist zu einem Rundumschlag gegen die sogenannten Mythen im Zusammenhang mit unserem Verhalten im Zweiten Weltkrieg ausgeholt worden. Dabei sind alle diese Mythen in der behaupteten Form und Ausschliesslichkeit, obwohl gelegentlich in Fragmenten noch kolportiert, längst entsorgt, wenn Sie die Berichte von Ludwig 1957 oder von Bonjour 1970 gelesen haben oder gelesen hätten.

Wir fragen uns: Warum werden mit diesem ostentativen Revisionismus offene Türen eingerannt? Man muss auf politische Absichten und vor allem Ablenkungsmanöver schliessen. Es gab eben nicht nur einen nationalsozialistischen, menschenverachtenden Totalitarismus, es gab auch eine sozialistische Gewaltherrschaft mit der Idee der Weltrevolution. Nachdem ein Teil der Linken das Verhältnis zum real existierenden Sozialismus bisher nicht glaubwürdig aufgearbeitet hat, ist man offenbar froh, unsere Schuld aus dem Zweiten Weltkrieg in die Gegenwart holen zu können. Hier, auf diesem Feld, gäbe es auch viel Geschichte aufzuarbeiten. Kollege Rémy Scheurer hat auf ein Beispiel hingewiesen.

Schliesslich: Wir haben die politisch Korrekten auf dem Kriegspfad erlebt. Wir haben gesehen, wie die politisch korrekte Medienöffentlichkeit und ein Teil der Linken versucht haben, die aktuellen Unpersonen zu benennen: Delamuraz, Jagmetti, der arme Archivar der SBG, der Sprechende usw. Ich halte klar fest: Nicht die Handlungen von Frau del Ponte sind eine Gefahr für die offene Gesellschaft der Schweiz, sondern es sind die selbsternannten Tugendwächter der Sprache, welche mit der Unterstellung «Rassist» oder «Faschist» ihre Jagdziele markieren. Wir haben heute ein Beispiel erlebt. Es ist sehr gefährlich, Frau Bühlmann, wenn man die Bundesräte Delamuraz und Koller in den Dunstkreis des Antisemitismus rückt, wenn man Vorschriften darüber macht, was zu sagen wäre oder was man nicht sagen darf.

Wir haben natürlich mit Interesse, nachdem viele Schlachten schon geschlagen waren, auch noch den «Hilfstrupp Blocher» anmarschieren sehen. In vielem hat er unsere Meinung geteilt. Unser historisches Analogievermögen wird aber überfordert, wenn das Kriterium Anpassung oder Widerstand heute erneut auf unser Verhältnis zu Europa angewendet wurde. Also: Wer gegen die EU ist, ist noch kein Widerständler. Das ist eine Beleidigung für die Widerständler des Zweiten Weltkrieges. In Brüssel wird keine «Operation Tannenbaum» und auch kein «Fall Grün» geplant, sondern die Europapolitik ist unser Problem. Wir haben die Probleme in diesem Zusammenhang zu lösen; die können nicht in Brüssel gelöst werden.

Zusammenfassend sind wir der Meinung, dass wir das bis heute Zumutbare begonnen haben. Wir wollen nichts beschönigen. Wir sehen aber auch keine Notwendigkeit, uns schlechter zu machen, als wir waren, und weitere Selbstanlagen durchzuführen. Ab jetzt gilt es, unsere Angebote, unsere Bereitschaft und unsere Positionen mit Nachdruck zu vertreten, in einem offenen Prozess weitere Anstrengungen zur historischen Erforschung zu unternehmen und der humanitären Stiftung zum Durchbruch zu verhelfen.

Dies können wir nur zusammen mit dem Volk tun. Die Ausgangslage für diese Auseinandersetzung ist heute belastet, und hier tragen nicht wir die Schuld. Zudem haben wir nicht nur die Vergangenheit zu bewältigen; wir haben gegenwärtig über 200 000 Arbeitslose. Wir haben uns deshalb auch mit der Gegenwart und mit der Zukunft zu befassen.

Deiss Joseph (C, FR): Je m'exprimerai ici uniquement à propos de la Fondation suisse de solidarité. Pour répondre aux prises à partie de plus en plus incisives dont fait l'objet notre pays à propos du rôle qu'il aurait pu jouer pendant la Deuxième Guerre mondiale, le Conseil fédéral a donc pro-

posé la création d'une grande oeuvre nationale de solidarité. Le Parti démocrate-chrétien souscrit pleinement à ce geste qui renoue avec la tradition humanitaire et altruiste de notre pays, remontant jusqu'à la création de la Croix-Rouge. J'espère que la majorité des citoyennes et des citoyens s'identifieront à cette volonté de sauvegarde de l'honneur d'un pays, essentiellement bâti sur des valeurs morales.

Nul ne saurait lancer une oeuvre d'une telle envergure sans prendre des risques. Le Conseil fédéral les a pris. Je m'en félicite lorsqu'il crée l'effet de surprise ou encore lorsqu'il table sur la grandeur d'âme de la population appelée à l'approuver. Je m'en méfie lorsqu'il pourrait nous entraîner dans une aventure monétaire fatale pour le franc suisse. En touchant à l'or de la Banque nationale suisse, le Conseil fédéral n'incite pas seulement à l'amalgame malencontreux avec l'or nazi, il suscite aussi les convoitises les plus folles. Cette crainte est confirmée à la lecture du communiqué de presse du Département fédéral des finances, qui contient plusieurs éléments qui peuvent nous inquiéter. On y lit notamment que «le contribuable ne sera pas sollicité», que «la fortune de la fondation proviendra d'une réévaluation des réserves d'or de la Banque nationale suisse», que «si la Banque nationale suisse réévalue ses réserves à 60 pour cent du prix du marché, elles vaudront 26 milliards de francs» et que le gain lié à cette réévaluation pourrait être attribué de moitié à la fondation comme patrimoine.

Une telle présentation, à mon sens, réclame plusieurs rectifications:

1. Un gain de réévaluation est purement comptable. En modifiant la valeur comptable d'un poste du bilan, la Banque nationale suisse n'est ni plus riche ni plus pauvre.

2. La distribution du gain de réévaluation serait inflationniste. Si nous ajoutons au circuit des billets existant un volume qui correspondrait à celui du fonds, cela répondrait à la méthode de la planche à billets.

3. La création du fonds de solidarité n'est pas gratuite. Imaginer que la création d'un fonds de l'ampleur envisagée irait sans qu'il n'en coûte est faire preuve d'une candeur sans borne. Certes, les ressources du fonds ne seront pas fiscales, mais proviendront de la fructification d'un capital qui, au cours des années passées, n'a pas été sollicité.

Ces remarques critiques à l'endroit des ténérités verbales du Département fédéral des finances ne doivent nullement s'entendre comme des réserves à l'égard de la création de la Fondation suisse de solidarité. Au contraire, pour souligner la conviction en faveur d'une grande oeuvre nationale, je souhaite qu'on ne la mette pas en danger par des imprudences monétaires et qu'on lise avec exactitude le discours tenu par M. Koller, président de la Confédération, qui dit: «La fondation doit être financée par le produit de la gestion de cette partie des avoirs en or de la Banque nationale suisse, qui sera disponible pour d'autres affectations publiques après une réforme normative nécessaire en matière monétaire et financière.»

De là, trois conclusions:

1. Le transfert d'une part du patrimoine de la Banque nationale suisse est bien réel. Le financement du fonds ne peut se faire que moyennant le transfert d'une partie du patrimoine de la Banque nationale suisse, par exemple sous la forme d'un transfert de 400 tonnes d'or.

2. La distribution des revenus du patrimoine de la Banque nationale suisse n'est pas inflationniste. Au cours des années passées, à l'image de ce que pratiquent d'autres banques centrales, l'idée du Parlement de distribuer des revenus de son patrimoine a fait son chemin. Désormais, 600 millions de francs sont distribués. Hier, le Conseil fédéral nous proposait d'en distribuer 400 millions de francs de plus, grâce à une meilleure rentabilité des investissements.

3. La Fondation suisse de solidarité représente une charge, mais nous y souscrivons. En vue de mieux faire passer l'idée, ne succombons donc pas à la tentation de faire croire au peuple que le fonds ne coûte rien. La vérité est que nous renonçons, pour d'autres fins, aux revenus annuels que dégagera le capital de 7 milliards de francs. Essayons plutôt de susciter parmi les citoyennes et les citoyens de l'enthousiasme en vue de souscrire à cet effort national au nom de la solidarité.

C'est en tout cas dans cet esprit que mon parti fera campagne pour cette grande oeuvre mise en route par le Conseil fédéral.

Blocher Christoph (V, ZH): Es ist ja erfreulich, dass die Politiker finden, man sollte endlich über die Vergangenheit diskutieren. Ich weiss gar nicht, warum sie erst heute damit beginnen; das war ja eine so grossartige Zeit, man kann ja gar nichts anderes tun, als sich immer wieder damit zu beschäftigen.

Wer jetzt die Lage der Schweiz im Zweiten Weltkrieg geschichtlich zusammenfassen will, muss das Wesentliche sehen, nämlich dass die Verantwortlichen damals einen einzigen Auftrag hatten, einen Riesenauftrag: dieses Land vor dem Krieg zu verschonen. Unsere Vorfahren haben diesen Auftrag erfüllt, und das zählt: durch die militärische Landesverteidigung, durch die Neutralität, durch die Kriegsvorsorge – welche durch Vorsorge, Fürsorge, Arbeit und Brot geprägt war – und durch eine kontrollierte Handelspolitik nach allen Seiten. Das waren die vier Säulen der damaligen Politik, und die Verantwortlichen haben diesen Auftrag erfüllt. Das ist für jene Leute, welche diese Aufträge erfüllen mussten, als grossartig zu bezeichnen. Natürlich ist das für all die Moralisten, die das ganze Leben damit verbringen, sich zu fragen, wie sie etwas machen könnten, ohne eine schmutzige Weste zu bekommen, natürlich nichts. Aber für Leute, die Verantwortung tragen, ist das allein das Entscheidende; das ist moralisch hochstehend, und das andere ist moralisch verwerflich.

Es muss sich in diesem Land niemand für die Politik des Landes in den Kriegsjahren entschuldigen, und es muss – nein: es darf – niemand etwas dafür bezahlen. Bezahlen und sich dafür entschuldigen heisst, anderen eine Schuld zuzuweisen; sonst könnte man sich nicht entschuldigen. Und wer jemandem eine Schuld zuweist dafür, dass er ein ganzes Volk vor Krieg, Elend und Hunger gerettet hat, der ist ein unmoralischer Kerl.

Ein Amerikaner hat mir eine Karte geschickt. (*Zeigt eine Karte*) Während des Krieges war die ganze gelbe Fläche durch die Achsenmächte besetzt, und hier liegt die Schweiz, dieses kleine Fleckchen da – das können Sie von dort hinten im Saal nicht einmal sehen! Dieses Land ist vom Krieg verschont geblieben. Mit wem hätte denn dieses Land Handelspolitik betreiben sollen, wenn nicht mit den Achsenmächten – nachdem die Engländer erklärt hatten, nichts liefern zu können, da sonst die Ware abgefangen würde?

Warum diskutieren wir diese Sache? Natürlich gibt es in einer solchen schwierigen Zeit viele Ungereimtheiten, Anpasser, Versager; das gibt es auch heute. Herr Hubacher hat mit Recht gesagt, dass es das zuoberst in Wirtschaft und Politik – und bis zum Bundesrat – gegeben hat. Massgebend ist aber, dass diese Leute sich nicht durchgesetzt haben. Sie haben sich nicht durchgesetzt, das ist das Entscheidende! Das hat es übrigens in allen Ländern gegeben.

Der Anlass ist, dass hier diskutiert wird – auch die Flüchtlingspolitik, auch der Judenstempel; ein Versager; all das ist auch vorhanden –, aber der Grund der heutigen Diskussion ist etwas ganz anderes: Es geht, nüchtern betrachtet, um Geldforderungen ausländischer – jüdischer – Kreise aus New York gegenüber diesem Land; darum geht es. Und wer nicht bezahlt, dem wird mit Nachteilen gedroht. Es heisst, sein Image werde drankommen, es werde Boykotte geben, es werde ein Kesseltreiben geben. Es ist also nicht die Frage, ob wir hier bezahlen wollen, sondern die Frage ist, ob wir hier bezahlen dürfen.

Die Banken haben Geld in einen Fonds bezahlt, mit der Begründung von Humanität, Dankbarkeit usw. In diesen Sachen ist es am besten, wenn man transparent ist. Glauben Sie doch nicht, es seien über Nacht plötzlich die grosse Dankbarkeit und das Bedürfnis, zu danken und solidarisch zu sein, über unsere Bankiers hereingebrochen – es sei hier über Nacht so etwas wie eine religiöse Erweckung passiert! Es geht hier darum, Schaden abzuwenden; das ist auch legitim. Ein Unternehmen kann oder muss es vielleicht machen – aber sagen Sie es bitte! Das gilt auch für Unternehmen.

Aber ein Staat hat hier nichts einzuzahlen. Wir haben uns für diese Politik nicht zu entschuldigen; wir haben nicht zu be-

zahlen. Denn eine Bezahlung ist, ob Sie das wollen oder nicht, eine Schuldanererkennung.

Erpressbarkeiten gehören leider nicht nur im Krieg, sondern auch sonst zu den Auseinandersetzungen. Die Frage ist, ob Sie mitmachen dürfen. Die Stiftung bedeutet, dass man einer Erpressbarkeit nachgibt; da können Sie machen, was Sie wollen. Man kann nicht unter dem Titel «Zweiter Weltkrieg» die Einsetzung einer Stiftung verkünden und dann zwei Tage später erklären, das habe ja gar nichts miteinander zu tun. Lesen Sie die Zeitungen in Amerika, was die darüber schreiben, und sie haben recht: Sie haben das Signal so verstanden, wie es ausgesendet worden ist. Diese Stiftung darf nicht gegründet werden!

Man kann Banken, Regierungen, Nationalbanken erpressen und zum Nachgeben zwingen. Ob man aber ein ganzes Volk an der Urne erpressen kann, das möchte ich sehen. Durch dieses Nadelöhr müssen Sie durch, und ich werde alles daransetzen, dass wir hier nicht nachgeben.

Herr Steinegger hat sich da etwas neidisch gezeigt und über mich lustig gemacht. Ich danke ihm übrigens. Wissen Sie, Neid ist bei Politikern die ehrlichste Form der Anerkennung. (*Heiterkeit*) Die Frage «Widerstand oder Anpassung?» ist auch hier die Frage, nicht nur im Krieg! Ich bin nicht für Anpassung, ich bin für Widerstand. Wir wollen der Welt zeigen, dass man auch vor einem kleinen Lande Respekt haben kann. Wir werden doch etwas tragen müssen; diese Lasten können wir tragen. Ob wir dazu bereit sind, das wird die Volksabstimmung zeigen. Das Parlament habe ich abgeschrieben, das muss ich Ihnen sagen; die Regierung hat leider schon nachgegeben.

Maspoli Flavio (D, TI): Per riparare i danni fatti al popolo ebraico durante la Seconda Guerra mondiale non sono sufficienti tutti i miliardi della Banca nazionale. Ciò che il popolo ebraico ha dovuto subire non ha forse pari nella storia, e comunque non ha pari nella storia moderna. Chi ha visto i documenti realizzati dagli Alleati dopo la liberazione di Auschwitz, Dachau, Bergen-Belsen e di tutti gli altri teatri dell'orrore, non può che provare orrore per il genere umano e orrore per dove può condurre la follia omicida collettiva di un popolo. Ciò che è capitato nel Terzo Reich, proprio per questo, non va dimenticato, ed anzi, a futura memoria va ricordato regolarmente. Semmai c'è da chiedersi come mai un giornale tedesco – come ha ricordato il collega Hubacher qui, a questa tribuna, poc'anzi – abbia il diritto di giudicare la Svizzera. Semmai vi sarebbe da chiedersi come mai oggi la Germania – la Germania che ha provocato questo orrore di cui noi oggi stiamo parlando, che l'ha pianificato e che l'ha realizzato con meticolosità tipica dei tedeschi –, ci sarebbe da chiedersi come mai proprio quella nazione oggi può costituire il motore dell'Europa e può far parte della Nato e dell'ONU e di tutte quelle organizzazioni a cui si rimprovera alla Svizzera di non aver aderito.

Noi vergognarci? Scusarci? Noi? Dovrei scusarmi, forse, perché mio padre – tra l'altro socialista, onorevole Carobbio – ha servito la Patria attraverso oltre mille giorni di servizio attivo? Dovrei vergognarmi e scusarmi perché mia madre ha fatto altrettanto? Dovrei scusarmi perché il mio Paese è riuscito ad evitare il conflitto? E come ticinese, dovrei vergognarmi e scusarmi perché il mio cantone ha salvato la vita a oltre 15 000 ebrei, accogliendoli durante gli anni di estremo bisogno e gli anni in cui la tensione era immensa e sicuramente non paragonabile a nulla di simile che abbiamo vissuto dopo quei periodi? No, noi non dobbiamo vergognarci e non dobbiamo scusarci, e anzi dobbiamo essere fieri di quanto hanno fatto le generazioni che ci hanno preceduto e ad esse dobbiamo riconoscerne. E non dobbiamo permettere neppure che personaggi squallidi come Alfonse D'Amato insudicino il nostro passato e la memoria dei nostri avi. E non dobbiamo permettere – e qui non capisco neanche l'atteggiamento della collega Grendelmeier (che è un po' come il Piero, non c'è mai quando la si cerca) e di chi la pensa come lei – che le vittime dell'Olocausto, oggi, siano strumentalizzate per fini fin troppo chiari, fini che ha molto giustamente e opportunamente evidenziato il collega Blocher.

Solidarietà, certo; noi siamo sempre stati solidali con tutti. Ed io, personalmente, non avevo assolutamente nulla contro la creazione di questo fondo, che può essere una cosa buona e giusta. È però profondamente sbagliata, se viene vista come risarcimento-danni, se viene interpretata come la scusa di una nazione nei confronti di chi non si sa. Comunque noi non dobbiamo scusarci, noi non dobbiamo giustificare niente. E anche se, fondamentalmente, contro questo fondo io non ho nulla, ma da come stanno andando le cose, visto che questo fondo verrà interpretato come l'ammissione di colpa della Svizzera, io non posso essere d'accordo.

Haering Binder Barbara (S, ZH): Ich bin, wie viele unter uns, eine Nachgeborene. Meine Verantwortung misst sich an der Art und Weise, wie ich mich heute der Geschichte unseres Landes und der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg stelle, und sie misst sich insbesondere daran, welche Konsequenzen ich aus dieser Geschichte für mein Leben und meine politische Arbeit heute ziehe. Herr Bundespräsident Koller hat diese Aussage als Anspruch an die Politik des Bundesrates ebenfalls formuliert. Für mich war das die zentrale Passage seiner Ansprache vom 5. März 1997.

Mit dieser Aussage begründet der Bundesrat seinen Vorschlag für eine Stiftung für Solidarität. Ich bin froh über dieses Projekt, denn diese Stiftung ist eine Verpflichtung zu einer sozialen und solidarischen Schweiz und gleichzeitig der Beweis, dass sich unser Land dies auch leisten kann.

Wenn Herr Blocher hier seine Ablehnung gegenüber dieser Stiftung mit der Metapher von Anpassung und Widerstand begründet, dann hat dies in sich die gleiche Perversion, wie wenn die Opfer des Holocaust im nachhinein zu den Tätern gemacht werden.

Die eklatanten Äusserungen der präsidentialen Rede vom 5. März machen allerdings ebenso deutlich, dass der Bundesrat nicht in der Lage oder nicht bereit zu sein scheint, seinem Anspruch in umfassendem Sinne gerecht zu werden. Es gab keine Aussage zum aktuellen Antisemitismus in der Schweiz, und dies, obwohl die historischen Erfahrungen zeigen, welche Bedeutung dem engagierten Einsatz der Behörden gegen Rassismus und Antisemitismus zukommt. Es gab keine Aussage zu den Lehren, die der Bundesrat für seine aktuelle Flüchtlingspolitik aus der Geschichte ziehen will, und dies, obwohl sich heute im Zusammenhang mit seiner Kosovo-Politik vergleichbare Fragen stellen; und es gab keine Aussagen zur heutigen Rolle des Schweizer Finanzplatzes weltweit.

Ich bin dem Gesamtbundesrat heute ausserordentlich dankbar, dass er in seiner Antwort auf die dringliche Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion in bezug auf die Verantwortung der Behörden im Engagement gegen Rassismus und Antisemitismus endlich klar Stellung bezogen hat. Dies scheint mir ein Durchbruch in der Diskussion in unserem Lande zu sein.

Ich habe in diesen Monaten erfahren, wie meine Aussagen zu Kollaboration und Kooperation der Schweizer Banken, Industrien und Behörden mit Nazideutschland Vertreterinnen und Vertreter der Aktivdienstgeneration verletzt und provoziert haben. Der Dialog darüber ist äusserst schwierig, selbst in meiner eigenen Familie. Denn das Fatale unserer Geschichte ist, dass das Bürgertum nun während fünfzig Jahren mit dem unvollständigen, aber hehren Bild der kleinen, tapferen und sauberen Schweiz seine Politik der Isolation, der Ausgrenzung des Fremden und des Kampfes gegen die Linke begründet hat.

Die Auseinandersetzung, in die wir uns heute gestürzt sehen, stellt somit nichts weniger als die Hegemonie in unserem Lande in Frage. Doch trotz aller Schwierigkeiten des Gespräches denke ich, dass auch die Aktivdienstgeneration nicht nur die Aufgabe, sondern das Recht hat zu wissen – ich zitiere Jacques Picard als Mitglied der Historikerkommission –, «was vor ihren Augen geschah, was hinter ihrem Rücken ablief und was über ihren Köpfen entschieden wurde, damit sie endlich wissen, auf welchem Boden sie damals standen und in Zukunft stehen werden».

In diesem Sinne könnte das gemeinsame Erinnern eine neue Zukunft schaffen, und dies wäre eine grosse Chance für unser Land.

Langenberger Christiane (R, VD): M. Blocher a parlé, les rangs se sont vidés et ici, dans cette salle, nous avons tous accepté des paroles critiques, méprisantes à l'égard de ce Parlement. Passons. M. Blocher a situé son débat ou ses réponses dans un contexte financier. Permettez-moi plutôt de tirer les conséquences de la crise et de préparer l'avenir.

Des prises de position excessives ont eu pour effet que bien des Suisses se sentent aujourd'hui blessés dans leur âme patriote, estimant que les erreurs commises dans le passé par nos devanciers ne justifient pas que d'aucuns traînent notre pays dans la boue. D'autres réagissent vigoureusement à une idéalisation de notre volonté de résistance et estiment que notre pays s'est par trop glorifié du «Sonderfall Schweiz», en exploitant notre neutralité pour justifier une attitude complaisante ou égoïste, puis en utilisant notre richesse pour nous racheter au nom de la solidarité et de notre tradition humanitaire, au risque d'oublier que l'esprit de résistance, la pratique de la neutralité et une politique d'extrême prudence ont aussi contribué à atteindre le seul objectif commun de l'époque: éviter d'être aspirés dans la tourmente meurtrière de la Seconde Guerre mondiale.

Comme on ne fera pas taire les attaques excessives, il nous faut, me semble-t-il, une réponse moderne aux remous sur cette tranche de l'histoire et montrer qu'aucun Etat ne peut, hélas, se prévaloir de ne pas commettre d'erreurs ni d'injustices, et tenter de tirer quelques leçons pour l'avenir en tenant compte des points suivants:

1. Il y a d'abord lieu de rappeler qu'il nous est impossible d'imaginer ce que vivait, ce que ressentait notre population dans ces années de terreur nazie en privations, en menaces d'invasion, et devant les premières informations sur les camps de concentration.

Le comportement des Suisses était très majoritairement hostile au nazisme, tout en étant parfaitement conscients d'être à la merci, tant au nord qu'au sud, de deux dictateurs irascibles, aux décisions absolues et imprévisibles. La Suisse démocratique et libre n'était pas libre de gérer son avenir immédiat. Lorsqu'on se bat de la sorte pour sa survie, il est évident que l'intérêt national a tendance à primer sur d'autres considérations. On ne peut donc juger sans tenir compte du contexte historique, d'autant que nous n'avons aucune preuve qu'un autre comportement gouvernemental eût pu nous mettre dans une meilleure position. Peut-être notre Gouvernement a-t-il payé trop cher la facture allemande dès 1943. Peut-être nos grandes industries n'ont-elles pas su dire non, mais un non qui aurait privé à coup sûr les salariés de travail. Peut-être n'étions-nous militairement pas assez forts pour oser dire non avant.

Les milieux bancaires et parabancaires faisant l'objet d'enquêtes d'experts, il nous faut attendre leurs conclusions. En revanche, j'entends désapprouver de la manière la plus vive la scandaleuse destruction volontaire de documents d'archives – ce n'est pas un comportement de personnes responsables que d'agir de la sorte –, et souhaiter un changement d'attitude, une volonté ferme de faire toute la lumière. Mais j'y vois aussi une chance de rapprochement, la population suisse et les banques ayant tout intérêt à retrouver des rapports plus harmonieux.

Il nous faut également cesser de vouloir juger l'antisémitisme des années d'avant-guerre et de guerre. Nous ferions mieux d'en tirer des leçons pour aujourd'hui et demain et nous méfier de notre propre racisme, de notre propre rejet de tout ce qui est différent. Nous devons encourager les études qui nous permettront de prévenir, à l'avenir, toute émergence d'antisémitisme et d'ailleurs d'autres formes de racisme. Nous devons rechercher le dialogue avec les organisations juives, autant suisses que nous d'ailleurs, et parler ensemble ouvertement du passé, mais aussi du présent et de l'avenir. Un mot sur notre politique d'accueil: bien de nos compatriotes ont eu un comportement généreux durant la dernière guerre et méritent toute notre reconnaissance. Il n'en de-

meure pas moins vrai que nous devons également accepter une autre réalité, celle d'une pratique sinueuse de l'asile, de notre peur de l'afflux de masses, du «J» apposé dans le pas-seport, des milliers de juifs refoulés. C'est là sans doute la plus sombre page de notre histoire. Nous avons une respon-sabilité face à ce passé et devons, là aussi, tirer les consé-quences dans le cadre de notre politique d'accueil actuelle. Enfin, je souhaite qu'à travers l'idée de la fondation, que je soutiens sans restriction – et je me battrai pour elle, contrai-rement à M. Blocher, parce que, à long terme, elle est por-teuse d'espoir –, nous puissions élaborer un, ou deux, trois projets importants qui permettent à notre jeunesse d'être as-sociée à une oeuvre de solidarité humaine transgressant nos égoïsmes et nos frontières.

Grossenbacher Ruth (C, SO): Unser Parlament hat be-kanntlich am 13. Dezember des vergangenen Jahres be-schlossen, eine unabhängige Expertenkommission einzuset-zen, die den Auftrag hat, das Schicksal der während der Zeit des Nationalsozialismus in die Schweiz gelangten sogenann-ten nachrichtenlosen Vermögen zu untersuchen und sich mit der Haltung unseres Landes während des Zweiten Weltkrie-ges auseinanderzusetzen. Diese Historikerkommission mit Experten aus dem In- und Ausland unter der Führung von Professor Bergier hat ihre Arbeit aufgenommen. Ähnliches ist in den USA geschehen. Dort prüft eine Kommission unter der Leitung von Unterstaatssekretär Stuart Eizenstat die Goldge-schäfte Nazideutschlands.

Aber es gibt einen wesentlichen Unterschied: In den USA wird die Kommission Eizenstat durch eine spezielle Gruppe begleitet, die für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist. Die Amerikaner wissen eben, wie wichtig es ist, dass die Ergeb-nisse einer solchen Kommission von der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen und verstanden werden. In der Schweiz überlässt man die Information zu oft dem Zufall, wie Beispiele aus der Vergangenheit oder der unmittelbaren Gegenwart zeigen.

Das gilt für Informationen des Bundesrates über seine eigen-ten Entscheidungen. Ich denke da an die Ankündigung der Schweizerischen Stiftung für Solidarität, über die zwar nicht ungenügend, aber nicht genügend professionell informiert wurde, was zu einigen gravierenden Unklarheiten im In- und Ausland geführt und für negative Schlagzeilen gesorgt hat. Mit einem professionellen Vorgehen hätte man das vermei-den können.

Das gilt aber auch dort, wo Untersuchungen vom Bundesrat in Auftrag gegeben werden. Ich denke da an Berichte aus der Vergangenheit, die vom Volk nicht wahrgenommen wurden und auf die zum Teil auch in den Schulbüchern nicht einge-gangen wird. Als eines von vielen Beispielen ist der «Bericht Ludwig» über unsere Flüchtlingspolitik vor und während des Zweiten Weltkrieges zu nennen, der in der Mitte der fünfziger Jahre erschienen ist und von dem kaum jemand – auch die Politikerinnen und Politiker nicht – etwas weiss bzw. der überhaupt nicht oder kaum zur Kenntnis genommen wurde. Man sieht: Berichte müssen nicht nur erarbeitet und verfasst, sondern auch vom Volk wahrgenommen und verstanden werden. Gute Wissenschaftler sind selten auch gute Medien-profis.

Deshalb muss zuhause der Expertenkommission Bergier unbedingt eine Fachgruppe eingesetzt werden, die für die Umsetzung der neuen Erkenntnisse und Zwischenergeb-nisse verantwortlich ist. Selbstverständlich muss ein entspre-chendes Konzept die Aufgabe dieser Arbeitsgruppe festhal-ten und umschreiben, denn herkömmliche Pressekonferen-zen und/oder Verlautbarungen aus der Bundeskanzlei genü-gen nicht. Vielmehr muss durch gezielte Informationen und in einer verständlichen Sprache über die Arbeit in der Experten-kommission Bergier informiert werden. Dazu muss unter an-derem der Kontakt zu den Schulen, den Geschichtsprofesso-rinnen und -professoren, den Verantwortlichen für Schulbü-cher und nicht zuletzt den Medien gesucht werden.

Ich fordere deshalb den Bundesrat auf, möglichst rasch ein entsprechendes Informationskonzept zu erstellen und der Kommission Bergier eine Fachgruppe für Öffentlichkeitsar-

beit zur Verfügung zu stellen. Informationen beschaffen ist das eine, sie zu vermitteln ist das andere. Deshalb muss eine Fachgruppe die wertvollen Erkenntnisse der Expertenkom-mission Bergier so umsetzen, dass sie von der Öffentlichkeit wahrgenommen und begriffen werden, als Basis für die in dieser Sache so dringende Diskussion und Auseinanderset-zung, die noch vor uns liegt.

Hafner Ursula (S, SH): Ich äussere mich zu unserem schwei-zerischen Selbstverständnis und zur Stiftung für Solidarität. «Wir sind die jungen Schweizer, gar jung ist unser Blut, doch strömt's aus alten Quellen der Winkelriede, Tellen und macht uns frohgemut.» So sangen wir in der Primarschule.

Können die heutigen jungen Schweizerinnen und Schweizer nicht mehr frohgemut sein, wenn sie erfahren müssen, dass in ihren Adern nicht nur Heldenblut strömt? Müssen sie sich ihrer Herkunft schämen, weil die Generation ihrer Grossel-tern oder Urgrosseltern nicht nur tapfer an der Grenze stand, um unser Land gegen die deutsche Wehrmacht zu verteidigen, sondern weil in jener Zeit auch mit Nazideutschland ge-schäftet wurde, länger und williger, als es fürs Überleben un-bedingt notwendig war? Dürfen die heutigen jungen Schwei-zerinnen und Schweizer nicht mehr stolz sein auf unsere hu-manitäre Tradition, weil die offizielle Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg nicht von Gertrud Kurz, der Flüchtlings-mutter, oder von Hauptmann Grüninger bestimmt wurde, sondern von Rothmund, dem Erfinder des Judenstempels? Sollen sie deshalb in moralischer Entrüstung der Aktivdienst-generation pauschale Vorwürfe machen?

Das ist nicht die Meinung der SP, auch wenn gewisse Leute uns dies unterstellen. Wir wollen kein Pharisäertum, sondern ein reales Bild unseres Landes und seiner Geschichte. Wer nur die eine Seite seiner Vergangenheit und seiner Situation kennt, steht nicht mit beiden Füßen auf dem Boden der Rea-lität und fühlt sich schnell in seiner Identität verunsichert und bedroht. Dem Bundesrat bei der Zusammensetzung der His-torikerkommission bedenkliche Einseitigkeit vorzuwerfen, weil ihr auch Historiker wie Professor Tanner angehören, ist eine Abwehrreaktion von Politikern, welche die alte Einseitig-keit weiter pflegen möchten. Kritische Geister, die alte My-then ausleuchten, dürfen nicht länger als Nestbeschmutzer behandelt und ausgegrenzt werden.

«Gedächtnis- und Präventionsarbeit sind die zwei Pfeiler, um aus der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen», schreibt der Bundesrat in seiner Antwort auf unsere Interpellation vom 4. März. Er anerkennt, «dass es in der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges viele mutige Menschen gegeben hat», die «unter bewusster Inkaufnahme persönlicher Konsequenzen Tausende von Flüchtlingen retten halfen», weil sie sich «an ethischen Werten orientierten, die später Grundlage des internationalen und schweizerischen Rechts im Asylbereich geworden sind».

Wir erwarten vom Bundesrat, dass auch er aus dieser Ver-gangenheit lernt und nicht erneut Flüchtlinge in ihr Herkunfts-land zurückschickt, wenn dort, wie zurzeit in Kosovo, ethni-sche Säuberungen im Gange und Folter und schwere Men-schenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind.

Mit der Stiftung für Solidarität hat der Bundesrat schon ein Zeichen gesetzt und gezeigt, dass er willens ist, nicht nur in Worten, sondern auch mit Taten unsere humanitäre Tradition zu bekräftigen. Er will mit einem kleinen Teil des Goldes, das die Nationalbank hortet, etwas für Notleidende im Ausland tun und der solidarischen Zerteilung unserer eigenen Ge-sellschaft entgegenwirken.

Ich bin froh darüber und möchte zum Schluss einen kriti-schen jungen Mann zitieren. Er ist einer der jungen Schwei-zer, denen Tell und Winkelried nicht mehr Vorbild sein kön-nen. Er kann sich aber mit der solidarischen Schweiz identi-fizieren. Er wird sich auch von Herrn Blocher nicht einreden lassen, die Stiftung für Solidarität sei ein Zeichen der Schwä-che und unsere Stärke bestehe nach wie vor in Waffen und Kampfflugzeugen. Er schrieb in einem Leserbrief: «Bei der Ankündigung von Bundespräsident Kollers Idee einer 7 Milliarden Franken schweren Stiftung war ich freudig er-staunt, fast sogar stolz, Schweizer zu sein.»

Ratti Remigio (C, TI): È necessario opporre la questione della costituzione di un fondo di solidarietà in una luce diversa da quella che l'ha generata.

Tout en cherchant les responsabilités et la vérité de notre passé, il me paraît nécessaire de placer la question de la Fondation suisse de solidarité sous une autre lumière, plus large que celle qui l'a apparemment déclenchée.

Je vous propose ainsi trois remarques et une suggestion.

1. La proposition d'employer la réévaluation de l'or pour une cause noble n'est pas nouvelle. «Réinventer la Suisse», ainsi s'exprimait le projet d'Exposition nationale «Les nouvelles frontières» proposé par le Tessin il y a trois ans. Particularité, pour le financement de la partie publique, on proposait déjà le recours aux bénéfices de la réévaluation de l'or de la Banque nationale suisse. Autre particularité: l'historien Jean-François Bergier faisait aussi partie du groupe présidé par l'architecte Mario Botta.

Ce rappel tiré de la jeune histoire de la prochaine Exposition nationale montre, à notre avis, le bien-fondé de l'idée de la Fondation suisse de solidarité. Certes, il faut toutefois avouer un problème majeur et un grand défi: comment faire en sorte que cette opération régénératrice soit effectivement perçue par le citoyen comme une voie pour réinventer la Suisse, et non pas comme une opération de libération d'un sentiment de culpabilité collective? Toucher à l'or, nous rappelait un homme de finance et psychologue, c'est comme s'attaquer au patrimoine familial. Il faut donc être certain de réussir, d'autant plus que, dans ce cas, ce n'est pas la raison qui dicte les solutions, mais notre état d'âme.

2. Nous réévaluons l'ensemble de l'or de la Banque nationale suisse et non pas un butin de guerre. Notre stock d'or a été accumulé aussi avant, et surtout après la Deuxième Guerre mondiale. En 1932, les réserves d'or atteignaient déjà 720 tonnes. Elles étaient montées à 980 tonnes à la fin de la guerre. Depuis, elles ont augmenté assez régulièrement jusqu'à atteindre 2584 tonnes d'or en 1971, c'est-à-dire le stock actuel, étant donné qu'avec le passage au régime de change flexible, la Banque nationale a, depuis cette date, alimenté ses réserves plutôt en devises et autres instruments.

3. L'histoire prouvera comment la Banque nationale suisse a pu augmenter son stock d'or de 487 tonnes en 1939 à 980 tonnes en 1945, soit une augmentation de 493 tonnes. Mais ce serait vraiment un fâcheux hasard que de les assimiler aux 400 tonnes qu'on se propose de vendre sur le marché pour alimenter le capital de la fondation. En effet, une analyse fine de l'évolution de longues périodes et, en période de guerre, de la balance des paiements nous donnerait des raisons très différentes de l'augmentation de ce stock.

Pour conclure, il en ressortirait trois recommandations au Conseil fédéral et à la Banque nationale suisse quant à la constitution de la Fondation suisse de solidarité.

Tout d'abord, il faut maintenir l'objectif bien orienté sur les valeurs régénératrices de notre société, donc sur un avenir digne d'espoir et de lutte. Ensuite, il faut réexaminer – et éventuellement proposer –, une solution technique différente qui évite de tomber dans le piège d'un sentiment collectif de culpabilité. Enfin, il faut proposer des mesures qui soient psychologiquement et moralement vraiment mobilisatrices des forces vives de la société civile.

Je le rappelle, quand on touche à l'or, au patrimoine familial, il faut être sûr de réussir.

Loeb François (R, BE): Zuerst eine persönliche Bemerkung: Ich bin der «Zweiten-Weltkriegs-Generation» äusserst dankbar, dass viele Juden wie ich diese entsetzliche Zeit überlebt haben. Das entbindet uns aber nicht davon, neben den Lichtseiten die Schattenseiten zu betrachten. Wenn Sie, Herr Blocher – Sie sind zwar nicht im Saal –, von Erpressung sprechen, wenn der Bundesrat eine Stiftung ins Leben rufen will, welche Armut und Leiden lindern soll, wenn er unsere humanitäre Tradition fortsetzen, verstärken will, qualifizieren Sie sich selbst!

Herr Blocher, als Mitglied des Parlamentes sprechen Sie dem Parlament jede Kompetenz ab. In der Geschichte wurde, das sollten Sie bei Ihren Worten bedenken, dem Par-

lament oft die Kompetenz abgesprochen. Über Auswirkungen solcher Kompetenzverneinungen sprechen wir in der heutigen Debatte. (*Beifall*)

«Man sieht nur mit dem Herzen gut.» Diesen wunderbaren Satz aus «Der kleine Prinz» von Antoine de Saint-Exupéry stelle ich als meinen Leitgedanken zur heutigen Diskussion ins Zentrum.

Ich danke dem Bundesrat für die kreative Lösung, für die Idee der Solidaritätsstiftung. Visionen braucht unser Land, Visionen für unsere Jugend! Die Fortsetzung und die Verstärkung unserer humanitären Tradition ist eine starke und wichtige Idee, die Wirklichkeit werden muss.

Wenn aus dem Trümmerfeld unendlichen menschlichen Leidens einzelne Blumen zu wachsen beginnen – und eine solche Knospe ist die Stiftung für Solidarität –, so ist das der Weg in die Zukunft, so ist das der einzig gangbare Weg.

Wenn wir die Opfer ehren wollen, haben wir dafür zu sorgen, dass aus dem Grauenhaften Positives entsteht. Wir müssen Mittel finden, damit in unserem Land, in der Welt jetziges Leid und Leiden gelindert werden. Die geplante Stiftung kann das, unbürokratisch und schnell, auch im Inland. Deshalb verstehe ich die Kritik nicht, die besagt, man könnte mit diesem Geld Besseres tun. Was gibt es Besseres, als Leid und Leiden zu lindern, zu verhindern, als schnell und effizient zu helfen? Das entspricht einer Tradition, der wir uns in der Schweiz alle verpflichtet fühlen. Wir alle wollen uns für eine bessere Welt einsetzen; dafür zu leben, ist Leben!

Angereichert werden kann diese Stiftung mit einem Preis Henri Dunant für Humanität, der jeweils am 20. März hier im Saal vom Gesamtbundesrat an Menschen überreicht wird, damit ihr ausserordentliches humanitäres Werk weitergeführt werden kann. Der 20. März, der Frühlingsanfang, kann zum Symbol des Spriessens von Knospen einer besseren Welt werden, für die wir alle eintreten. Für diese bessere Welt möchte ich in der kommenden Diskussion über die Stiftung alle Parteien mit einer ethischen Gesprächskultur einbinden. An ihr werden zukünftige Generationen uns messen.

Ich möchte all jenen danken, die mitgeholfen haben und mit-helfen, den humanitären Weg zu gehen – den Weg unserer Wurzeln, den Weg, Notleidenden zu helfen. Schoah-Überlebende hatten ein so schreckliches Schicksal – und neben den Juden waren es vor allem die Roma und Sinti, die Behinderten und politisch Verfolgten –, dass es nicht angeht, diese Menschen in ihrem Alter noch weiter leiden zu lassen. Dank dem Fonds können wir jetzt helfen; ich bin froh darüber.

Danken möchte ich der Bevölkerung, die spontan reagiert hat, mit Aktionen, Stiftungen und Kundgebungen. Ich habe noch nie eine so eindrucksvolle Kundgebung miterlebt wie jene auf dem Bundesplatz vor einigen Wochen. Tausende von Menschen gedachten der Opfer des Nationalsozialismus, gedachten der Leiden von Millionen Menschen durch ein einstündiges Schweigen. Diese Kundgebung hat mich tief bewegt. Denn Gedenken ist bei diesem unsäglichem Leid, das damals über Europa hereinbrach, die einzige Antwort, auf dass der Inbegriff des Unmenschlichen, die absolute Verachtung der Menschenwürde, sich nie wiederholen kann. Dafür zu kämpfen, sind wir alle als Menschen aufgerufen!

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, um einen Moment des inneren Gedenkens an alle Opfer, an die Roma und Sinti, an die Behinderten, die politisch Verfolgten, die Juden, aber auch an diejenigen Schweizerinnen und Schweizer, die in jener Zeit Grosses taten und mitten in einem Meer der Diktatur die Demokratie hochgehalten haben. (*Hält inne*)

«Man sieht nur mit dem Herzen gut.» Dieser Satz soll unser Leitsatz zur Diskussion des Themas und für die Zukunft unseres Landes sein.

Cotti Flavio, consigliere federale: Il Presidente della Confederazione, pochi giorni fa, ha illustrato in termini completi e globali la linea del Consiglio federale su questo tema, e non sarà compito, oggi, dei consiglieri federali che vi parlano, di riprodurre quanto detto in questa sala dal nostro Presidente. Nostro compito sarà piuttosto cercare di dare qualche indicazione più particolare attorno ad alcuni temi, ad alcuni fatti, ad alcuni sentimenti che sono stati espressi da voi durante questa giornata.

Per parte mia torno volentieri al 30 di settembre dell'anno passato, quando su queste nuove strutture tecnologiche il colore verde, unanime, del Parlamento si è manifestato attorno alla necessità di approfondire la nostra storia nei tempi della Seconda Guerra mondiale. Quest'oggi e sempre di più sembra a me – come è stato detto bene dall'on. Eggly – che il colore univoco verde stia purtroppo sempre più ritrasformandosi in un colore bianco ed in un colore nero, quasi che il compito fondamentale che è il nostro possa essere affrontato in una visione semplicemente bicolore, che certe volte lascia perfino trasparire interpretazioni di carattere ideologico.

Io credo che compito nostro permanente sarà quello di vedere, di questo periodo storico, che tocca le generazioni dei nostri padri e dei nostri nonni, sempre con occhio oggettivo le parti eccellenti e quelle meno nobili. Compito nostro è, in altre parole, di guardare con realismo, ma anche attraverso una lente di carattere etico e morale, a quelle vicende. Allora scopriremo – ancora molto prima della trasmissione del rapporto Bergier – che anche in quel tempo, come del resto in ogni tempo, come del resto all'interno del nostro animo, non ci sono soltanto elementi positivi, come non vi sono soltanto elementi negativi.

J'ai considéré comme une de mes tâches essentielles, lors de mon récent passage aux Etats-Unis, de prendre note d'un fait dans cet immense pays, de loin la plus grande puissance du monde moderne: depuis trois ou quatre mois, on ne parle de la Suisse qu'en termes noirs, en accusations univoques constantes, non subtiles et souvent inacceptables. C'était la tâche de mon voyage de rappeler à nos amis américains – je tiens à souligner cette expression «à nos amis américains» – tous les éléments positifs que notre pays a mis en exergue tout au cours de la Deuxième Guerre mondiale. J'ai dû signaler à ceux qui ne le savaient pas que ce pays a tout de même sauvé des centaines de milliers de vies humaines, en partie aussi de vies de juifs et, si je me réfère aux expériences faites dans mon canton, combien de fois ce jeune homme a eu l'occasion, dans les années cinquante, de retrouver les représentants de la «resistenza» italienne et de se faire dire toute la reconnaissance que ces représentants avaient pour notre pays. De la même manière, il s'agissait pour moi de signaler le rôle joué par la Suisse en tant que pays resté libre, indépendant, démocratique, rôle qu'il a joué surtout dans les pays les plus proches lorsque, pratiquement, seule la voix de la Suisse, de sa radio, de ses médias pouvait être entendue en tant que voix de liberté. Il faut ajouter encore – et je dis cela à l'attention de certaines personnes qui sont intervenues – que même dans les périodes les plus sombres de notre réalité, le commerce extérieur de la Suisse a touché aussi de manière importante les pays alliés. J'ai cité aux Etats-Unis toute une série d'autres éléments quant au rôle positif joué par la Suisse. C'est notre tâche éminente de dire cela aux Etats-Unis, où on n'a vu que noir pendant des mois. Mais c'est notre tâche de le dire aussi à l'intérieur de ce pays, car on ferait vraiment preuve d'une attitude d'injustice profonde si on manquait de reconnaissance à ceux qui nous ont précédés, une reconnaissance qui doit être celle des plus jeunes.

Pourtant, il y a le revers de la médaille. Il est dommage que M. Blocher ne soit pas là, car j'aurais dû lui dire qu'un fait opposé s'est vérifié pendant cinquante ans à l'intérieur de notre pays où, de manière unilatérale, on a surtout mis en évidence les éléments positifs que je viens d'annoncer et où on a, je ne dis pas oublié, mais largement mis au deuxième plan une série d'éléments négatifs qu'il faut souligner. Non pas, Monsieur Blocher, en tant que moraliste, mais parce qu'ils ont été profondément contraires à notre morale.

Et il ne faut pas attendre la conclusion des travaux de M. Bergier et de sa commission pour signaler certains de ces faits. Parfois, on évoque des études historiques qui ont été faites, aussi dans notre pays. J'ai été chercher le week-end passé dans ma bibliothèque le rapport de M. Bonjour dont on parle trop peu, c'est vrai, Monsieur Blocher. Est-ce que je peux me permettre d'en citer quelques éléments sans trancher quelque jugement que ce soit?

«Der Winter 1942/43 und der Sommer 1943 sind als dunkle Epochen in die Geschichte der schweizerischen Asylgewährung eingegangen. Die verschärften Vorschriften erfolgten, obgleich die Behörden über die Massentötungen und Vergasungen von Juden bereits genaue Kunde hatten.»

Ich fahre weiter, damit wir nachdenken. Ich bin nicht da, um irgendwelche Urteile abzugeben. Ich bin mir je länger, je mehr bewusst, dass diese Thematik bei uns nur tiefes Nachdenken hervorrufen müsste. Bonjour weiter:

«Es scheint allzu billig», denken wir einmal daran, auch wenn Bonjour wahrhaftig nicht der Herrgott ist, «wegen der begangenen offensichtlichen Fehler nach den Behörden jener Zeit mit Steinen zu werfen. Unsere ganze damalige Generation hat versagt und ist mitschuldig. Der in jedem Bürger steckende Egoist und latente Antisemit liess ihn vor der Unmenschlichkeit gewisser Aspekte der behördlichen Asylpolitik die Augen schliessen. Wohl standen manche Tapferen, Ergriffenen in Parlament, Presse und weiterer Öffentlichkeit auf und gaben ihrer Empörung offenen Ausdruck.» Glücklicherweise, und das deshalb, weil wir in einem demokratischen Land waren. «Sie vermochten jedoch nicht, den schweigenden Grossteil der Bevölkerung, der vielleicht ähnlich dachte wie sie, aus seiner Indolenz zur Zivilcourage aufzurütteln.»

Je dis simplement que, certainement, la tâche de M. Bergier consistera à élargir le discours et à nous donner finalement un rapport complet et définitif. Mais bien des choses sont connues ici, et si je me suis battu personnellement aux Etats-Unis pour rétablir la vérité positive de la Suisse, je dois dire aujourd'hui non seulement au Parlement, mais à toutes celles et à tous ceux qui nous écoutent, qu'il nous appartient aussi de signaler avec d'autant plus de vérité les taches essentielles de notre comportement d'antan. Et il va sans dire que cela n'est pas l'appel d'un moraliste – je déteste le moralisme, plus que tout –, c'est bien la tâche éthique et morale non pas du seul Conseil fédéral, mais de toutes celles et de tous ceux qui croient au fond que le rétablissement dans un esprit de vérité de ces faits pourra contribuer, comme je l'ai déjà dit plusieurs fois, à grandir finalement notre pays.

Je dirai encore quelques mots au sujet de l'antisémitisme. Là aussi, vous verrez que je ne parle pas d'une vision unilatérale et unique de ces choses, je plaide de plus en plus pour une vision complète qui, seule, saura enrichir notre pays et chacune et chacun d'entre nous. Nous le savons bien, nous sommes les héritiers d'une longue histoire de notre Europe à partir du Moyen Age, et même avant.

La persécution des juifs, la haine envers les juifs a été une constante de notre histoire déjà bien avant le Moyen Age, au cours des siècles, persécution, haine dont la cause essentielle, pour nous, chrétiens, de quelque confession que nous soyons, a été, très souvent de manière déclarée, l'accusation des juifs d'avoir tué, assassiné le fils de Dieu.

Nous nous croyons, j'en suis certain, profondément opposés à tout racisme et à tout antisémitisme. Si je vous regarde dans les yeux, je crois retrouver cette confiance totale dans la probité intellectuelle de notre vision. Et pourtant, probablement, car il en va ainsi avec les individus et la société, le temps n'est pas encore arrivé où les effets, je dois dire les retombées de dizaines de siècles auront été complètement effacées. Je ne parle pas des aspects conscients de notre âme, je parle de l'inconscient, qui est un élément essentiel de notre réalité.

Dès lors, notre tâche est bel et bien d'essayer de découvrir, dans la profondeur de notre âme, peut-être encore quelque réminiscence, inconsciente je le répète, de notre passé – qui est aussi notre héritage –, et de combattre tous les moments où, éventuellement, même une étincelle de ce passé devrait se manifester en nous.

C'est la raison pour laquelle je crois que la lutte contre l'antisémitisme n'est pas seulement la lutte pour une loi contre le racisme. Nous nous sommes battus à fond dans cette direction. C'est aussi la recherche d'un examen approfondi, constant, en notre for intérieur, pour essayer d'éteindre de manière définitive toute réminiscence historique. Il s'agit là d'une tâche fondamentale, je crois, pour toutes les chrétiennes et

pour tous les chrétiens, mais aussi pour les autres, dans notre culture occidentale.

J'ajoute en même temps, car il faut toujours voir les éléments dans leur ensemble, que cela ne doit pas permettre de ne pas voir éventuellement aussi les fautes que nos amis juifs pourraient commettre, s'il s'agissait par exemple, comme on l'a entendu parfois, d'attaquer de manière unilatérale notre pays – et je réponds ici aux propos de M. Schluer. Si mon ami François Loeb commet une fois une erreur à mes yeux, je vais l'attaquer et je ne serai pas pour autant un antisémite! Et lui, s'il m'attaque, il n'en sera pour autant un anticatholique, ou s'il attaque M. Villiger, un antiprotestant!

Je tiens donc à souligner que cette lutte contre l'antisémitisme doit avoir la vision que je viens de décrire, mais cela ne signifie pas du tout, si je puis dire, la libération des juifs face à toute confrontation dialectique, même dure et même, au niveau du débat public, ouverte et claire.

C'est la raison pour laquelle je tiens à signaler que le débat général qui a lieu dans notre pays devra probablement nous permettre aussi de nous approcher d'une manière toujours plus libre de nos amis juifs, et à eux-mêmes de le faire de manière toujours plus libre envers les autres.

4. Je reviens sur mon voyage aux Etats-Unis. Même si l'atmosphère m'a semblé s'être modifiée considérablement et être devenue beaucoup plus sereine, il est de l'obligation du Conseil fédéral de rappeler à ce pays tout entier que les mois à venir ne seront pas pour autant exempts de difficultés. Ceux qui croient, à l'intérieur ou à l'extérieur du pays, pouvoir se dégager de ce poids lourd et difficile en quelques semaines ou en quelques mois sont dans l'illusion. La tâche à laquelle nous nous sommes attelés est, par définition, une tâche de longue haleine et notre devoir, ne serait-ce que par honnêteté intellectuelle, est de signaler que les moments difficiles ne sont pas terminés. Nous devons encore nous y préparer.

Permettez-moi de dire, malgré tous les déchirements que l'affaire peut susciter, avec autant de sérénité, autant de calme, autant de «Gelassenheit» que possible, que c'est vraiment à mon avis la seule voie pour maîtriser une question qui n'est pas seulement historique, mais aussi morale, je le redis.

Je conclus en signalant encore une fois, car j'y crois profondément, que de la manière dont nous saurons appréhender ce problème et le maîtriser finalement dépendra certainement aussi, dans une large mesure, la façon dont nous saurons ensemble planifier le futur de notre pays. Nous le savons, par définition, le passé a des relations directes avec le présent et avec le futur. Jamais comme maintenant une chance ne nous a été donnée de regarder vers le futur en maîtrisant notre passé, peut-être aussi en nous défaisant de certains préjugés qui étaient en partie profondément ancrés, et de manière sincère, dans notre âme, de certaines idées selon lesquelles nous pourrions, de quelque manière que ce soit, représenter un «Sonderfall».

Bien sûr, chaque pays, de par son identité, est en une certaine manière un «Sonderfall». Mais d'un autre côté, il y a une communauté internationale qui devient de plus en plus liée par des réseaux précis et intenses, et il est très important de comprendre que ce que nous faisons maintenant est fondamental aussi pour nos réseaux de contacts internationaux. Le fait de découvrir finalement que ce qui se passe ou ce qui s'est passé chez nous n'est pas indifférent à nos amis de l'étranger est un élément qui pourrait devenir très salutaire pour le futur de notre pays qui sera certainement très différent de la manière dont nous avons dessiné, jusqu'à maintenant, notre passé.

Je ne voulais pas vous rappeler tous les éléments pratiques que le Conseil fédéral a assumés ces derniers temps. M. Villiger, conseiller fédéral, va vous entretenir des questions plus spécifiquement financières. Vous connaissez exactement les différents points, à partir de la commission Bergier, pour ne pas parler des actions des banques dans le cas du comité Volcker, du fonds spécial dont nous pensons pouvoir annoncer la composition de la direction ces prochains jours, et de la Fondation de solidarité. Je ne voulais

pas vous entretenir sur ces questions – j'aurais dit presque de détail, elles ne le sont pas bien sûr –, mais au sujet desquelles on a déjà beaucoup discuté. J'ai essayé simplement de vous montrer l'esprit dans lequel le Conseil fédéral a approché, et va continuer d'approcher ce problème fondamental pour notre pays.

Pour terminer, à ceux qui disaient: «Je ne voudrais pas être au Conseil fédéral» – c'était M. Scherrer Werner –, je voudrais simplement dire que je crois profondément au contraire à la chance unique dont dispose actuellement le Conseil fédéral dans un moment difficile, mais riche de promesses, pour ce pays.

Villiger Kaspar, Bundesrat: Es obliegt mir, zu den Fragen Stellung zu nehmen, die vor allem die Schweizerische Stiftung für Solidarität und den Finanzplatz Schweiz betreffen. Ich will jetzt aber nicht auf alle Voten eingehen, auch nicht auf die Vorstösse.

Ich hätte noch einiges zu den Vorstössen Rechsteiner Paul und Nabholz sagen können. Wir nehmen sie entgegen, weil wir glauben, dass sie ein wichtiges Problem beschlagen und dass wir diese Gesetzgebungsänderung einleiten müssen. Aber wir wollen uns jetzt noch nicht festlegen, in welcher Richtung; deshalb möchte ich mich dazu nicht im Detail äussern. Wir werden das aber eingehend prüfen.

Vielleicht noch ein Wort zu den Vorwürfen, die Herr Rechsteiner in Zusammenhang mit dem Finanzplatz an den Bundesrat gerichtet hat. Ich möchte noch einmal sagen, was ich gestern gesagt habe: Ein guter, leistungsfähiger Finanzplatz ist ja nichts Schlechtes, ist nichts Verwerfliches. Dieser Finanzplatz ist eines der wichtigen Fundamente unserer Volkswirtschaft. Wir können froh sein, dass wir tüchtige Bankiers haben. Aber ich habe hier gestern ganz deutlich gesagt, dass auch Moral und Ethik Grundlagen eines langfristig florierenden Werkplatzes sein müssen und sein werden; Herr Engler hat sich dazu sehr eindrücklich geäussert. Ich habe gestern das Nötige dazu gesagt. Ich glaube, dass wir mit dem Geldwäschereigesetz auch international gesehen ein wichtiges Signal gesetzt haben.

Nun möchte ich kurz auf die Unterschiede zwischen dem Spezialfonds für Holocaust-Opfer und ihre bedürftigen Nachkommen und der Schweizerischen Stiftung für Solidarität eingehen. Beim Spezialfonds geht es um die Auseinandersetzung mit Vergangenen, bei der Schweizerischen Stiftung für Solidarität hingegen um die Auseinandersetzung mit der Zukunft. Das ist ein entscheidender Unterschied.

Ich möchte nun einige Ausführungen zu dieser Stiftung machen. Ich danke für die positiven Würdigungen, die wir hier gehört haben, aber auch für die kritischen Äusserungen. Ich glaube, dass wir gerade über dieses Problem eine vielleicht nicht immer einfache, aber wichtige kritische Auseinandersetzung werden führen müssen.

Diese Stiftung ist ein Solidaritätswerk, das sich die Schweiz gleichsam zum 150. Geburtstag des Bundesstaates selber schaffen würde – ohne Druck von aussen, ich sage das ganz klar; unabhängig auch von geschichtlichen Aspekten –, aus dem Bewusstsein heraus, wie wichtig humanitäre Tradition und Solidarität gerade für die Identität dieses Vielvölkerstaates sind.

Ich gebe zu, ich will das nicht verhehlen – der Bundesrat hat es auch nicht verhehlt, und deshalb hat es Herr Bundespräsident Koller hier verkündet –, diese Stiftung knüpft an die aktuellen Ereignisse an; aber sie schlägt den Bogen weit in die Zukunft, und sie schlägt den Bogen weit in andere Bereiche menschlichen Leidens. Sie ist also etwas Eigenständiges.

Natürlich weiss der Bundesrat, dass die Wahrnehmung der beiden Dinge – hier Fonds, dort Stiftung – verquickt wurde und wird. Natürlich weiss der Bundesrat auch, dass nach der ersten Präsentation der Idee Fragen offen geblieben sind; es sind auch heute noch Fragen offen; Fragen, die man ernst nehmen muss und die Respekt verdienen.

Gerade deshalb ist es wichtig, dass der Fonds als Element der geschichtlichen Aufarbeitung und die Solidaritätsstiftung als Element der Zukunft auseinandergehalten werden. Ausgangspunkt beider ist die Tatsache, dass sich die Schweiz

heute in mehrfacher Hinsicht in einer nicht einfachen, in einer schwierigen Situation befindet.

Wir sind von aussen gefordert. Hier gibt der Fonds eine Antwort; er ist ein Signal nach aussen. Im Innern sind es die wirtschaftliche und die soziale Situation, ist es die wachsende Verhärtung zwischen Landes- und Bevölkerungsteilen, die wir bewältigen müssen. Das ist Gegenstand des grössten Teils der politischen Arbeit, die Sie und wir zusammen hier leisten und leisten müssen. Aber darum geht es eben gerade im Sinne einer Verstärkung wichtiger nationaler Werte auch bei der Solidaritätsstiftung.

Weil diese Werte – vor allem die Solidarität, der Gemeinsinn, die humanitäre Tradition der Schweiz – auch Strahlungskraft nach aussen haben, auch eine Verpflichtung nach aussen darstellen, ist die Stiftung ein Signal nach innen und nach aussen. In der gegenwärtigen Situation ist es geradezu Pflicht des Bundesrates, nicht nur Strategien zur Auseinandersetzung mit der Geschichte zu entwickeln, sondern auch zu versuchen, Strategien zur Zukunftsbewältigung und zur Besinnung auf eigene Stärken zu entwickeln. Solidarität ist eine solche Stärke der Schweiz, sonst wäre sie gar nicht das geworden, was sie ist. Dazu wäre diese Stiftung ein ausdrucksstarker Beitrag; natürlich nur einer neben anderen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Beiträgen. Aber sie könnte uns vermehrt wieder das Bewusstsein zurückgeben, dass die Schweiz auch in schwieriger Zeit zu einem grossen Solidaritätswerk fähig ist, und das ist ja eine unserer Traditionen.

Ich unterstreiche noch einmal deutlich, was Herr Bundespräsident Koller gesagt hat und was vielleicht in der darauffolgenden Diskussion um die Stiftung etwas untergegangen ist: Hinter dieser Stiftung für Solidarität steht – ich sage es bewusst etwas pathetisch – der Stolz auf Werte, die uns stark gemacht haben; steht auch die Dankbarkeit – hier durchaus mit Vergangenheitsbezug – für das Verschontwerden in zwei Weltkriegen; steht aber auch und vor allem der Wille, dazu beizutragen, dass solches nie mehr geschehen kann. Aber es geht keineswegs darum, dass wir uns damit direkt oder indirekt bei irgendwem für irgend etwas entschuldigen oder freikaufen wollen. Freikaufen können und wollen wir uns nicht. Auseinandersetzung mit der Geschichte ist eine geistige, eine moralische Aufgabe, und die sind wir, meine ich, nicht nur dem Ausland, sondern vor allem auch uns selber schuldig, wenn wir mit uns selber ins reine kommen wollen. Ich bedaure etwas, dass spontan hinter einer solchen Idee auch immer sofort Hintergedanken gesehen werden. Könnte der Finanzminister damit vielleicht anderswo sparen und auf diese Weise andere Ausgaben bremsen wollen? Oder ist das ein Kotau vor äusserem Druck? Ist das ein Ausverkauf von Volksvermögen? Ist das gar eine Schuldanerkennung?

Ich finde es eigentlich schade, dass es nicht möglich ist, sich zwischen links und rechts einmal ohne solche Hintergedanken hinter einer wichtigen Idee zu finden und das gegenseitige Misstrauen zu überwinden; letztlich hinter einer bedeutenden Idee zu stehen, die eigentlich Werte verkörpert, hinter denen wir doch alle stehen, von links und von rechts her.

Es ist wie gesagt eine schweizerische Stiftung in Schweizer Hand, die an einer wichtigen Wegmarke unserer Geschichte ein positives Signal setzen will. Das, meine ich, wäre ein Zeichen der Stärke und nicht etwa der Schwäche. Die Idee der Stiftung könnte uns veranlassen, die für unsere Identität so wichtige Diskussion über die erwähnten Werte Gemeinsinn, zwischenmenschliche Verantwortung, Solidarität usw. eben konkret und mit einem konkreten Ziel in aller Breite zu führen, ohne dass wir diese Solidarität gleichsam gegen andere Probleme, Anliegen und Aufgaben ausspielen müssten. Hier liegt ja eine Chance. Es besteht die einmalige Möglichkeit, dieses Werk zu finanzieren, ohne auf die sonst schon knappen Steuergelder zurückgreifen zu müssen.

Wir können – und jetzt werde ich etwas technisch, aber ich glaube, zum Verständnis ist es wichtig – die Aufwertungsgewinne des Goldbestandes mit aller Vorsicht so bewirtschaften, dass weder Volksvermögen verlorengehen muss noch Steuergelder abgezweigt werden müssen. Die Chance besteht ja darin, dass die 2600 Tonnen Gold der Nationalbank

in den Büchern noch immer mit 12 Milliarden Franken bewertet sind, obwohl sie auf dem Markt 44 Milliarden Franken wert sind. Das erwähnte Ziel würde eine sehr vorsichtige, zurückhaltende Aufwertung auf 60 Prozent des Marktwertes zulassen – immer noch helvetisch-buchhalterisch absolut solid. Dann wäre dieser Bestand mit 26 statt mit 12 Milliarden Franken in den Büchern, immer noch mit einer grossen stillen Reserve.

Aus der Hälfte dieses Aufwertungsgewinns von 14 Milliarden Franken, der selbstverständlich dem Schweizervolk gehört, könnte die Stiftung dotiert werden. Dazu müsste dieses Gold, das unbewirtschaftet in den Kellern liegt – das ist hier zu Recht gesagt worden; es kam vielleicht aus unseren Papieren nicht deutlich zum Ausdruck – natürlich behutsam in Wertschriften umgewandelt werden.

Nach einigen Jahren – ich betone: nicht sofort – würden damit rund 350 Millionen Franken an Zinsen verfügbar, welche die humanitären Aktivitäten der Stiftung finanzieren könnten. Die Substanz bliebe im wesentlichen sicher nominell erhalten, und weil es eine öffentlich-rechtliche Stiftung wäre, wäre auch der Zweck immer im öffentlichen Ermessen. Diese Transaktion hätte weder inflationäre Folgen, noch würde sie die Geld- und Währungspolitik der Nationalbank auch nur im entferntesten negativ beeinflussen. Der Franken bliebe so solid wie eh und je.

Aber wir müssen das sehr subtil über einen längeren Zeitraum realisieren, damit der Goldpreis nicht wesentlich beeinflusst wird. Weil dieser Prozess sehr lange dauert, ist es auch nicht nötig, dass wir uns jetzt schon darüber unterhalten, was wir mit dem Rest des Aufwertungsgewinns tun sollen – ihn zu den Reserven schlagen, ihn dem Bund zur Verfügung stellen usw. Wir können uns dafür genügend Zeit nehmen.

Die Schweizer Goldreserven – das ist mir wichtig, weil vor allem hier Bedenken und emotionale Ängste ausgedrückt worden sind, beispielsweise auch von Herrn Schmied – würden im internationalen Vergleich überragend hoch bleiben. Wenn es wahr ist, dass dieser Goldvorrat aus irrationalen Gründen auch für den Finanzplatz wichtig ist, würde dieser begrenzte Verkauf an diesem Sachverhalt kaum Wesentliches ändern. Ich darf das hier vielleicht noch quantifizieren: Sogar wenn wir nicht nur 400, sondern 800 Tonnen Gold verkaufen, wäre bei einer Bewertung des Goldbestandes zum vollen Marktwert immer noch der gesamte Notenumlauf der Schweiz zu 100 Prozent gedeckt. Besser steht wahrscheinlich auf der ganzen Welt niemand da, obschon es währungstechnisch überhaupt nicht mehr von Bedeutung ist.

Auch die demokratischen Rechte kommen voll zum Tragen. Es ist Volksvermögen, und nur das Volk kann und soll darüber befinden. Es besteht auch keinerlei Zeitdruck seit der überraschenden Lancierung der Idee.

Ich appelliere deshalb im Namen des Bundesrates an Sie: Geben Sie dieser Idee eine faire Chance. Wir sollten sie nicht zerreden, bevor sie überhaupt klare Konturen angenommen hat. Lassen Sie uns nun die Zeit, die Idee zu konkretisieren, die Details auszuarbeiten; lassen Sie uns jetzt ein Modell ausarbeiten, das breit abgestützt und mit kompetenten Leuten evaluiert wird; das Ihnen konkret zeigt, wofür wir die Zinsen aus dem Aufwertungsgewinn einsetzen möchten. Dann können Sie sich ein Urteil bilden, ob das, was ich heute sage, mit dem übereinstimmt, was der Bundesrat Ihnen und der Bevölkerung vorschlägt.

Bisher haben wir den Zweck erst skizziert. Ich wiederhole diese Skizze: Helfen möchten wir Opfern von Not und Armut, sei es Not aus wirtschaftlichen Gründen, sei es solche als Folge von Gewalt von Menschen gegen Menschen – Krieg, Holocaust und solche grässlichen Dinge –, sei es aber auch Not als Folge von Katastrophen aller Art. Denkbar ist auch die Unterstützung der Prävention gegen solche Not; Frau Bühlmann hat darauf hingewiesen. Solidarisch möchten wir etwa die eine Hälfte im eigenen Land, die andere Hälfte im Ausland einsetzen.

Die Not im eigenen Land darf uns nie kalt lassen, und sie lässt uns auch nicht kalt. Aber wir dürfen als Exportland mit breiten internationalen Beziehungen auch der Not im Ausland nicht gleichgültig gegenüberstehen – das sage ich allen

jenen, die mir jeweilen Briefe schreiben und betonen: Wir haben doch so viel Not im Inland, und ihr gebt alles Geld ins Ausland! Wir müssen diese doppelte Solidarität aufrechterhalten. Solidarität mit den Ärmsten der Welt ist ja immer auch eine unserer Traditionen gewesen.

Ganz sicher wird der Verwendungszweck eigentlich, wenn ich so sagen darf, das Herz der Glaubwürdigkeit der Stiftung sein. Er wird mit grosser Umsicht und breit abgestützt formuliert werden müssen. Wir wollen jetzt an die Arbeit gehen, um Ihnen einen Vorschlag präsentieren zu können, der es verdient, würdig und in gegenseitigem Respekt diskutiert zu werden. Dass die Ideen jetzt schon zu spriessen beginnen – Sie haben das vorhin im eindrücklichen Votum von Herrn Loeb gehört –, ist überaus erfreulich.

Der Bundesrat bittet Sie, ihm nun für diese Detailarbeit Zeit zu geben und nachher mit ihm einen konstruktiven Dialog zu führen. Entscheiden werden zuerst Sie und dann das Volk. Ich danke in der Zwischenzeit für dieses Vertrauen.

Postulat 96.3574

Überwiesen – Transmis

Interpellation 96.3587

Erklärung des Interpellanten: befriedigt

Déclaration de l'interpellateur: satisfait

Motion 96.3606

Überwiesen – Transmis

Motion 96.3611

Überwiesen als Postulat – Transmis comme postulat

Motion 96.3655

Überwiesen als Postulat – Transmis comme postulat

Motion 96.3680

Abgeschrieben – Classé

Interpellation 97.3034

Erklärung der Interpellantin: nicht befriedigt

Déclaration de l'interpellatrice: non satisfaite

Interpellation 97.3041

Erklärung der Interpellanten: teilweise befriedigt

Déclaration des interpellateurs: partiellement satisfaits

Interpellation 97.3046

Erklärung der Interpellanten: teilweise befriedigt

Déclaration des interpellateurs: partiellement satisfaits

Interpellation 97.3054

Erklärung des Interpellanten: befriedigt

Déclaration de l'interpellateur: satisfait

Interpellation 97.3061

Erklärung der Interpellanten: teilweise befriedigt

Déclaration des interpellateurs: partiellement satisfaits

Schluss der Sitzung um 12.15 Uhr

La séance est levée à 12 h 15

Postulat Nabholz Nachrichtenlose Vermögen

Postulat Nabholz Fortunes tombées en déshérence

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1997
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	12
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	96.3574
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.03.1997 - 08:00
Date	
Data	
Seite	330-365
Page	
Pagina	
Ref. No	20 041 681

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.